

DIE INTERNE KOMMUNIKATION ÜBER DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN IN DER PARTEI **DIE LINKE.**

Ergebnisse einer Online-Mitgliederumfrage

RINGO JÜNIGK



Für meinen Vater

„Wir haben heute die technischen und materiellen Ressourcen zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Menschen. Was wir nicht entwickelt haben, sind die kulturellen und moralischen Ressourcen und die demokratischen Formen sozialer Organisation, die uns die humane und rationale Verwendung unseres materiellen Reichtums und unserer enormen Potenziale ermöglichen würden.“

Noam Chomsky¹

¹ Noam Chomsky zitiert nach:
*Die Zukunft des Staates – Vom
klassischen Liberalismus zum
libertären Sozialismus. Berlin.
2005*

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Die Fragestellung	11
Der Forschungsstand	12
Der Aufbau und die Methode	13

I THEORETISCHER TEIL

Thematische Annäherung und theoretische Grundlagen

1. Das bedingungslose Grundeinkommen	17
1.1. Der Unterschied zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen	18
1.2. Die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens	19
1.3. Die Grundeinkommensdebatte in Deutschland	21
1.3.1. Aktuelle Grundeinkommensaktivitäten in Parteien, Gewerkschaften und im Arbeitgeberverband	21
1.3.2. Das Grundeinkommen in Gesellschaft und Sozialwissenschaft	24
1.3.3. Das bedingungslose Grundeinkommen als neues Reformvorhaben	26
Zusammenfassung Kapitel 1	27
2. Der Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit	29
2.1. Die soziale Gerechtigkeit im parlamentarischen und bürgerlichen Verständnis	32
2.2. Die soziale Gerechtigkeit in der deutschen Gesetzgebung	34
2.3. Ein neuer Ansatz, soziale Gerechtigkeit in der deutschen Arbeitsgesellschaft bewerten zu können	36
Zusammenfassung Kapitel 2	38

3.	Die interne Kommunikation politischer Parteien	41
3.1.	Die politische Kommunikation	41
3.2.	Die Parteien und ihre demokratisch legitimierte Daseinsberechtigung	43
3.3.	Das Handlungssystem von Parteien	45
3.3.1.	Die Parteibasis	46
3.3.2.	Die Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften	47
3.3.3.	Die Parteiführung	47
3.4.	Die Organisationsstruktur als Rahmen der Parteiendemokratie	47
3.5.	Die Organisationsstruktur als Rahmen der Parteienkommunikation	49
3.5.1.	Die interne Parteienkommunikation	52
3.5.2.	Die parteiinternen Kommunikationsmedien	53
3.5.3.	Die erfolgsversprechende interne Parteienkommunikation	55
	Zusammenfassung Kapitel 3	57
4.	Die Partei DIE LINKE. und das Thema bedingungsloses Grundeinkommen	59
4.1.	Die Entwicklung und die aktuelle Stellung der Partei DIE LINKE. in der deutschen Parteielandschaft	59
4.2.	Die Organisationsstruktur der Partei DIE LINKE.	60
4.3.	Die Programmatik der Partei DIE LINKE.	64
4.4.	Die interne Kommunikation der Partei DIE LINKE.	67
4.4.1.	Die internen Kommunikationsmedien der Partei DIE LINKE.	68
4.4.2.	Interner Diskussionsbedarf bei den Themen bedarfsorientierte Grundsicherung und bedingungsloses Grundeinkommen	68
4.5.	Die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.	72
4.5.1.	Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens der BAG Grundeinkommen ..	73
4.5.2.	Die interne Kommunikation zwischen Parteiführung und BAG Grundeinkommen ..	76
	Zusammenfassung Kapitel 4	77

II EMPIRISCHER TEIL

Die Mitgliederumfrage in der Partei DIE LINKE.

5.	Der Prozess der Datenerhebung	81
6.	Die Datenauswertung und die Deutung der Ergebnisse	87
Das Fazit und die Empfehlung		117
Literaturverzeichnis		123
Anlagen		131

Grafikverzeichnis

Der deutsche Rechts- und Sozialstaat	30
Aufgaben und gesellschaftliche Einbindung von Parteien	44
Allgemeines Organisationsschema von Parteien	45
Organigramm der Partei DIE LINKE.	61
Mitgliederzusammensetzung der Partei DIE LINKE.	63
Organigramm eines Zusammenschlusses in der Partei DIE LINKE.	64
Armutsrisiko für Kinder nach Erwerbsstatus der Eltern	66

Tabellenverzeichnis

Der Unterschied zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen	18
Übersicht verschiedener Existenzsicherungsminima	20
Auswertung der Umfrageergebnisse von Jens Eberhard Jahn	109

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Übersicht aller deutschen Sozialtransfermodelle	132
Anlage 2	Vermögensverteilung in Deutschland	133
Anlage 3	Tatsächliche Arbeitslosigkeit laut der Partei DIE LINKE.	134
Anlage 4	Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten	135
Anlage 5	Eigene Zitate-Sammlung zum bGE von ausgewählten Politikern der Partei DIE LINKE.	136
Anlage 6	Sozialleistungen – Entwicklung der Ausgaben in Deutschland	141
Anlage 7	Explorativer Fragebogen an den SprecherInnenrat der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.	142
Anlage 8	Wählerumfrage	144

Einleitung

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.“² Mit diesen Worten reichte am 10.12.2008 die Tagesmutter Susanne Wiest aus Greifswald unter der Rubrik „Reformvorschläge in der Sozialversicherung“ eine Online-Petition beim Deutschen Bundestag ein. In der Begründung für den eingereichten Antrag heißt es weiter, dass durch eine konstante Arbeitslosenquote ein würdevolles Leben in Deutschland nicht mehr für jede Bundesbürgerin gewährleistet ist. Einen Ausweg aus dieser Situation soll die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 1.500 Euro für jeden Erwachsenen und 1.000 Euro für jedes Kind darstellen. Das heißt, jede Bürgerin erhält vom Staat ein monatliches Einkommen, um ihre Existenz zu sichern – steuerfinanziert, ohne Bedarfsprüfung und Arbeitszwang. Zudem sieht die Antragstellerin es als zwingend erforderlich an, das unübersichtliche und komplizierte Finanz- und Steuersystem zu vereinfachen. Deshalb schlägt sie zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens vor, alle Steuern, sämtliche staatlichen Transferleistungen sowie Subventionen abzuschaffen und eine einzige, hohe Konsumsteuer einzuführen. Eine Umsetzung der Forderung führe zu einem deutlichen Bürokratieabbau sowie einer Reduzierung der Verwaltungskosten.³ 52.973 Bürgerinnen unterzeichneten innerhalb der Mitzeichnungsfrist von 6 Wochen den Antrag. Seit dem 17.02.2009 befindet sich dieser in der parlamentarischen Prüfung.⁴ Das Dekret des Petitionsausschusses wird entscheiden, ob Susanne Wiest die Chance erhält, ihren Antrag persönlich vor dem Deutschen Bundestag vorzutragen. Sollte dies der Fall sein, sind alle Bundestagsparteien verpflichtet, zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland Stellung zu beziehen.

² *Petition an den Deutschen Bundestag von Susanne Wiest am 10.12.2008 unter <http://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=p petition ;sa=details;petition=1422> [Letzter Aufruf: 26.05.2010]*

³ vgl. ebd.

⁴ vgl. ebd.

Die Fragestellung

Obwohl es sich bei der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens um keine neue Idee handelt, erlebt das Thema in Deutschland seit der Jahrtausendwende eine Renaissance und hat im Zuge dessen gesellschaftspolitische Relevanz gewonnen. Die Gründe dafür lassen sich insbesondere auf politische Entscheidungen zurückführen, wie zum Beispiel auf die 2003 beschlossene Hartz IV-Gesetzgebung. (siehe Kapitel 2.2.2.) Das Sozialgesetzbuch II (SGB) regelt den Umgang mit sowie die finanzielle Existenzsicherung von Erwerbslosen. Dieses Regelwerk hat die finanzielle Situation von Millionen Familien zum Teil so sehr verschlechtert, dass vielen Bürgerinnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur noch bedingt möglich ist. Weiterhin wurde der deutsche Arbeitsmarkt reformiert. Leiharbeitsfirmen und der Ausbau eines Niedriglohnsektors (Mini- und Midi-Jobs) wandelten nach und nach viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in zum Teil *prekäre* Arbeitsverhältnisse um.⁵ Während die Gewinne der Unternehmen und Managerinnengehälter immens stiegen, stagnierten die anderen deutschen Löhne und Gehälter nahezu.⁶ Ebenso klafft die Schere zwischen Arm und

⁵ *Lebenslagen in Deutschland – 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. 2006. S. VII*

⁶ *anon. (kaz.): Sprudelnde Gewinne, mickrige Löhne. Artikel vom 11.01.2007 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,459132,00.html> [Letzter Abruf: 05.06.2010]*

Reich immer weiter auseinander.⁷ Diese gesellschaftlichen Veränderungen waren für viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) der Anlass, die Partei zu verlassen und eine neue Partei, die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zu gründen. Zu diesem Zeitpunkt agierte bereits die Linkspartei.PDS als politische Organisation, die vor allem gegen die Hartz IV-Gesetzgebung opponierte und mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland forderte. Mitte Juni 2007 fusionierten die Linkspartei.PDS und die WASG zur Partei DIE LINKE. Bei der Eröffnungsrede gab der erste Fraktionschef der neuen linken Partei, Gregor Gysi, u.a. die folgenden programmatischen Richtlinien bekannt: Bruch mit der Agenda 2010 und Abschaffung der Bestimmungen des Hartz IV-Gesetzes (ALG II), eine Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die deutsche Verfassung, mehr Chancengerechtigkeit in Bildung und Kultur und für Freiheit und Sozialismus.⁸ Auf diesem Gründungsparteitag im Jahre 2007 wurde das alternative Parteiprogramm, die Programmatischen Eckpunkte, beschlossen. Darin soll u.a. das ALG II durch eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung ersetzt werden. Über das Thema eines bedingungslosen Grundeinkommens wollte die Partei weiter diskutieren.⁹

⁷ FOCUS: Wenige horten viel. Vermögensstudie. Artikel vom 18.01.2010. http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/vermogensstudie-wenige-horten-viel_aid_471851.html [Letzter Aufruf: 26.05.2010]

⁸ Gysi, Gregor (2007): Eröffnungsrede des Gründungsparteitages 2007. http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/gregor_gysi/ [Letzter Aufruf: 25.05.2010]

⁹ vgl. Programmatische Eckpunkte der Partei DIE LINKE. (2007): S. 11 http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatisch_eckpunkte_broschuere.pdf [Letzter Aufruf: 01.06.2010]

Daraus ergeben sich folgende Fragen, deren Beantwortung das Ziel dieser Arbeit ist: Welche Ansichten und Argumente herrschen zu diesem Thema in der Partei vor und wie vollzieht sich der demokratische Entscheidungsprozess? Wie gestaltet sich die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen parteiintern? Welche Kommunikationsstrukturen sind intern vorhanden und durch welche Kommunikationsmedien werden diese für einen ebenen-übergreifenden Informationsaustausch genutzt? Gibt es Kommunikationsbarrieren und Informationsengpässe zwischen Spitzenpolitikern und Parteimitgliedern auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsebene zu dem Thema?

Die zentrale Forschungsfrage lautet: „Wie verlief im Zeitraum der Parteigründung im Juni 2007 bis zu Beginn der Mitgliederbefragung im Januar 2010 die interne Kommunikation in der Partei DIE LINKE zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen?“

Der Forschungsstand

Besonders in den letzten zehn Jahren entwickelte sich ein steigendes Interesse am Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen sowie eine bundesweite Diskussionskultur. Vor allem in den Bereichen Sozialpolitik, Gesellschafts- und Politikwissenschaften, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften kann auf zahlreiche Publikationen zurückgegriffen werden, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Thematik beschäftigen. Allerdings muss an dieser Stelle bereits erwähnt werden, dass eine Vielzahl unterschiedlichster Grundeinkommensmodelle im gesellschaftlichen sowie im politischen Umfeld diskutiert wird. So ist Grundeinkommen

nicht gleich Grundeinkommen – und vor allem sind die wenigsten davon bedingungslos. Auf das Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (BAG) in und bei der Partei DIE LINKE. wird der Autor seinen Fokus legen.

Die vorliegende Arbeit betritt zum Teil wissenschaftliches Neuland. Es gibt eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die sich mit der externen Kommunikation von Parteien (Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit) auseinandersetzen – vor allem in Bezug auf die Medien. Über die interne Kommunikation in politischen Parteien existiert so gut wie keine Literatur. Eine tiefgründige Untersuchung wurde laut Ulrich Sarcinelli „systematisch vernachlässigt“.¹⁰ Ebenso sind derzeit keine sozialwissenschaftlich fundierten, empirischen Ergebnisse über das Meinungsbild der etablierten Parteien, der deutschen Gewerkschaften oder der Bürgerinnen in Deutschland zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen bekannt.¹¹

¹⁰ Sarcinelli, Ulrich (2007): *Parteienkommunikation in Deutschland: zwischen Reformagentur und Reformblockade*. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 125

¹¹ Nikolaus, Kurt/Heller, Peter/ Angelbeck, Helmut (2004): *Bedingungslos garantiertes Grundeinkommen oder „nur“ eine bedingte soziale Grundsicherung? Gewerkschaftliche Antwort auf eine Frage, die sich so nicht stellt*. In: Gerntke, Axel/Rätz, Werner/Schäfer, Claus u.a.: *Einkommen zum Auskommen. Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen*. Hamburg. S. 98

Der Aufbau und die Methode

Diese Arbeit ist in einen theoretischen und einen empirischen Teil untergliedert.

Das erste Kapitel widmet sich der Begrifflichkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wie bereits erwähnt, gibt es zu dieser Thematik ausreichend Literatur, so dass auf eine ausgiebige Erläuterung der historischen Entwicklung verzichtet wird. Eine tiefgründige Betrachtung würde in Anbetracht der aktuellen Debatte und der damit einhergehenden neuen Meinungs- und Erkenntnisflut den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Fokussiert auf das Thema dieser Arbeit konzentriert sich das erste Kapitel auf die Beweggründe einer innerparteilichen Auseinandersetzung mit dem Thema bedingungsloses Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE.

Seit Jahrhunderten wird nach einer klaren und eingrenzenden Definition von sozialer Gerechtigkeit gesucht – bisher erfolglos.¹² Zu dem Thema bestehen große Kontroversen. Dennoch haben sich in den letzten Jahren Sozialwissenschaftlerinnen mit dem „Sozialstaatsprinzip“ in Deutschland auseinandergesetzt. Der aktuelle Stand dazu führt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik im zweiten Kapitel dieser Arbeit. Den Schwerpunkt des theoretischen Teils dieser Arbeit nehmen die Kapitel drei und vier ein.

¹² vgl. Offe, Claus (2003): *Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen zwischen Gerechtigkeitsnormen für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat*. In: *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 1*. Opladen. S. 19

Im dritten Kapitel werden die Begrifflichkeiten Parteienstruktur, -organisation und -demokratie erläutert. Laut Ulrich Sarcinelli fehlt es an Forschungsergebnissen im Bereich der Kommunikationskultur zwischen Mitgliederbasis und Parteiführung auf allen Ebenen der Parteien – das heißt, auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Ortsverbandsebene.¹³ Dennoch wird der Versuch unternommen, die Wege der internen Parteienkommunikation zu beleuchten sowie die nutzbaren Kommunikationsmedien und -mittel kurz zu erläutern.

Die in den Kapiteln eins bis drei gewonnenen theoretischen Erkenntnisse münden im vierten Kapitel in der spezifischen Betrachtung der Partei DIE LINKE. Nach einem kleinen historischen Exkurs bis zur Parteigründung im Jahre 2007 setzt sich die Arbeit mit der internen Organisations- und Kommunikationsstruktur auseinander und betrachtet des Weiteren die vorherrschenden Meinungsbilder von einzelnen Mitgliedern der Parteiführung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Das Augenmerk wird dabei vor allem auf die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen – einem bundesweiten Zusammenschluss in und bei der Partei DIE LINKE. – gelegt.

Das fünfte, empirische Kapitel dient der Untersuchung des internen Kommunikationsverhaltens in der Partei DIE LINKE. zum diskursiven Thema eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dabei sollen Erkenntnisse eines (basis-)demokratischen Informations- und Entscheidungsprozesses innerhalb der Partei gewonnen werden, um die Eingangsfragen sowie die zentrale Forschungsfrage beantworten zu können.

Der Autor war auf die Unterstützung vieler Mitglieder der Partei DIE LINKE. angewiesen, ohne deren Solidarität diverse Informationen, Hinweise und Kontakte nicht in die Arbeit hätten einfließen können. Persönlich geschätzte Werte wie demokratische Mitbestimmung, Meinungsfreiheit, Anerkennung für gesellschaftliche Arbeit, hohe individuelle Freiheit ohne ökonomische und staatlich verordnete Zwänge sind dabei einerseits selbst erkenntnisleitendes Interesse, können aber andererseits auch zu einer gewissen Parteilichkeit führen. Eine kritische und subjektive Betrachtungsweise sei jederzeit möglich und gewünscht.

Zur Verbesserung der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit ausschließlich die weibliche Form verwendet. Diese impliziert aber immer auch die männliche Form.

¹³ vgl. Sarcinelli (2007): S. 135

I THEORETISCHER TEIL

Thematische Annäherung und theoretische Grundlagen

1. Das bedingungslose Grundeinkommen

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (bGE) verkörpert das soziale Grundrecht eines jeden Menschen gegenüber der Gemeinschaft, also gegenüber dem Staat, auf ein existenzsicherndes und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichendes Grundeinkommen – für jede Bürgerin mit oder ohne Erwerbseinkommen. Wie das Recht auf Menschenwürde jeder Einzelnen nur Kraft ihres Menschseins bedingungslos zusteht, argumentieren Befürworterinnen des bGE (wie z.B. Götz W. Werner, Gründer der *dm-Drogeriemarkt*-Kette)¹⁴, dass der Anspruch auf ein Grundeinkommen ebenso bedingungslos sein soll – ohne Arbeitspflicht und Pflichtarbeit, ohne *Verfolgungsbetreuung* und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Ein Solidarsystem von und für alle sollte die Armutsverwaltung ersetzen.

Wird die Forderung nach einem bGE philosophisch betrachtet, gehört die Erde mit ihren Ressourcen allen Menschen. Die Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen aus der Natur, die Errungenschaften in Wissenschaft und Technik, die Prinzipien des Wirtschaftens etc. verdanken wir heute den Ideen und der Arbeit früherer Generationen. Unser heutiger Lebensstandard ist im Grunde das aktive Ergebnis von Menschen für Menschen. Während z.B. der neoliberale Standpunkt in der deutschen Politiklandschaft klar für eine ungleiche Verteilung von Ressourcen (Leistungsprinzip) eintritt, argumentieren Anhängerinnen des bGE, dass in unserer hochentwickelten und intelligenten Gesellschaft eine gerechte (Um)-Verteilung dieser Produktivitätsergebnisse möglich ist und gewährleistet werden soll. Was illusorisch klingen mag, wäre die Basis und die Logik eines Grundeinkommens, den heutigen Fortschritt allen zugutekommen zu lassen – in einem Leben, das nicht gegeneinander, sondern miteinander geführt wird. Im Sozialstaat Deutschland müsste dazu allerdings der Arbeitsbegriff neu definiert und verstanden sowie die Arbeitsorganisation reformiert werden (siehe Kapitel 2). Das praktische Umsetzen einer gesellschaftlichen Neugestaltung könnte positive Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene haben. Doch bevor diese Idee verwirklicht werden kann, bedarf es eines hohen Maßes an Aufklärungs-, Informations- und Diskussionsarbeit. Was unterscheidet beispielsweise ein Grundeinkommen von einer Grundsicherung wie dem ALG II (Hartz IV)? Welche Argumente sprechen für ein bGE? Wem und in welcher Höhe ist es auszuzahlen und wie ist es zu finanzieren? Ronald Blaschke, einer der Gründer des Netzwerks Grundeinkommen, hat sich in seiner aktuellsten Veröffentlichung zum Thema Grundeinkommen ausführlich mit der Geschichte, den gegenwärtig diskutierten Modellen sowie den gesellschaftlichen Debatten auseinandergesetzt. Seine Erkenntnisse werden in den folgenden Ausführungen die Grundlage der Begriffserläuterungen darstellen.

¹⁴ vgl. Werner, Götz W. (2008): *Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens*. Bergisch Gladbach

1.1. Der Unterschied zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen

Wie bereits erwähnt, ist der Sozialstaat dazu verpflichtet, jedem Mitglied der Gesellschaft soziale Sicherheit und Teilhabe zu gewährleisten. Das geschieht bis heute mittels einer bedarfsgeprüften Grundsicherung für Bedürftige – besser als ALG II bzw. Hartz IV bekannt.

Die Begriffe Grundsicherung, Mindestsicherung, Bürgergeld oder Existenzgeld werden oft in der gesellschaftlichen Diskussion über ein (bedingungsloses) Grundeinkommen verwendet. Zwischen diesen Begriffen und Modellen bestehen allerdings zum Teil gravierende Unterschiede, auf die im Folgenden nicht weiter eingegangen werden kann. Und selbst ein Grundeinkommen muss nicht zwangsläufig bedingungslos sein. Ronald Blaschke unterteilt diesbezüglich die existierenden Grundeinkommensmodelle in partielle und bedingungslose (siehe Anlage 1).¹⁵ Für diese Arbeit soll vor allem der Unterschied zwischen der aktuellen bedarfsgeprüften Grundsicherung (ALG II) und dem Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens herausgearbeitet werden.

Die praktizierte Grundsicherung in Deutschland und das theoretische Grundeinkommensmodell sind finanzielle Zuwendungen (Transfers) des Staates, auf die ein vorleistungsunabhängiger Anspruch besteht. Das heißt, die in Not Geratene muss im Voraus keine Beiträge in das deutsche Sozialversicherungssystem eingezahlt haben. Der Staat stellt zur Sicherung der Existenz Geld aus eingenommenen Steuern zur Verfügung. Beide Grundsicherungsmodelle unterscheiden sich jedoch im Anspruchsrecht, in der Bedürftigkeitsprüfung sowie der Gegenleistungspflicht. Dies bedeutet im Einzelnen:

Bei einer Grundsicherung wird die Bedürftigkeit der Antragstellerin geprüft, indem sie ihre Einkommens- und Vermögenssituation amtlich nachweisen muss. Lebt die Antragstellerin mit weiteren Personen im Haushalt (Bedarfsgemeinschaft) zusammen, wird das gesamte Haushaltseinkommen mit der Grundsicherung verrechnet. Von der Bezieherin wird in der Regel die Bereitschaft erwartet bzw. es besteht die gesellschaftliche Verpflichtung (Art. 12 Abs. 2 GG, SGB II/Hartz IV), eine Gegenleistung (z.B. 1-Euro-Job) zu erbringen. Sollte sie dem nicht nachkommen, können sogenannte Sanktionen zu einer Kürzung der Grundsicherung und damit zum Verlust sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe führen. Dies wird aktuell auch so praktiziert.

Garantiertes Mindesteinkommen (Grundtyp II)

Grundsicherung

(mit Arbeitsverpflichtung/-zwang, bedürftigkeitsgeprüft, Haushalt-/Familienbezug, Bedürftigen zustehend)

Sozialhilfe bzw. andere eigenständige Grundsicherung, Mindestsicherung (Sockel in der Sozialversicherung)

Grundeinkommen

(ohne Arbeitsverpflichtung/-zwang, bedürftigkeitsungeprüft, Individualbezug, allen Bürgern zustehend)

Negative Einkommensteuer (NES), Sozialdividende

¹⁵ Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): *Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 67. Berlin. S. 306 ff. und S. 317 (Anlage 1)*

Quelle: Blaschke, Ronald (2005a): *Garantierte Mindesteinkommen. Modell von Grundsicherung und Grundeinkommen im Vergleich. Meißen/Dresden. S. 13*

In der Theorie gestaltet sich die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens anders. Blaschke bezieht sich dabei auf die Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen und definiert ein bGE wie folgt:

1. Es muss die Existenz sichern und eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
2. Es besteht ein individueller Rechtsanspruch.
3. Es wird ohne eine sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung gezahlt.
4. Es ist ohne einen Zwang zur Arbeit und ohne einen Zwang zu anderen Gegenleistungen garantiert.¹⁶

Zusammengefasst heißt das, wenn jede Bürgerin ein bGE erhalten würde, müsste niemand mehr beweisen, dass man bedürftig ist. Die personellen Prüfungen jeglicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie drohende Sanktionen bei Arbeitsverweigerung würden entfallen. Menschen könnten aufgrund des ausgeschalteten Arbeitszwanges frei wählen, welcher Arbeit sie nachgehen wollen und welche sie für den angebotenen Lohn nicht anzunehmen brauchen. Daraus ergibt sich die Frage nach der Höhe eines bGE, die zum einen die Existenz sichern und zum anderen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll.

¹⁶ ebd.: S. 305

1.2. Die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens

Die Höhe der Grundsicherung wird in Deutschland derzeit von einem soziokulturellen Existenzminimum aus Verbrauchsangaben (EVS) abgeleitet. Zu einer genaueren Bestimmung der adäquaten Höhe eines Grundeinkommens mit gesellschaftlicher Teilhabegarantie, betrachtet Blaschke verschiedene Praktiken und Datenquellen. Zu den Methoden zählen die Armutsrisikogrenze, der Warenkorb, das Statistikmodell, die Mindesteinkommensbefragung, die Pfändungsfreigrenze sowie der Selbstbehalt bei Unterhaltsverpflichtungen.

Aufgrund verschiedenster Parameter und regionaler Ungleichheiten hält Blaschke die ausgewerteten Datensätze allerdings nur für annäherungsweise repräsentativ, um reale Grundbedarfe und gesellschaftliche Teilhabesicherheit ablesen zu können.¹⁷

Bei der Armutsrisikogrenze wird das Einkommensungleichgewicht betrachtet. Dabei ist diejenige einem Risiko der Einkommensarmut ausgesetzt, die laut OECD-Äquivalenzskala mit ihren Einkünften unter 60 Prozent des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens liegt. Blaschke vergleicht vier Datenquellen und kommt zu dem Resultat, dass bei einer Höhe von 913–1.000 Euro netto/Monat die Einkommensarmut verhindert werden kann und eine gesellschaftliche Mindestteilhabe möglich ist.

¹⁷ Blaschke (2010), S. 307ff.

Bei der Warenkorb-Methode wird ein fiktiver Einkaufswagen mit notwendigen gepreisten Gütern und Dienstleistungen bestückt. Aus der Gesamtsumme wird das nötige Nettoeinkommen berechnet – ohne Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge. Blaschke bezieht sich auf zwei unterschiedliche Ergebnisse seiner Recherchen, die einen Bedarf zwischen 975 Euro und 1.060 Euro netto/Monat ausmachen.

Das Statistikmodell wird seit Ende der 1980er Jahre zur Berechnung der Sozialhilfe in Deutschland herangezogen. Daran orientieren sich bis heute die Regelleistungen der Grundsicherung in Höhe von 359 Euro (ALG II/Hartz IV). Bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden die Verbrauchsausgaben von Ein-Personen-Haushalten ermittelt – ohne Einbeziehung der Kosten für Unterkunft und Heizung. Durch die benutzten Umfrageparameter stand diese Methode zur Ermittlung des sehr niedrigen Existenzminimums in der Kritik. Das Bundesverfassungsgericht urteilte diesbezüglich, dass die Regelleistungen nach SGB II (Hartz IV-Gesetz) nicht verfassungsgemäß sind und bis zum 31. Dezember 2010 neu geregelt werden müssen.¹⁸ Zum jetzigen Zeitpunkt ergibt sich für eine Berliner Bedürftige eine Transferzahlung in Höhe von bis zu 737 Euro. Blaschke rechnet nach Neuberechnung mit Beträgen zwischen 921 und 1.000 Euro netto/Monat.

Zur Ermittlung des Mindesteinkommens werden Umfragen in Haushalten durchgeführt. Die Methode besitzt in Deutschland keine wissenschaftliche und politische Relevanz, obwohl sie von Markt- und Kundenforschungsinstituten durchgeführt werden. Die Ergebnisse für das durchschnittlich nötige Mindesteinkommen liegen zwischen 800 und 1000 Euro netto/Monat.

Die Pfändungsfreigrenze für Nettoeinkommen leitet sich indirekt vom Existenzminimum (durch EVS) ab und darf in Deutschland einen Wert von 989,99 Euro netto/Monat nicht unterschreiten.

Die gesetzlich verankerten Selbstbehalte¹⁹ bei Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern liegen hierzulande zwischen 770 und 1.110 Euro netto/Monat – je nach Altersgruppe des Kindes sowie Erwerbstätigkeit und Familienstand der Erziehungsberechtigten.

¹⁸ BverfG: Pressemitteilung Nr. 5/2010 vom 9. Februar 2010. Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV- Gesetz“) nicht verfassungsgemäß. <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-005> [letzter Abruf: 01.06.2010]

¹⁹ Das Einkommen, welches der Person zur eigenen Existenzsicherung bleiben muss.

Armutsrisikogrenze	Warenkorb	Statistik/EVS	Mindesteinkommen	Pfändungsgrenze	Selbstbehalt
913 – 1.000 €	975 – 1.060 €	921 – 1.000 €	800 – 1.000 €	989,99 €	770 – 1.110 €
► 956,50 €	► 1.017,50 €	► 960,50 €	► 900,00 €	► 989,99 €	► 940,00 €

eigene Tabelle

²⁰ Eine Komplettübersicht aller momentanen Grundsicherungs- und Grundeinkommensmodelle mit jeweiligen Nettotransferhöhen von Blaschke befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

Werden die durchschnittlichen Ergebnisse (arithmetisches Mittel) der einzelnen Methoden addiert und durch die Anzahl sechs geteilt, ergibt sich ein monatliches Existenzsicherungsminimum von **960,75 Euro netto/Monat**, dessen Wert eine gesellschaftliche Mindestteilhabe implizieren kann. Hierbei ist von derzeitigen Werten, Variablen und Parametern ausgegangen worden, die einer ständigen Veränderung unterliegen (können).²⁰

1.3. Die Grundeinkommensdebatte in Deutschland

In Deutschland wurde die Debatte in den 80er Jahren vor allem durch Thomas Schmid²¹, aus der Gruppe ökolibertärer Grüner, Joachim Mitschke, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Frankfurt²², den Soziologen und Politikwissenschaftler Claus Offe sowie den ehemaligen Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts und Rechts- und Politikwissenschaftlers Fritz Scharf entfacht.²³ Parteipolitisch thematisierten erstmals DIE GRÜNEN das Grundeinkommen. Nach der deutschen Wiedervereinigung verschwand das Thema aus dem politischen Diskurs und wurde ausschließlich von unabhängigen Erwerbsloseninitiativen, Wissenschaftlern und einzelnen katholischen und anthroposophischen Arbeitskreisen diskutiert. Eine Renaissance erlebte das Thema zum einen durch die Veröffentlichungen von „Ende der Arbeit“ (1997) von Jeremy Rifkin und „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ (1998) von Georg Vobruba und zum anderen durch die Umsetzungspläne der Agenda 2010 sowie der Hartz-Gesetze der rot-grünen Koalition nach der Jahrtausendwende. Mit der parlamentarischen Verabschiedung der Hartz-Gesetze gründete sich das deutsche Netzwerk Grundeinkommen²⁴, um sich intensiv mit der sozialen Situation in Deutschland auseinanderzusetzen und die Möglichkeit der Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland auszuloten. Bürgerinitiativen, Verbände, Organisationen (wie z.B. attac) sowie einzelne Personen brachten das Thema Grundeinkommen ins öffentliche Gespräch.²⁵

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass dem Autor dieser Arbeit über das Meinungsbild der etablierten Parteien, der deutschen Gewerkschaften und der Bürgerinnen in Deutschland keine sozialwissenschaftlich fundierten empirischen Ergebnisse von Meinungsforschungsinstituten bekannt waren, die eine eindeutige bzw. tendenzielle Aussage über den aktuellen Stand der Grundeinkommensmeinungen zugelassen hätte. Die Nicht-Existenz von Daten bestätigt auch das Autorenteam um den Soziologen Kurt Nikolaus.²⁶

²¹ Schmid, Thomas (1984): *Befreiung von falscher Arbeit. Sammelband. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen*. Berlin

²² Vgl. Vanderborcht, Yannick/Van Parijs, Philippe (2005): *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Frankfurt/Main. S. 32

²³ ebd.

²⁴ „Mutter“ der deutschen Initiative ist das im Jahr 1986 gegründete Weltweite Netzwerk Grundeinkommen (Basic Income European Network - BIEN). Es besteht aus Menschen, die sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einsetzen, Kongresse organisieren, über Foren Informationsaustausch betreiben, Diskussionen in die Öffentlichkeit tragen und wissenschaftliche Arbeiten zum Grundeinkommen publizieren. Durch das expandierende globale Engagement der Mitglieder trägt das Netzwerk seit 2004 den Namen „Basic Income Earth Network“. Vgl. [<http://www.basicincome.org/bien/aboutbien.html>]

²⁵ Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): *Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten*. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 67. Berlin. S. 15

²⁶ Nikolaus, Kurt/Heller, Peter/Angelbeck, Helmut (2004): *Bedingungslos garantiertes Grundeinkommen oder „nur“ eine bedingte soziale Grundsicherung? Gewerkschaftliche Antwort auf eine Frage, die sich so nicht stellt*. In: Germtke, Axel/Rätz, Werner/Schäfer, Claus u.a.: *Einkommen zum Auskommen. Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen*. Hamburg. S. 98

1.3.1. Aktuelle Aktivitäten in Parteien, Gewerkschaften und im Arbeitgeberverband

Die Idee fand Anfang dieses Jahrzehnts auch wieder Einzug in die bundesrepublikanische Parteienlandschaft und wurde in den einzelnen Parteien unterschiedlich intensiv diskutiert. Einzelne Mitglieder fanden sich aus dem christlichen, ökologischen, konservativen, liberalen, sozialdemokratischen,

sozialistischen und kommunistischen Spektrum zusammen, diskutierten und vernetzten sich mit anderen öffentlichen Grundeinkommensgruppen, wie zum Beispiel mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V.²⁷ Aus diesen ersten Diskussionen und Initiativen sind in Parteien Arbeitsgruppen entstanden, die eigene Modelle entwickelten und andere Konzepte prüften.

Im Grunde widmen sich heute alle Bundestagsparteien dem Thema Grundeinkommen – mit unterschiedlicher Intensität und Mitgliederresonanz. Erwähnung sollen hier das „Solidarische Bürgergeld“ des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU), das Modell „Grüne Grundsicherung“ der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. finden. Die Arbeitsgruppe des SPD-Kreisverbandes Rhein-Erft stellt die einzige Bewegung innerhalb der Sozialdemokraten dar, die an einem eigenen Grundeinkommensmodell arbeitet und informative Impulse in die Mitgliedschaft sendet.²⁸ Das Modell „Liberales Bürgergeld“ der FDP zählt laut Blaschke nicht zu den Grundeinkommensmodellen, sondern entspricht einer gegenleistungspflichtigen Grundsicherung.²⁹

Die heterogene Mitgliederstruktur der einzelnen Parteien lässt erahnen, dass es innerhalb dieser politischen Organisationen sowohl Gegner als auch Befürworter des bGE gibt.³⁰ Das Online-Verzeichnis *grundeinkommen-ist-waehlbar.de* verschafft einen regionalen Überblick über Kandidaten aller deutschen Parteien, die sich für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland einsetzen.³¹

Des Weiteren sollen hier kurz die Standpunkte bzw. Aktivitäten der beiden größten Arbeitnehmervereinigungen, der IG Metall und ver.di, sowie der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber (BDA) vorgestellt werden.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verabschiedete auf dem 2. Bundeskongress 2007 zum Thema Grundeinkommen folgendes: „ver.di lehnt die derzeit diskutierten Konzepte eines Bürgergeldes bzw. bedingungslosen Grundeinkommens ab. Staatliche Hilfeleistungen müssen Bedürftige erhalten, nicht die gesamte Bevölkerung. Zur Verfügung stehende Mittel müssen den Personen zugutekommen, die am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde unter anderem in Kombination mit Erwerbseinkommen wie ein Kombilohn wirken und eine unkontrollierbare Dumpingwirkung auf alle Arbeitseinkommen ausüben.“³² Wie eingangs auf die unterschiedliche Verwendung der existie-

²⁷ Internetseite der BAG-SHI: <http://www.bag-shi.de/BAG-PLISA/Selbstdarstellung02/> [Letzter Abruf: 25.05.2010]

²⁸ Internetseite des SPD-Kreisverbandes Rhein-Erft: <http://www.rhein-erft-spd.de/.net/html/14275/welcome.html> [Letzter Abruf: 31.05.2010]

²⁹ Blaschke (2010): S. 333

³⁰ ebd. S. 16

³¹ Internetseite <http://www.grundeinkommen-ist-waehlbar.de/> [Letzter Abruf: 30.05.2010]

³² Beschluss B 98 des ver.di-Bundeskongresses 2007: http://bundeskongress2007.verdi.de/antraege_beschluesse%5D/antrag.html?cat=B&sort=98 [Letzter Abruf: 30.05.2010]

renden Begrifflichkeiten und Modelle verwiesen, deutet die Benutzung „bzw.“ auf eine undifferenzierte Betrachtung hin.

Auch in der größten Gewerkschaft Deutschlands, der IG Metall, scheint das Thema Grundeinkommen zumindest im Berliner Arbeitskreis „Arbeitslosigkeit“ angekommen zu sein. Auf einer Podiumsveranstaltung im Jahr 2007 wurden Positionen zum (b)GE vorgestellt und diskutiert. Der Wunsch einer öffentlichen Stellungnahme zum Thema der Gesamt-IG Metall blieb bislang aus.³³

Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) betrachten ein (bedingungsloses) Grundeinkommen kritisch. Doch auch hier spalten sich die Lager. Die Kritikerinnen argumentieren mit Verweis auf Ergebnisse von Ökonominen³⁴ und stellen dabei zwei Thesen in den Vordergrund ihrer Gegenreden: Zum einen bestehe mit einem (b)GE ein erhöhtes Risiko eines fehlenden Anreizes zur Lohnarbeit von *Leistungsträgerinnen* und zum anderen wird auf das Problem der Finanzierung eines Grundeinkommens verwiesen.³⁵ Die These bezieht sich auf das traditionell gebräuchliche Verständnis von Arbeit im Kontext eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses – ohne Berücksichtigung ehrenamtlicher, gemeinnütziger und reproduktiver Gesellschaftsarbeit.³⁶ Die zweite Annahme wird mit der auf Schätzungen beruhenden, hohen und durch die wirtschaftliche Gesellschaft nicht zu finanzierenden Summe von circa 855 Milliarden Euro pro Jahr³⁷ im Verhältnis zum deutschen Bruttoinlandsprodukt³⁸ (2009: 2.404,40 Mrd. Euro) begründet.

Der auf der Arbeitgeberseite stehende und bekannteste außerparlamentarische Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens ist Prof. Götz W. Werner. Der Gründer der dm-drogeriemarkt-Kette und der Initiative „Unternehm die Zukunft“ sowie Professor an der Universität Karlsruhe entgegnet dem: „Dieses manische Schauen auf Arbeit macht uns alle krank. Und was ist denn Hartz IV? Hartz IV ist offener Strafvollzug.“³⁹ Und in Bezug auf die Finanzierbarkeit lässt er verlauten: „Man kann die Probleme nicht mit den Methoden lösen, die sie verursacht haben. Deshalb bedarf es revolutionärer Zielformulierungen und evolutionärer Wege, um diese Ziele sicher und mit angemessenem Mitteleinsatz zu erreichen. Deshalb muss ein Grundeinkommen bedingungslos und eine Steuerreform radikal sein im Denken und die Implementierung pfleglich.“⁴⁰ Zuversichtlich ist Werner auch, was die parlamentarische Umsetzung betrifft: „Man sieht, von der Basis der Parteien kommt die Nachfrage. Aber je höher in der Parteihierarchie Sie gehen, desto härter sind die Fronten. Das wird sich ändern, vertrauen Sie auf die Politiker!“⁴¹

³³ Arbeitskreis der IG Metall Berlin: http://netkey40.igmetall.de/homepages/vst_berlin_neu/arbeitskreise/arbeitskreisarbeitslosigkeit/aka-info-materialien.html [letzter Abruf: 25.05.2010]

³⁴ Der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Assar Lindbeck warnt vor dem Schwinden des Bestrebens vieler Menschen, von eigener Arbeit statt staatlicher Stütze zu leben. Seiner Meinung nach bringt ein Grundeinkommen auf Dauer die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaats in Gefahr. Vgl. Rudzio, Kolja: Nie wieder Hartz IV. Grundeinkommen. In: DIE ZEIT vom 12.04.2007. Nr. 16; Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (ifo): „Je weiter die Leute aus dem Erwerbsleben heraus sind, desto inaktiver werden sie.“ (ebd.)

³⁵ Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (2006): Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat? VAD Nr. 56. Berlin. [http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/0F0E78713B25BEECC12574F0002F80F3/\\$file/VAD56.pdf](http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/0F0E78713B25BEECC12574F0002F80F3/$file/VAD56.pdf) [letzter Abruf: 26.05.2010]; vgl. Offe, Claus (2005): Nachwort: Armut, Arbeitsmarkt und Autonomie. In: Vanderborght (2005): S. 143

³⁶ „Das Grundeinkommen verstößt demnach gegen die arbeitsethische Grundnorm [...]“ Blaschke (2010): S. 217; vgl. Offe (2005): S. 139

³⁷ Bei einem Grundeinkommen von 950 Euro/Bürger (entspricht in etwa 40% des BIP), eigene Berechnung

³⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt: Deutsche Wirtschaft. 1. Quartal 2010. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Index, der den Wert aller Produkte und Dienstleistungen, die in einer Gesellschaft binnen eines Jahres erstellt bzw. erbracht wurden, repräsentiert. Ausgeklammert werden dabei alle nicht messbaren ehrenamtlichen Tätigkeiten als auch beispielsweise die elterliche Betreuungsarbeit und das Pflegen von Familienangehörigen. <http://www.destatis.de> [letzter Abruf: 01.06.2010]

³⁹ Werner, Götz W. (2007): Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen. 5. Auflage. Stuttgart. Klappentext.

⁴⁰ Werner, Götz W. zitiert aus: Grundeinkommen für jeden Menschen. Eine Herausforderung für Europa? Mackay, Paul/ Rösch, Ulrich (Hg.). Dornach (CH). 2007. S. 94

⁴¹ Werner, Götz W. (2007): Grundeinkommen: bedingungslos – Kulturminimum: unbedingt. In: Grundeinkommen für jeden Menschen. Eine Herausforderung für Europa?. Mackay, Paul/ Rösch, Ulrich (Hg.). Dornach (CH). S. 34.

1.3.2. Das Grundeinkommen in Gesellschaft und Sozialwissenschaft

Die in der Einleitung erwähnte Bundestagspetition ist die einzige bundesweit repräsentative, aus der Gesamtgesellschaft geforderte Interessensbekundung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, die sich seit dem 17.02.2009 in der parlamentarischen Prüfung befindet und auf die sich hier diesbezüglich nicht bezogen werden kann.

Als ein Beispiel für ein Meinungsbild aus der Bevölkerung betreffs eines fehlenden Arbeitsanreizes durch Zahlung eines (b)GE soll die nicht-repräsentative Umfrage aus dem Internetportal *ZEIT online ZUENDER* vorgestellt werden. Sieben junge Leute wurden zum Thema Grundeinkommen befragt, wie sie leben würden, wenn sie jeden Monat 1.000 Euro zu ihrer freien Verfügung hätten. Keine der Befragten konnte sich vorstellen, nicht mehr arbeiten zu gehen und die Zeit mit Nichtstun zu verbringen. Nach Aussage der Probanden würde ihnen eine (Lebens-) Aufgabe fehlen. Dabei wäre die Basis ihres Schaffens geprägt von der absoluten Überzeugung von ihrer Tätigkeit. Durch den reduzierten Überlebensstress würden sie ihre Freizeit vor allem in ehrenamtliche, wissensbildende, politische und kulturelle Projekte investieren und ihre sozialen Kontakte verstärkt ausbauen.⁴²

Die Gesellschaftsentwicklungen werden regelmäßig durch sozialwissenschaftliche Untersuchungen betrachtet. Eine Vielzahl von Soziologen und Philosophen hat sich bereits mit dem (b)GE auseinandergesetzt und Ergebnisse veröffentlicht. So z.B. Phillippe Van Parijs, politischer Philosoph in Harvard, und Yannick Vanderborght, Harvard-Professor für Soziale Sicherung. Beim Vergleich der Finanzierung zwischen bedarfsgeprüfter bedingter Grundsicherung und bedingungslosem Grundeinkommen fanden sie heraus, dass das System eines Grundeinkommens einfacher, zuverlässiger und mit einem geringeren Verwaltungsaufwand zu realisieren ist als ein Sozialversicherungssystem mit Bedürftigkeitsprüfungen, Arbeitszwang und (unproduktiven) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Wenn im privaten und auch öffentlichen Beschäftigungssektor nicht ausreichend Arbeits-/Einkommensplätze vorhanden sind, muss die Gesellschaft in Form des Staates Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die existenzsichernd und teilhabegerecht vergütet werden müssten. Doch aufgrund der prekären Haushaltslage rationalisiert der Staat wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen Arbeitskräfte bzw. stellt keine neuen Mitarbeiterinnen ein. Stattdessen wird der Niedriglohnsektor ausgebaut und Beschäftigung über 1-Euro-Jobs⁴³ verordnet. Dies wiederum sorgt für Verdrängungseffekte regulärer Arbeitsverhältnisse und Lohndumping. Das nächste reagierende Glied in der Kette sind die Sozialversicherungssysteme, die durch die reduzierten Einkommen aus Erwerbsarbeit zu zukünftigen Mehrbelastungen der ohnehin schon beanspruchten Sozialkassen führen. Ebenso stehen die Kosten für Umschulungen und Re-Integrationen von Erwerbspersonen mit mangelnder Qualifikation in den Arbeitsmarkt in keinem Verhältnis zu einer bedingungslosen Auszahlung eines Grundeinkommens.⁴⁴

⁴² ZEIT online: <http://php.diezuender.de/gallery/gallery.php?gid=110&nr=0> [letzter Abruf: 30.05.2010]

⁴³ Als 1-Euro-Job wird eine sozialversicherungsfreie Beschäftigung bezeichnet, der einer ALG II-Empfängerin von der Bundesagentur für Arbeit zugewiesen. Für die verpflichtende Teilnahme erhält die Teilnehmerin eine Aufwandsentschädigung von einem Euro pro Stunde. Vgl. http://www.arbeitsagentur.de/nn_25392/Navigation/zentral/Buerger/Arbeit/Ein-Euro-Jobs/Ein-Euro-Jobs-Nav.html [letzter Aufruf: 01.06.2010]

⁴⁴ Vgl. Vanderborght (2005), S. 70ff.

Dem entgegen äußert sich – mit Bezug auf die Auswirkungen auf die Sozialkassen und die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens – der (linke) Sozialexperte, Daniel Kreutz, der unter anderem auch ver.di- und attac-Mitglied ist. Es reicht nicht aus, das Vermögen und das Erwerbseinkommen zu besteuern, sondern auch ein neues kompensierendes System der bislang noch paritätisch finanzierten Sozialversicherungsleistungen (Arbeitgeberinnen/Arbeitnehmerinnen) vorzustellen. Für diese „Umwälzung des gesamten bisherigen Sozial- und Steuersystems“ bräuchte es „bereits eine andere Gesellschaft als die, die wir vorfinden – eine Gesellschaft, die bereit wäre, die individuelle ‚Entscheidung gegen Lohnarbeit‘ mit armutsfester Alimentierung zu honorieren [...]“⁴⁵ „Damit die [gemeint ist eine sehr starke gesellschaftliche Bewegung] überhaupt möglich werden kann, müssten sich erhebliche Teile der Bevölkerung zu den Glaubenssätzen der bGE-Linken bekehren lassen. Also etwa dazu, dass es ein soziales Grundrecht werden muss, dass die Allgemeinheit jedem Einzelnen ein armutsfestes Einkommen garantiert, das ihm die Freiheit gibt, sich aus der Erwerbstätigkeit zurückzuziehen, wenn er will. Und zu einem Menschenbild [...] wonach sich diejenigen, die sich dann aus der Erwerbsgesellschaft zurückziehen, in aller Regel und gleichsam ehrenamtlich gesellschaftlich sinnvollen, nützlichen Tätigkeiten widmen werden.“⁴⁶

Die abschließenden ausgewählten Zitate dienen in erster Linie der themenspezifischen Suche nach Gründen, warum Mitglieder aus der Partei DIE LINKE sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen auseinandersetzen. Eine Beschreibung dieser Zitate würde die beabsichtigte Komplexität und Kausalität der Aussagen stören, so dass sich der Autor dieser Arbeit für das Vollzitat entschieden hat.

Der Kulturosoziologe Wolfgang Engler schreibt in seinem Buch „Bürger – ohne Arbeit“ von der Möglichkeit einer radikalen Neugestaltung der Gesellschaft durch wiederzuentdecken der Bürgerrechte, die die jetzige Marktwirtschaft zivilisieren müssten: „Wollen wir uns mit der Beschwörung eines abgeschlossenen historischen Kapitels nicht begnügen, müssen wir einen Schritt weiter gehen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist dieser Schritt.“⁴⁷

In seiner Publikation „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ beschreibt André Gorz, Philosoph und Mitarbeiter Jean-Paul Sartres, die gesellschaftlichen Auswirkungen eines Grundeinkommens wie folgt: „Die Garantie eines sozialen Grundeinkommens und die Ausdehnung frei verfügbarer Zeit sind nicht Aktivitätshemmer, sondern als Aktivitätsmultiplikatoren zu verstehen, nicht als Freistellung zum Nichtstun, sondern, im Gegenteil, eine für alle eröffnete Möglichkeit, tausend individuelle und kollektive, private und öffentliche Aktivitäten zu entfalten, die zu ihrer Ausbreitung und Entwicklung nicht mehr rentabel sein müssen. Jeder und jede muss von Kindheit an durch die Fülle der sie umgebenden Gruppen, Verbände, Werkstätten, Klubs, Kooperativen, Vereinigungen und Organisationen, die sie für ihre Tätigkeiten und Projekte zu gewinnen suchen, mitgerissen und umworben werden. Es geht dabei um künstlerische, politische, wissenschaftliche, ökosophische⁴⁸, sportliche, handwerkliche und Beziehungsaktivitäten, Selbstversorgungs-

⁴⁵ Kreutz, Daniel: Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Fehlorientierung. http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherung/bge_fehl-orientierung [letzter Aufruf: 02.06.2010]

⁴⁶ ebd. Vortrag zum Treffen der ver.di-Linken NRW in Düsseldorf. „Bedingungsloses Grundeinkommen“? Teil 1 und 2. Online-Flyer Nr. 237 vom 17.02.2010. <http://www.nrh.de/flyer/beitrag.php?id=14802> [letzter Aufruf: 01.06.2010]

⁴⁷ Engler, Wolfgang (2005): Bürger – ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin. S. 351

⁴⁸ Eigene Wortinterpretation: aus dem Griechischen: „oeko“ leitet sich von „oikos“ ab und bedeutet Haus bzw. Umwelt. Während die „Oeko-logie“ die Zusammenhänge betrachtet, bestimmt die „Oeko-nomie“ den Wert. „Sophie“ leitet sich von „sophia“ ab und bedeutet „Weisheit“ bzw. „Die Allwissende“. Die Ökosophie kann als Idee und Anspruch verstanden werden, das Bewusstsein über den Wert der Umwelt mit dem menschlichen Denken und Handeln zu vereinen.

und Reparaturarbeiten, Restaurierungsarbeiten des natürlichen und kulturellen Erbes, um die Gestaltung des Lebensraumes und Energieersparnisse, um ‚Kinderläden‘, ‚Gesundheitsläden‘, Netzwerke zum Austausch von Dienst- und Hilfeleistungen, gegenseitiger Unterstützung etc. Diese eigenständigen Aktivitäten, als selbstorganisierte und selbstverwaltete, als freiwillige und allen offenstehende, dürfen nicht als unselbständige Ergänzung der kapitalistischen Marktwirtschaft und auch nicht als pflichtgemäße Gegenleistung für das sie ermöglichende Grundeinkommen angesehen werden.“⁴⁹ Gorz plädiert für einen Bruch mit der Arbeitsgesellschaft mit dem Ziel, „dass das Bedürfnis, zu handeln und gesellschaftlich anerkannt zu werden, sich von bezahlter und fremdbestimmter ‚Arbeit‘ unabhängig macht [...]“⁵⁰ und erwartet von linker Politik, dass sie „Freiräume schafft, in denen sich alternative soziale Praktiken entwickeln können.“⁵¹

⁴⁹ Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt/Main. 1. Auflage. S. 144

⁵⁰ ebd. S. 103

⁵¹ ebd. S. 111

⁵² Spielkamp, Matthias, in: Mackay, Paul (2007). S. 95

⁵³ Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner (2005): *Grundeinkommen: bedingungslos. attacBasisTexte* 17. Hamburg. S. 29

⁵⁴ Schmidt, Enno in: Werner, Götz W. /Presse, André (2007): *Grundeinkommen und Konsumsteuer. Impulse für „Unternimm die Zukunft“*. Tagungsband zum Karlsruher Symposium Grundeinkommen: Bedingungslos. Karlsruhe. S. 40

Der Publizist und Berater im Bereich der Entwicklungen in der Wissensgesellschaft Matthias Spielkamp, meint: „Damit Wissen gedeihen kann, muss es so frei wie möglich sein – also verfügbar für diejenigen, die es nutzen möchten, nicht angeeignet durch diejenigen, die es lediglich ‚verwerten‘ wollen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist das beste denkbare Fundament, um unter diesen Bedingungen ein Schaffen zu ermöglichen.“⁵²

Der Politikwissenschaftler und attac-Sprecher Werner Rätz, verweist darauf, dass die Würde eines menschlichen Lebens heute mehr denn je von einem Einkommen abhängig ist: „Das bedingungslose Grundeinkommen betont das Recht auf ein gutes Leben für alle. Jeder Mensch hat, nur weil es ihn gibt, das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch nichts. In unserer Gesellschaft, in allen modernen kapitalistischen Gesellschaften, ist das nur möglich, wenn Menschen über Einkommen verfügen.“⁵³

Zu guter Letzt ein abschließendes Zitat vom deutschen Kunstschaaffenden Enno Schmidt: „Das Grundeinkommen ist ein Menschengeld. Es ergibt sich [...] aus der Leistung der Generationen vor uns. Alle haben dafür gearbeitet, dass es uns besser geht. [...] Das Grundeinkommen ist gesellschaftliche Mehrwertvergütung. Das ist die Würde des Menschen.“⁵⁴

1.3.3. Das bedingungslose Grundeinkommen als neues Reformvorhaben

⁵⁵ Klein, Josef (2007): *Hartz IV, Agenda 2010 und der „Job-Floater“: die Bedeutung von Sprache in Veränderungsprozessen*. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.) (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 159.

Die Forderung nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland kann als *Reform* bezeichnet werden. Josef Klein definiert Reform als „eine bestimmte Art politischer Handlungskonzepte, an die sich – vor allem bei denjenigen, die sie propagieren – positive Erwartungen knüpfen“.⁵⁵ Klein spricht von drei Bedeutungsdimensionen: der kognitiven, der emotionalen und der normativen. Die kognitive Dimension umfasst das Wissen der Bürgerinnen darüber, dass eine Reform aus einem als unbefriedigend eingeschätzten Zustand

hervor- und sie mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergeht. Die emotionale Dimension beinhaltet das positive Gefühl der Hoffnung, welches durch das Benutzen des Begriffes Reform zum Ausdruck kommt. Und die normative Dimension enthält die innewohnende Aufforderung, die entsprechende Reform persönlich zu unterstützen.⁵⁶ Zahlreiche Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen Reformen keineswegs ablehnt, solange etwaige Belastungen gleichmäßig verteilt und individueller Nutzen eindeutig zu erkennen sind. Das bis dato jedoch Initiativen zum Umbau des Sozialstaates – aufgrund der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen durch die Agenda 2010 – eher als Zumutung betrachtet werden, muss der fehlerhaften bzw. ungenügenden Kommunikation zugeschrieben werden.⁵⁷

⁵⁶ ebd. S. 160f.

⁵⁷ Novy, Leonard/Schmitz, Gregor Peter (2007): *Lessons learned: politische Kommunikation im Wandel*. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 239.

Zusammenfassung Kapitel 1

Die Idee eines bGE ist in Deutschland angekommen und wird mittlerweile in allen Teilen der Gesellschaft diskutiert – auch in der Politik. Unterschiedliche Konzepte sowie verschiedene Interessen und Meinungen spalten jedoch die Bevölkerung in Befürworterinnen und Gegnerinnen. So mangelt es einerseits an Trennschärfe zwischen den verschiedenen existierenden Modellen und andererseits am Verständnis dafür, dass ein bGE – ohne Gegenleistung – für jede Bürgerin und in Höhe von rund 1.000 Euro ausgezahlt werden soll.

Die Gründe für die Kritik liegen in der eventuellen Nicht-Finanzierbarkeit, in einem prognostizierten Sinken der Arbeitsmoral von *Leistungsträgerinnen* und einer damit einhergehenden Dumpingwirkung auf alle Arbeitseinkommen.

Die Zahlung eines bGE geht über die bis heute praktizierte staatliche Grundsicherung für Bedürftige hinaus und würde praktisch die Armut in Deutschland beseitigen, weil sich die Höhe stets oberhalb der jeweils aktuellen Armutsrisikoschwelle orientiert und eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand ermöglicht. Die Befürworterinnen bezweifeln, dass die Zahlung eines bGE die Mehrheit der Bürgerinnen zum Nichtstun animiert, sondern sehen durch eine *echte* Existenzsicherung Potenziale für mehr Produktivität durch eine freie persönliche Entfaltung jeglicher Interessen. Aufgrund dieser emanzipatorischen und armutsbeseitigenden Argumentation ist das bGE ein bedeutsames Thema für linke Politik.

Die hier aufgeführten Argumente stellen teilweise politische Grundansichten dar. Ziel dieser Arbeit ist keine wertende Gegenüberstellung von Argumenten für und wider das bGE (wie sie an anderen Stellen ausführlich betrieben worden ist), sondern eine detaillierte Darstellung von Grundlagen, Bestandteilen und Konsequenzen eines bGE für die Partei DIE LINKE., für ihren Prozess der programmrelevanten Entscheidungsfindung sowie für ihr weiteres Wirken im Sozialstaat Deutschland. Das nächste Kapitel setzt sich mit dem Begriff der Sozialstaatlichkeit sowie dem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland auseinander, bevor die hier angesprochene politische Kommunikation innerhalb von Parteien näher beleuchtet wird.

2. Der Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit

Mitte des 20. Jahrhunderts wurde in Deutschland die soziale Marktwirtschaft etabliert. Das heißt, arbeits- und sozialrechtliche Maßnahmen reglementiert und modernisiert. Obwohl das Leben der Menschen weiterhin erwerbszentriert blieb und in Abhängigkeit der Angebote des Arbeitsmarktes stand, wurde es vor allem durch die Sicherungsgarantien einer Unfall-, Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung bei Existenzgefährdung geschützt. Am Ende des 20. Jahrhunderts kam die Pflegeversicherung hinzu. Diese politisch eingeführten Instrumente der Sozialstaatlichkeit erweiterten den Handlungsspielraum zur freien persönlichen Entfaltung der Bürgerinnen.⁵⁸

Die Sozialpolitik wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Sozialgesetzbuch (SGB) – bestehend aus 12 Büchern – reguliert.⁵⁹ Das Sozialgesetzbuch soll soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit herstellen und neben der Sicherung eines menschwürdigen Daseins gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit schaffen, die Familie schützen und fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens abwenden oder ausgleichen.

Kernaufgaben des BMAS sind die Arbeitssicherung sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.⁶⁰ Die bis dato unzertrennliche Kausalität zwischen Arbeit und Sozialem spiegelt sich nicht nur in der Bezeichnung des Bundesministeriums wider, sondern auch in der Organisation der praktizierten Sozialpolitik.

Der auf Lohn- und Gehaltsarbeit ausgerichtete deutsche Sozialstaat⁶¹ wird als konservatives Wohlfahrtsregime bezeichnet, d.h. die Erwerbsarbeit stellt die zentrale Grundlage sozialer Sicherung dar.⁶² Im Vergleich zur Schweiz, einem liberalen Wohlfahrtsregime, in dem die Finanzierung sozialer Leistungen praktisch vom Arbeitsmarkt losgelöst ist, finanzieren in Deutschland die Erwerbstätigen paritätisch (50/50) mit den Arbeitgebern das Sozialsystem. Ab 2011 wird durch die Gesundheitsreform der Arbeitgeberanteil anders fixiert. Bis heute besteht es, wie bereits erwähnt, aus fünf Säulen (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung). Leistungen aus diesem System werden gewährt, wenn in der jeweiligen Sicherungssäule ein Versicherungsfall eintritt. Verliert beispielsweise ein Arbeitnehmer den Arbeitsplatz, erhält er ein Versicherungsgeld (Arbeitslosengeld I) für 12 Monate gezahlt.

⁵⁸ vgl. Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld. S. 25f.

⁵⁹ Carigiet/Opielka, in: Carigiet/Mäder/Opielka/Schulz-Nieswandt (2006): *Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich*. Zürich. S. 19f.

⁶⁰ Bundesministerium für Arbeit und Soziales:
http://www.bmas.de/portal/34940/das_ministerium.html
[Letzter Abruf: 02.06.2010]

⁶¹ vgl. *Lebenslagen in Deutschland – 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* (2006). S. III: *Wirtschaftliches Wachstum beschert Deutschland neue Arbeitsplätze. Diese (Fehl-) Annahme beinhaltet nach Meinung der Bundesregierung die Grundbedingungen für mehr soziale Gerechtigkeit und hierbei vor allem für mehr Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Für die Jahre 2008 und 2009 prognostizierten auch die Wirtschaftsforschungsinstitute eine wachsende Wirtschaft und eine damit verbundene Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Dauerhaft soll der Wohlstand für alle nur gesichert werden können, wenn eine leistungsfähige Wirtschaft im globalen Wettbewerb erfolgreich ist.*

⁶² Opielka (2006): S. 174

Der bundesrepublikanische Wohlfahrtsstaat hat seit seinem Bestehen dazu beigetragen, dass wirtschaftliche und soziale Krisen abgemildert und letztendlich überwunden wurden.⁶³ Dabei wird als Ziel der Politik jedoch bemerkt, dass die bestehenden Hierarchien sozialer Ungleichheit auf der Basis der Statussicherung aufrecht erhalten werden. Vereinfacht gesagt: wer mehr verdient, zahlt mehr in das Versicherungssystem ein und erhält bei Anspruch mehr finanzielle Leistungen aus der jeweiligen Sozialkasse gezahlt.⁶⁴

Neben dem arbeitsfokussiertem Sicherungssystem existiert ein staatliches Fürsorgesystem, welches aus Steuermitteln, sogenannten Transferzahlungen, finanziert wird.⁶⁵ Um jeder Bürgerin in Deutschland ein menschwürdiges Leben zu garantieren, erhalten Erwerbslose und anders Bedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht mit einem eigenen (Arbeits-)Einkommen bestreiten können, eine Unterstützung der Gesellschaft: die Sozialhilfe, welche als Arbeitslosengeld II (ALG II) bzw. Hartz IV bekannt ist. Mit der Zahlung von Sozialhilfe ist das BMAS nach eigenen Angaben bestrebt, Armut zu verhindern und den betroffenen Menschen die Möglichkeit einzuräumen, sich in naher Zukunft und mittels eines Arbeitsplatzes aus eigener Kraft wieder selbst zu versorgen. Während dieses Zeitraums besteht ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, der nach Bedürftigkeitsprüfung in Form von persönlicher, finanzieller oder sachlicher Hilfe geleistet wird. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende und erwerbsfähige Hilfebedürftige ist im SGB II geregelt und verankert. So sind z.B. Bedürftige dazu verpflichtet, ihre Vermögenswerte bis zu einem bestimmten Freibetrag aufzubrechen, bevor sie ALG II beziehen können. Ein Grundfreibetrag in Höhe von 150 Euro je vollendetes Lebensjahr, mindestens aber jeweils 3.100 Euro des volljährigen Hilfebedürftigen und seines Partners, wird ihnen dabei als Rücklage gewährt.⁶⁶

Staatlich organisierte Sozialpolitik soll eine soziale Ordnung schaffen, um auf gravierende soziale Unterschiede und Probleme reagieren zu können, um diese auszugleichen bzw. zu lösen. Eigentum wird dabei jedoch rechtsstaatlich geschützt, so dass persönliche Vermögenswerte für Bürgerinnen fern jeder Not unangetastet bleiben. Dieses Recht manifestiert sich zum einen im Grundgesetz und zum anderen im Verzicht auf die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die in anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien üblich ist. Dieser Verzicht schuf ein heutiges Ungleichgewicht, wonach 10 Prozent der Bundesbürger über 60 Prozent der gesamten Vermögenswerte verfügen.⁶⁷

⁶³ Lösche, Peter (2006): *Aufbau und Organisationswirklichkeit. In: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung, Nr. 292/2006. Bonn. S. 55*

⁶⁴ vgl. Opielka (2006): S. 174

⁶⁵ vgl. ebd. S. 179

⁶⁶ Bundesregierung: http://www.bundesregierung.de/nr_774/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/ThemenAZ/Soziale_20Sicherheit/soziale-sicherheit-2008-06-18-sozialhilfe-und-grundsicherung-artikel4.html [Letzter Zugriff: 02.06.2010]

⁶⁷ Siehe Anlage 2 und FOCUS-Artikel vom 18.01.2010: *Wenige horten viel. Vermögensstudie.* http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/vermoegensstudie-wenige-horten-viel_aid_471851.html [Letzter Aufruf: 26.05.2010]



Der deutsche Rechts- und Sozialstaat

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (2009): Informationen zur politischen Bildung. 294. Staat und Wirtschaft. S. 5

Dennoch greift die Sozialpolitik über andere Steuern (z.B. Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer etc.) in den Prozess gesellschaftlicher Selbststeuerung ein und beschneidet zum Teil die persönliche – vor allem finanzielle – Freiheit des Einzelnen zu Gunsten der sozialstaatlich eingeforderten Solidarität. Auf der anderen Seite schafft sie durch eine pauschale Existenzsicherung für jeden Bürger neue Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung in einer Gemeinschaft. Stephan Lessenich bezeichnet die deutsche Sozialpolitik daher auch als doppelwertig (ambivalent): „Sie ermöglicht und begrenzt, befähigt und bevormundet, sorgt und vernachlässigt. Sie eröffnet Freiheiten und schränkt Optionen ein, sie schafft mehr Gleichheit und neue Ungleichheiten, [...]. Sie ist [...] konservativ und revolutionär zugleich, Stütze und Stachel im Fleisch der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie geprägten Gesellschaftsordnung [...], nicht nur ein Ort und Hort der Hilfe, Solidarität und Wohltätigkeit, sondern eben (immer) auch ein Instrument sozialer Steuerung, Kontrolle und Disziplinierung“.⁶⁸ Diese Zwitterrolle ist ein „Strukturproblem“ und die Frage, die es in naher Zukunft zu beantworten gilt, heißt: „Stößt der spätkapitalistische Staat an seine Grenzen oder muss sich der kapitalistische Sozialstaat nur transformieren?“⁶⁹

⁶⁸ Lessenich (2008). S. 10

⁶⁹ ebd.: S. 70

Der Sozialstaat stellt in der deutschen Arbeitsgesellschaft das wichtigste Instrument dar, um dem *Selbstsicherungsdefizit* der Arbeitskraft entgegenzuwirken. Anders formuliert, soll der Sozialstaat die Schwachen, Arbeitsunfähigen, Kinder und Alten vor den Härten des (Arbeits-) Marktes schützen. In welchem Ausmaß das geschieht, ist dabei demokratische Verhandlungssache. Fest steht, dass „die Zusammenhänge zwischen Tatsachen, ihren Deutungen und deutungspolitischen Strategien politischer und verbandlicher Eliten [...] für das Feld der sozialen Sicherheit nur sehr bruchstückhaft wissenssoziologisch erforscht (sind).“⁷⁰

⁷⁰ Offe, Claus (2003): Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen zwischen Gerechtigkeitsnormen für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.) (2003): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 1. Opladen, S. 16f.

Die institutionelle Struktur eines Sozialstaates und seine Leistungen bei der Wahrung von sozialer Sicherheit beschreibt Offe metaphorisch in Form eines Gebäudes – bestehend aus drei Etagen, einem Keller und einem Dach. Im Keller sitzt die Behörde, die für den Schutz der *Armen* in Form der Sozialhilfe arbeitet. Im Parterre befinden sich die Institutionen, welche sich um jede Form des Arbeitsschutzes kümmern. Dazu zählen sämtliche Regularien am Arbeitsplatz, wie Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung für Arbeitnehmerinnen. In der ersten Etage sitzen die Einrichtungen, die die Arbeitskraft außerhalb des Arbeitsplatzes schützen. Das heißt, dass hier das Sozialversicherungssystem greift und die Existenz der Arbeitnehmerinnen z.B. bei Krankheit, Unfall oder erreichtem Alterslimit sichert. Im zweiten Stockwerk befinden sich die Gremien zur Bestimmung des Arbeitsentgeltes, die Gewerkschaften. Diese operieren vom Staat autonom (Tarifautonomie) und ihre Bildung zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen wird verfassungsrechtlich geschützt.⁷¹ Das Dach enthält Behörden der Arbeitsmarktpolitik, die durch gesetzliche und wirtschaftliche Mittel versuchen, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitsplätzen herzustellen. Claus Offe verwendet dabei den Begriff eines Daches, da „nur dann, wenn das Dach dicht und gegen die Stürme des konjunkturellen und strukturellen Wandels gefestigt ist, sämtliche darunter liegenden Teile des Gebäudes vor dem Schaden zuverlässig geschützt sind, die eben ein undichtes Dach auf sämtlichen Etagen hervorrufen kann.“ Bei einer tatsächlichen Arbeitslosigkeit von 4,8 Millionen Bürgerinnen im Januar 2010⁷² scheint das *Dach des deutschen Sozialstaates* Löcher zu haben. Die Privatwirtschaft benötigt momentan keine Arbeitskräfte und auch der deutsche Staat sieht sich aufgrund des zu erwartenden Schuldenbergs von knapp 1.800 Milliarden Euro am Ende des Jahres 2010⁷³ nicht in der Lage, neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Hieraus resultieren zum einen eine steigende Arbeitslosigkeit sowie sinkende Einnahmen in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und zum anderen eine Marginalisierung der betroffenen Bürgerinnen durch geringe Haushaltseinkommen, die die Binnennachfrage beleben könnten, im Gegenzug jedoch die Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen verstärken. Dazu kommen die Pläne der derzeitigen Regierung: im Sozialen sparen, *Leistungsträgerinnen* fördern und Steuern weiter senken.⁷⁴ Soll an dem Modell eines *konservativen Wohlfahrtregimes* festgehalten werden, dann müssen(!) neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, sonst könnte die Gesellschaft mittel- bis langfristig gesehen kollabieren.

Für Offe stellt der Sozialstaat ein „systemanhaftendes und -verteidigendes Instrument des Kapitalismus“ dar. Die menschliche Arbeitskraft wird als Ware institutionalisiert und das Individuum verfügt am Arbeits- und damit Einkommensmarkt weder über Verhandlungsmacht – wird das Engagement der Gewerkschaften einmal ausgeklammert –, noch ist es in der Lage, selbst für entgeltliche Beschäftigung zu sorgen.⁷⁵ Wie sollen die Bürgerinnen in einer Arbeitsgesellschaft, in der es nicht ausreichend Arbeit zu Löhnen und Gehältern gibt, die existenz- und teilhabesichernd sind, in Würde leben? Welchem Prinzip folgt der deutsche Sozialstaat und durch welche Gesetze wird die soziale Sicherheit der Menschen garantiert?

⁷¹ vgl. Grundgesetz (GG) Artikel 9 Abs. 3

⁷² Siehe Anlage 3

⁷³ Artikel des Bundes deutscher Steuerzahler e.V. vom 01.04.2010 <http://www.steuerzahler.de/Verschuldung/1233b477/index.html> [16.05.2010]

⁷⁴ STERN-Artikel vom 30.09.2009: <http://www.stern.de/wirtschaft/news/maerkte/fdp-wahlversprechen-das-gelbe-schulden-dilemma-1511657.html> und FOCUS-Artikel vom 25.05.2010: http://www.focus.de/politik/deutschland/haushaltrotstift-bei-sozialleistungen_aid_511801.html [Letzter Aufruf: 02.06.2010]

⁷⁵ Offe (2003): S. 18

2.1. Die soziale Gerechtigkeit im parlamentarischen und im bürgerlichen Verständnis

Das Meinungsforschungsinstitut *forsa* befragte 2002 Bürgerinnen in Deutschland und veröffentlichte daraufhin den Report „Was Deutschland bewegt.“ Der Autor vergleicht im Folgenden diese Ergebnisse mit einer Parlamentarierinnen-Studie aus dem Jahr 2006 in Bezug auf die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland. Aktuellere und zeitlich übereinstimmende Umfrageergebnisse standen nicht zur Verfügung.

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in Kooperation mit der Heinz Nixdorf Stiftung sowie der Ludwig-Erhard-Stiftung vom Institut für Demoskopie Allensbach wurde zwischen Oktober und November 2006 eine Umfrage unter den insgesamt 384 teilnehmenden Abgeordneten des Bundestages, der Länderparlamente sowie aus der Gruppe der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments durchgeführt. Es wurde untersucht, was deutsche Politiker unter sozialer Gerechtigkeit verstehen:⁷⁶

- ▶ 55 Prozent der Parlamentarier verstehen unter sozialer Gerechtigkeit die Chancengerechtigkeit bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Teilhabegerechtigkeit eines jeden Bürgers am gesellschaftlichen und sozialen Leben.
- ▶ 29 Prozent der Befragten nennen als erstes die soziale Absicherung durch den Staat.
- ▶ 15 Prozent gaben die Verteilungsgerechtigkeit (Einkommen und Vermögen) an.
- ▶ 14 Prozent sprachen sich für die Leistungsgerechtigkeit (wer mehr arbeitet, verdient auch mehr) als wichtigsten Grundpfeiler sozialer Gerechtigkeit aus.

Auf die Frage, ob Vermögen und Einkommen in Deutschland gerecht verteilt seien, antworteten 60 Prozent der Politikerinnen mit *ja*.⁷⁷ Im Vergleich dazu empfanden – bei einer *forsa*-Umfrage im Jahr 2001 – 56 Prozent der befragten Bürgerinnen die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland als ungerecht.⁷⁸ In der Parlamentarierinnen-Studie wird von 61 Prozent die soziale Gerechtigkeit in Deutschland als bereits verwirklicht eingeschätzt. 59 Prozent sind allerdings der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen hat. Das Ergebnis der *forsa*-Bürgerinnen-Umfrage bestätigt diese Wahrnehmung. 68 Prozent der Bürgerinnen nahmen eine Abnahme der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland wahr.⁷⁹ Nur 9 Prozent der Parlamentarierinnen gaben an, dass es eine Zunahme gegeben hätte und 30 Prozent haben keine Änderungen wahrgenommen.⁸⁰

An dieser Stelle muss die Frage gestellt werden, warum die deutschen Parlamentarierinnen diese teils konträren Wahrnehmungen im Vergleich zu den Bürgerinnen haben, jedoch nichts dagegen tun? Sie wurden in das jeweilige Parlamentsamt gewählt, um im Interesse der Bürgerinnen und aus Verpflichtung zum Grundgesetz dafür zu sorgen, dass die soziale Gerechtigkeit gewahrt wird. Diese Diskrepanz

⁷⁶ vgl. Vehrkamp, B. Robert/ Kleinsteuber, Andreas (2006): *Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern*. Gütersloh. S. 4

⁷⁷ Vehrkamp/Kleinsteinuber (2006): S. 6

⁷⁸ vgl. Güllner, Manfred (Hrsg.) (2002): *Was Deutschland bewegt. forsa-Meinungsreport 2002*. Frankfurt/Main. S. 7f.

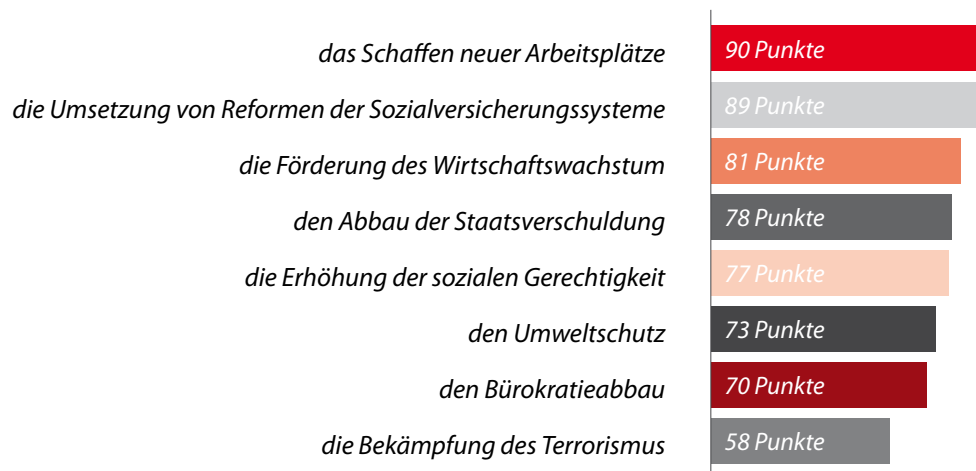
⁷⁹ ebd. (2002)

⁸⁰ Vehrkamp/Kleinsteinuber (2006): S. 17

zwischen Volksmeinung und Volksvertreterinnenmeinung sowie die Frage, welche Interessen Politikerinnen in den Parlamenten wirklich verfolgen, sollte außerhalb dieser Arbeit untersucht werden.

Als Grund für den wahrgenommenen Negativtrend machen 59 Prozent der Parlamentarierinnen die Reformen während und nach der rot-grünen Regierungsperiode verantwortlich.⁸¹

Als die wichtigsten Aufgaben und Ziele der Sozialarbeit bewerten die deutschen Mandatsträgerinnen – auf einer Skala von 0–100 (0 = unwichtig / 100 = besonders wichtig)



⁸¹ ebd.(2006): S. 16

⁸² ebd. (2006)

⁸³ ebd. (2006): S. 15f.

Das Gesamtergebnis der Parlamentarierinnen-Umfrage veranlasste die Verantwortlichen dazu, „die Gefährdung der sozialen Sicherheit durch die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Erosion der sozialen Sicherungssysteme“⁸² als große Bedrohung einzuschätzen.⁸³

Ob die Gefahr durch gesetzliche Bestimmungen aufgehalten und abgewendet werden kann, soll der nächste Abschnitt beleuchten.

2.2. Die soziale Gerechtigkeit in der deutschen Gesetzgebung

Das in Artikel 20 Absatz 1 und § 28 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) verankerte „Sozialstaatsprinzip“ deklariert die BRD als demokratischen und sozialen Bundesstaat.⁸⁴ Das Konzept eines Sozialstaates beinhaltet die institutionelle Infrastruktur sozialpolitischer Gesetze, Programme und Einrichtungen.⁸⁵ Ausgestaltet wird der Sozialstaat in der entsprechenden Sozialpolitik. Das Bundesverfassungsgericht (BverfG) verpflichtet den deutschen Staat, als Repräsentant der Gesamtgesellschaft eine gerechte Sozialordnung herzustellen und für soziale Gerechtigkeit in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu sorgen.

⁸⁴ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art. 20 Abs. 1

⁸⁵ vgl. Lessenich (2008): S. 22

Der Indikator für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit „ist die Art und Weise, wie eine Gesellschaft und ihre Institutionen Grundrechte und -pflichten sowie die Früchte des wirtschaftlichen Erfolges verteilen.“⁸⁷ Jedoch werden weder im Gesetz noch im Urteil des BVerfG verbindliche Angaben zu Art und Umfang sozialer Leistungen bzw. der Sozialordnung getroffen.⁸⁸ Das BVerfG urteilte mit Verweis auf die Definition von sozialer Gerechtigkeit: „Angesichts seiner Weite und Unbestimmtheit lässt sich daraus jedoch regelmäßig kein Gebot entnehmen, soziale Leistungen in einem bestimmten Umfang zu gewähren. Zwingend ist lediglich, dass der Staat die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein seiner Bürger schafft.“⁸⁹ Der darin zum Ausdruck gebrachte Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber ist keine Aufforderung zur Formulierung und Verabschiedung eines Grundrechtes. Die Mindestvoraussetzungen für ein würdevolles Leben sind nach wie vor der Subjektivität unterworfen.⁹⁰ Aufgrund dessen ist die deutsche Verfassung in Bezug auf soziale Gerechtigkeit undifferenziert definiert. Im bundesdeutschen Sozialstaat lässt sich weder in Rechtstexten noch in rechtswissenschaftlichen Auslegungen ein einheitlicher Gerechtigkeitsbegriff finden.⁹¹ Das liegt vor allem darin begründet, dass die Vielzahl der Lösungsangebote zur begrifflichen Klärung von sozialer Gerechtigkeit in der Wissenschaft als nahezu unlösbar eingestuft wird und somit exakt bestimmbar Gerechtigkeitsnormen oder deren Ziele bislang illusionär erscheinen.⁹²

Frank Nullmeiner bezeichnet diesen Zustand als eine „Gerechtigkeitsabstänzen des Grundgesetzes“.⁹³ Das Sozialstaatsprinzip aus Art. 20 GG bindet staatliches Handeln generell an das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, ohne jedoch eine näher spezifizierte Verteilungsnorm zu enthalten. Das bedeutet, dass eine offene Interpretation jederzeit zu Prozessen und zu subjektiven Auslegungen und Entscheidungen führt bzw. führen kann.

Der dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes innewohnende Gestaltungsauftrag soll sich im Sozialgesetzbuch (SGB) widerspiegeln. So heißt es im SGB I § 1, dass die Sozialleistungen zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit gestaltet werden. Doch die „aufgelisteten, sozialen Rechte besitzen als sozialpolitische Leitvorstellung nicht die Qualität subjektiver Rechte (§§ 3-10 SGB I)“, führt Nullmeier weiter aus.⁹⁴

In diesem Zusammenhang soll im Folgenden kurz auf das Zweite Sozialgesetzbuch SGB II eingegangen werden, welches auch unter dem Namen Hartz IV-Gesetz bekannt ist. Es hat seit dem 1. Januar 2005 seine Gültigkeit

⁸⁶ Bundesverfassungsgericht: BVerfGE 22, 180. In: Glaeßner, Gert-Joachim (1999): *Demokratie und Politik in Deutschland*. Opladen. S. 37

⁸⁷ Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Opielka, Michael/Schulz-Nieswandt, Frank (Hrsg.) (2006): *Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich*. Zürich. S. 12

⁸⁸ ebd.

⁸⁹ Urteil des Bundesverfassungsgerichts: BVerfGE 82, 60, 80 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/Soziale_20Sicherheit/soziale-sicherheit-2008-06-18-das-sozialstaatsprinzip-und-die-gesetze-zur-sozialen-sicherheit-artikel1.html [Letzter Aufruf: 02.06.2010]

⁹⁰ vgl. Nullmeier, Frank (1997): *Gerechtigkeitsziele des bundesdeutschen Sozialstaats*. In: Montada, Leo (Hrsg.): *Beschäftigungsziele zwischen Effizienz und Gerechtigkeit*. Frankfurt/Main. S. 216

⁹¹ ebd.

⁹² ebd.

⁹³ ebd.

⁹⁴ ebd. S. 217

⁹⁵ Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Auf: <http://www.bmas.de/portal/13556/sozialhilfe.html> (Letzter Aufruf: 10.05.2010)

⁹⁶ Blaschke (2010): S. 214ff.

⁹⁷ „Vollbeschäftigung ist die wirtschaftliche Situation, in der das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft ausreichend genutzt wird. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies z. B., dass der Beschäftigungsgrad hoch ist. Die Zahl der offenen Stellen in der Volkswirtschaft stimmt mit der Zahl der Arbeitssuchenden überein, d. h. alle arbeitswilligen Arbeitnehmer können einen zumutbaren Arbeitsplatz finden.“ Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Lexikon. http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=9EY21B [Letzter Aufruf: 24.05.2010],

und regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die nach der 12-monatigen Zahlung aus der Arbeitslosenversicherung keinen Anspruch mehr auf ALG I haben, erhalten ALG II (Hartz IV) in Höhe des derzeitigen Regelsatzes von 359 Euro netto/Monat. Zusätzlich können z.B. Wohngeld und ein Heizkostenzuschuss beantragt werden.⁹⁵

Dieser rechtliche Anspruch auf Grundsicherung wird gewährt, wenn sich die Bedürftige vorausgehenden Prüfungen unterzieht und ihre Arbeitsbereitschaft signalisiert (siehe Kapitel 1.1.). Sollte sie dem nicht nachkommen, wird sich auf den Sanktionsparagrafen 31 des SGB II bezogen und ihr der Entzug der Existenzsicherung und der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten angedroht. Ronald Blaschke legt überzeugend dar, dass damit der deutsche Sozialstaat sowohl gegen die eigene Verfassung als auch gegen das Menschen- und Völkerrecht in der UN-Charta verstößt.⁹⁶ Er weist darauf hin, dass ein Recht auf Arbeit dem Recht auf soziale Sicherheit und Teilhabe gleichgestellt ist und von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden muss. Da das Recht auf Arbeit durch die heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in dem benötigten Maße über Vollbeschäftigung⁹⁷ zur Verfügung gestellt werden kann⁹⁸, aber das Recht auf soziale Sicherheit und Teilhabe laut Verfassung ermöglicht werden muss, werden in Zukunft Veränderungen in der Sozialpolitik oder gänzlich neue Ideen von Nöten sein, um die Verwirklichung der Menschenrechte und damit eines würdevollen Lebens garantieren zu können.

2.3. Ein neuer Ansatz, soziale Gerechtigkeit in der deutschen Arbeitsgesellschaft bewerten zu können

⁹⁸ vgl. Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner (2005): Grundeinkommen: bedingungslos. attac Basistexte 17. Hamburg. S. 34; vgl. Offe (2003): S. 30

⁹⁹ vgl. Füllsack, Manfred (2006): zitiert nach Rätz S. 34ff.

¹⁰⁰ Lawlor, Eilis/Kersley, Helen (2009): A Bit Rich: Calculating the real value to society of different professions. nef (the new economics foundation). London. <http://www.neweconomics.org/publications/bit-rich> [Letzter Aufruf: 25.05.2010]

Der Wiener Sozialphilosoph, Manfred Füllsack, setzt den Begriff Arbeit in einen neuen gesellschaftlichen Kontext – fern dem traditionellen Arbeitsethos. Füllsack definiert Arbeit als „Probleme lösen“, ganz gleich welcher Natur diese sind. Darunter versteht er alle Tätigkeiten, die der Gesellschaft von Nutzen sind und die getan werden müssen, damit diese funktioniert. Dafür erhält der Mensch ein Einkommen, denn nur wer heutzutage ein Einkommen erhält, hat auch etwas vom gesellschaftlichen Reichtum.⁹⁹

Unter dem Aspekt der Nützlichkeit von Tätigkeiten verschiedener Berufsgruppen für die Gesellschaft haben zwei britische Wissenschaftlerinnen der New Economics Foundation (nef) eine Studie mit dem Titel „a bit rich“ (ein bisschen reich) veröffentlicht. Auf dem Gebiet „Social Return on Investment (SROI)“ – sinngemäß der soziale Rückfluss von Investitionen – gingen die Forscherinnen der Frage nach, welchen gesellschaftlichen Wert sechs unterschiedliche Berufe für das Wohlergehen aller Bürgerinnen haben. Dabei wurde nicht der moralische oder ethische Wert einer Berufsgruppe untersucht, sondern vielmehr der finanzielle Wert der Arbeit für die Gemeinschaft.¹⁰⁰

Die Untersuchung widmete sich den Berufsgruppen der Investmentbankerinnen, Steuerberaterinnen, Marketingchefinnen, den Fachkräften für Müllbeseitigung (Recycling), Kindergärtnerinnen und Reinigungsfachkräften in einem Krankenhaus. In der Analyse wurden die jeweiligen Einkommen mit ihrem sozialen Wert für die Gesellschaft ins Verhältnis gesetzt. Die Berechnung basiert auf Pfund-Währung. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die errechneten Verhältnisse einem Vergleich in Deutschland standhalten. Das Ergebnis verdeutlicht, dass die Topverdienerinnen mit hohem Ansehen, wie Investmentbankerinnen, Steuerberaterinnen und Marketingchefinnen der Allgemeinheit Kosten auferlegen, indem sie soziale Werte zerstören. Die Studie stellte zum Beispiel dar, dass ein Investmentbankerin mit jedem verdienten Euro sieben Euro an gesellschaftlichen Werten zerstört. Auf der einen Seite zahlt er Steuern, schafft Jobs und belebt Börsenumsätze. Auf der anderen Seite führen seine Aktivitäten zu gravierenden Einkommens- und Vermögensunterschieden in der Gesellschaft und zu möglichen Finanzkrisen, die wiederum erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und somit auf die Gesamtgesellschaft haben. Die für die Eindämmung der Krise bereitgestellten Steuergelder, also das Geld aller Bürgerinnen, werden damit beispielsweise dem Bildungssektor oder dem Kulturbereich der Gesellschaft entzogen. Am Beispiel einer Marketingchefin wurde ein Verhältnis von 1/-11,50 Euro ermittelt und bei der Steuerberaterin sogar ein gesellschaftliches Werteverlust von 1/-47 Euro.

Im niedrigeren Lohnsektor werden von Menschen Tätigkeiten ausgeübt, die in der Gesellschaft weniger Ansehen genießen, von den Wissenschaftlerinnen allerdings als sehr wertvoll bewertet wurden. So betreut und lehrt beispielsweise eine Kindergärtnerin den Nachwuchs der zukünftigen Gesellschaft und mindere die bildungsbedingte und die chancenungerechte Kluft zwischen sozialen Schichten. Der gesellschaftliche Verhältniswert ihrer beruflichen Tätigkeit wurde mit einem 1 Euro zu plus 9 Euro bemessen. Für eine Krankenhaus-Reinigungsfachkraft ergibt sich ein positives Verhältnis von 1/+10 Euro und für die Fachkraft für Müllbeseitigung(Recycling) von 1/+12 Euro.

Obwohl diese Studie nicht den Anspruch von Repräsentativität erhebt, fanden die Wissenschaftlerinnen heraus, dass die Löhne und Gehälter der jeweiligen Berufsgruppe nicht den Nutzen für die Gesamtgesellschaft widerspiegeln. Eine Balance zwischen dem Nutzen einer Tätigkeit und ihrer Bezahlung herzustellen, wird in einer staatlich nicht reglementierten freien Marktwirtschaft nicht möglich sein. Hier müsste der Staat als gesellschaftsvertretende Institution durch Gesetze und Steuern einwirken, um eine entsprechende Entlohnung der förderlichen Tätigkeitsfelder zum Wohle aller zu ermöglichen.

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist der Terminus *soziale Gerechtigkeit* eine subjektive, nicht messbare Größe. Menschen und Gesellschaften haben unterschiedliche Vorlieben und Fähigkeiten und legen unterschiedliche Maßstäbe zur Bestimmung von (sozialer) Gerechtigkeit an. Die wahrgenommenen Ungleichheiten zwischen Menschen und Gesellschaften für jedes Individuum bedarfsorientiert zu bewerten oder zu vereinheitlichen, ist theoretisch wie praktisch nicht möglich.

Das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ist allerdings für den sozialen Frieden in einer Gemeinschaft von großer Bedeutung und ergibt sich durch das gesellschaftliche Zusammenleben. Seit Jahrhunderten wird in der Gerechtigkeitsforschung der Versuch unternommen, verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien zu erstellen und zu prüfen. Die einzelnen Resultate sind derart breit gefächert, dass eine detaillierte Ausführung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Verfassungsrechtlich steht jedoch fest, dass jeder Mensch ein grundlegendes Recht auf ein würdevolles und individuelles Leben hat. Somit müssen gesellschaftliche Parameter gefunden und auch angesetzt werden, um eine Lösung des auf Subjektivität beruhenden Gerechtigkeitsproblems zu finden. Eine Möglichkeit zeigt Lutz Leisering auf. Er unterscheidet vier Paradigmen der sozialen Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat und setzt dabei seinen Fokus auf die Gewährleistung von grundlegender Chancengerechtigkeit:¹⁰¹

Im ersten Paradigma sieht er die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates in der Absicherung der Bedürfnisse seiner Bürgerinnen sowie der gerechten Einkommensverteilung. In Deutschland wird dies durch das Gewähren einer Mindestsicherung (Hartz IV) versucht. In Anbetracht der Kritik an der Hartz IV-Gesetzgebung sowie der größer werdenden Einkommensschere – selbst zwischen Management und einfachen Angestellten¹⁰² – scheint der Versuch bereits fehlgeschlagen. Im zweiten Paradigma verhält sich der Staat größtenteils passiv gegenüber dem Markt. Das heißt, jedes Individuum agiert eigenverantwortlich und empfängt für eine erbrachte Leistung ein individuelles Einkommen. Leisering meint hier jedoch nicht die persönlichen Freiheiten im neoliberalen Wirtschafts- und Finanzwesen zum Anhäufen von Vermögen, sondern vielmehr die emanzipatorische Freiheit des Individuums über sein Leben und seinen Tätigkeitsschwerpunkt selbst entscheiden zu können. Im dritten unterliegt der Wert der vom Individuum erbrachten Leistung einem gesellschaftlichen Produktivmaßstab. Da bis auf die angesprochene Studie kein Leistungskatalog für die in der Gesellschaft erbrachten Leistungen oder Lasten existiert, aber dennoch Leistungen von allen Bürgerinnen täglich erbracht werden, könnte sich der Produktivitätsmaßstab in Form einer Pauschale ausdrücken. Letztendlich werden im vierten Paradigma alle sonstigen Unterschiede und Benachteiligungen im Sinne der rechtlichen Gleichstellung ausgeglichen. Dieses kann z.B. steuerlich realisiert werden. Im Zentrum steht für Leisering also die Fähigkeit zum Handeln bzw. das Chancangebot, und nicht das Ergebnis. Das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit wird demnach davon abhängig gemacht, inwieweit jedes Individuum seine individuellen Chancen in der Gesellschaft nutzen kann.¹⁰³

Werden Leiserings Paradigmen der Chancengerechtigkeit mit Füllsacks Definition von Arbeit und Einkommen verknüpft, so ließe sich ein theoretisches Modell konstruieren, welches dem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit im Sozialstaat Deutschland eine neue Diskussions- und Definitionsgrundlage bieten würde: Das Modell eines (bedingungslosen) Grundeinkommens.

¹⁰¹ vgl. Leisering, Lutz (2004): *Paradigmen sozialer Gerechtigkeit*. In: Liebig, Stefan/ Lengfeld, Holger/ Mau, Steffen (Hrsg.): *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften*. Frankfurt/ Main. S. 30ff.

¹⁰² vgl. Handelsblatt vom 13.03.2010 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/koepfe/gehaeltevvergleich-einkommensschere-geht-weiter-auseinander;2545377> [Letzter Aufruf: 04.05.2010]

¹⁰³ vgl. Leisering (2004): S. 30ff.

Zusammenfassung Kapitel 2

Die deutsche Sozialpolitik ist vor allem durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. Die Finanzierung des fünf-säuligen Sozialversicherungssystems wird ausschließlich über die Erwerbstätigkeit der Bürgerinnen gewährleistet. Denn obwohl sich die Arbeitgeberinnen daran paritätisch beteiligen, fließen ihre Beiträge nur, wenn Arbeitnehmerinnen in ihrem Unternehmen arbeiten. Werden demzufolge von der Privatwirtschaft oder vom Staat nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen, belastet dies die Sozialkassen. Auf der anderen Seite erhöht sich die Zahl der auf Hilfe des Staats Angewiesenen. Um die Existenzen der Erwerbslosen grundzusichern, muss aus dem gesamten Steuereinkommen immer mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

Durch den wissenschaftlich nicht eindeutig definierbaren Begriff der sozialen Gerechtigkeit unterliegt auch das deutsche Sozialstaatsprinzip der subjektiven Auslegung. Die unkonkreten Formulierungen der verfassungsrechtlichen Entscheidungen sowie der Gesetzestexte haben in den letzten zwei Jahrzehnten dafür gesorgt, dass das Gefühl der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen hat und sich die Unterschiede zwischen arm und reich vergrößert haben. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht versucht hat, das unabänderliche Grundprinzip des sozialen Rechtsstaates klarer zu definieren, so bleibt die Verpflichtung, eine gerechte Sozialordnung herzustellen, weiterhin unkonkret. Die Bedeutung und Ausprägung der Sozialpolitik in einer Demokratie wird immer abhängig sein vom dem sich stets vollziehenden gesellschaftlichen Wandel und der damit verbundenen Legitimierung durch eine Mehrheit der Bürgerinnen eines Staates, die sich durch die Interessensverfolgung der einzelnen Parteien ausdrücken soll. Um allerdings niemals gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes zu verstoßen, muss die Förderung des Sozialen immer weiter vorangetrieben werden. Einen deutlichen und unmissverständlichen Gesetzestext zu formulieren, sollte im gemeinschaftlichen Interesse aller Bürgerinnen realisierbar sein – zumal die Berechnung eines Existenzminimums bereits heute Anwendung findet. (siehe Kapitel 1.2.) Auch hier müssen Möglichkeiten der regelmäßigen Novellierung anhand von gesellschaftlichen Veränderungen möglich sein – direktdemokratisch vom Volk abgestimmt.

Unterm Strich liegt der Fokus der deutschen Sozialpolitik bis heute im Bereich der sozialen Absicherung von Risikosituationen durch Erwerbsarbeit, deren Angebot scheinbar abnimmt, während die existenz-sichernden Transferzahlungen zunehmend als gesellschaftliche Mehrbelastung angesehen und u.U. sanktioniert werden. An dieser Stelle muss die Frage gestellt werden, ob weniger soziale Sicherheit tatsächlich zu mehr Beschäftigung in Deutschland führen würde. In der möglichen Diskussion zur Beantwortung dieser Frage sollte etwas Grundlegendes nicht außer Acht gelassen werden: Hinter jeder Bürgerin steckt immer ein Mensch, den es zu schützen gilt und der nicht ausschließlich als (Arbeits-)Ware erscheinen darf.

Die Unantastbarkeit des Eigentums sowie das daraus resultierende Ungleichgewicht der Besitzstände deutscher Vermögenswerte scheinen im Sozialstaat Deutschland mehr Priorität zu genießen als die Unantastbarkeit der menschlichen Würde.

3. Die interne Kommunikation politischer Parteien

Mit der Fokussierung auf die interne Kommunikation von Parteien wendet sich die Arbeit einem Teilbereich der Parteienkommunikation zu, der bisher nur wenig erforscht ist. Aus diesem Grund muss sich der Autor zum Teil an Mechanismen der Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft orientieren und greift zudem auf seinen persönlichen Erfahrungsschatz aufgrund von langjähriger Gremienarbeit sowie Mitgliedschaft in einzelnen politischen Organisationen zurück.

Das hier zu untersuchende Feld der internen Kommunikation besteht theoretisch aus zwei Schwerpunkten. Einerseits können die internen Kommunikationswege sowie die Medien zum Übermitteln von Nachrichten detailliert analysiert werden. Andererseits können die Faktoren für eine erfolgreiche oder erfolglose Interaktion zwischen Senderinnen und Empfängerinnen im Rahmen der Organisationsstrukturen und demokratischer Entscheidungsprozesse beleuchtet werden. Letzteres wird den theoretischen Schwerpunkt dieses Kapitels darstellen. Dabei finden auch die Kommunikationsstrukturen und -wege sowie einzelne verwendete Medien Erwähnung.

Im Folgenden werden Begriffsbestimmungen für die politische Kommunikation sowie das deutsche Parteiensystem mit seinen Organisations- und Kommunikationsstrukturen vorgenommen und tiefergehend erklärt. Dabei werden Kausalitäten sichtbar, die sich auf die interne Kommunikation zwischen einzelnen innerparteilichen Interessengruppen sowie die Parteiendemokratie auswirken. Nach einem kurzen Einblick in die genutzten Kommunikationsmedien einer Partei werden abschließend Faktoren für eine erfolgversprechende interne Parteikommunikation vorgestellt.

3.1. Die politische Kommunikation

Was in Kapitel 2 für den Terminus soziale Gerechtigkeit galt, muss hier auch für den Begriff der *Kommunikation* eingestanden werden: Es existiert keine eindeutige Definition. Dennoch existieren verschiedene Sichtweisen, von denen hier zwei kurz umrissen und in den thematischen Kontext gesetzt werden.¹⁰⁴

Im Bereich der Sozialwissenschaft wird Kommunikation in erster Linie mit Verständigung in Verbindung gebracht. So spricht Niklas Luhmann davon, dass Kommunikation nur ermöglicht werden kann, wenn die Faktoren Information, Mitteilung und Verstehen miteinander verschmelzen. Das heißt, dass Senderin und Empfängerin einander verstehen können und auch wollen. Dadurch entsteht ein wechselseitiger Prozess (*Zwei-Wege-Kommunikation*), indem über eine Handlung bzw. Interaktion eine Verbindung aufgebaut wird.¹⁰⁵ Bei der internen Kommunikation einer Partei kann prinzipiell davon ausgegangen werden, dass die Senderinnen und Empfängerinnen von Informationen – begründet durch die freiwillige Parteizugehörigkeit – eine gewisse

¹⁰⁴ vgl. Hegner, Ingolf Torsten (2001): *Interne Kommunikation dargestellt am Beispiel ausgewählter Medien*. München. S. 20

¹⁰⁵ vgl. Luhmann, Niklas (1988): *Soziale Systeme*. Frankfurt/Main. S. 193ff.

Affinität zu den politischen Grundsätzen ihrer Partei und somit dem Parteiprogramm besitzen. Demnach sollten sie einander verstehen. Dennoch ist die Mitgliederschaft eine heterogene (Ziel-)Gruppe, die sich bezüglich ihrer Mitgliedschaftsmotive, ihrer geografischen und historisch bedingten Sozialisation sowie weiterer demografischer Daten wie Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen voneinander unterscheidet. Deshalb geht Friedemann Schulz von Thun noch einen Schritt weiter und unterstellt, dass in jedem Kommunikationsaustausch eine gegenseitige Einflussnahme der Beteiligten stattfindet. Das heißt, durch ein einmaliges Senden und Empfangen von Informationen ist der wechselseitige Prozess noch nicht abgeschlossen. Eine Interaktion ist oft eine Diskussion, in der die Beteiligten sich auf das Kommunizierte beziehen und versuchen, ihre Kommunikationspartnerin zu beeinflussen.¹⁰⁶ Aus diesem Grund sind unterschiedliche Ansichten unumgänglich und gehören zu jeder Form von Meinungsfindung.

Wird Kommunikation betriebswirtschaftlich betrachtet, so setzt Manfred Bruhn den Begriff in einen marketingspezifischen Bezug. Das heißt, dass Kommunikation „die Übermittlung von Informationen und Bedeutungsinhalten zum Zweck der Steuerung von Meinungen, Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen bestimmter Adressaten gemäß spezifischer Zielsetzungen“ darstellt.¹⁰⁷ Diese Interpretation von Kommunikation unterscheidet sich von der von Luhmann darin, dass hier kein Kommunikationsaustausch stattfinden muss. Das heißt, dass durch die zielorientierte Anwendung von *Ein-Weg-Kommunikation* keine Rückmeldung erwartet wird. Die Senderin übermittelt lediglich Informationen und zwar so, dass die Empfängerin sie versteht und dadurch ihre Einstellung, Meinung, Erwartung oder Verhaltensweisen ändert.

¹⁰⁶ Schulz von Thun, Friedemann (1989): *Miteinander Reden. Störungen und Klärungen*. Bd. 1. Hamburg. S. 82

¹⁰⁷ Bruhn, Manfred (1997a): *Kommunikationspolitik*. München. S. 1f.

¹⁰⁸ vgl. Weidenfeld, Werner (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 20

¹⁰⁹ ebd.

¹¹⁰ Sarcinelli, Ulrich (2007): *Parteienkommunikation in Deutschland: zwischen Reformagentur und Reformblockade*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 109f.

¹¹¹ ebd.

Politische themenbezogene Kommunikation bewirbt im Gegensatz zur Werbung kein einzelnes Produkt oder eine Dienstleistung – oder zumindest sollte sie das nicht. Vielmehr ist sie „Teil eines Produktionsprozesses, d.h. sie wird also durch (immer wieder wechselnde) politische Absichten, Interessen, Strategien und Ziele beeinflusst und gesteuert.“¹⁰⁸ Dieser Kommunikationsprozess und Informationsaustausch ist notwendig, weil erst die Diskussion zum Thema den natürlichen demokratischen Prozess der mehrheitlichen Beschlussfassung gewährleistet. Letztendlich muss das daraus resultierende Ergebnis gesamtgesellschaftlich auch unterstützt und getragen werden.¹⁰⁹ Ulrich Sarcinelli sagt diesbezüglich: „Politik und Kommunikation sind zwei Seiten einer Medaille. Politik erschöpft sich zwar nicht in Kommunikation. Doch das Wesen des Politischen ist ohne das Kommunikative nicht zu denken. Von der ‚Tatsache der Pluralität‘ ausgehend, schafft Politik den Raum für Kommunikation und eröffnet umgekehrt Kommunikation den Raum für Politik.“¹¹⁰ Informationen über Kommunikation in jeglicher Form und auf unterschiedlichen Wegen auszutauschen, ist somit die grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung und Beständigkeit eines demokratischen, wandel- bzw. reformierbaren Systems. In jedem System existieren verschiedene Interessen, die über Kommunikationsprozesse Zugang in die Politik und über die Politik Zugang in die Gesellschaft finden.¹¹¹

Dennoch ist nach Meinung des Autors politische Kommunikation eine praktizierte Mischform aus einseitigem (*Ein-Weg-Kommunikation*) und wechselseitigem Prozess (*Zwei-Wege-Kommunikation*).

Einseitig dann, wenn beispielsweise parlamentarische Entscheidungen bzw. neue Gesetze der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden und austauschend, wenn sich die Parteien vor Beschlussfindung mit der jeweiligen Thematik parlamentarisch und außerparlamentarisch auseinandersetzen.

Die politische Kommunikation von Parteien unterteilt sich – wie bei einem Unternehmen – theoretisch in zwei Bereiche. Den einen Teil stellt die externe Kommunikation dar, also die Kommunikation zwischen der Partei und der externen Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit lässt sich in Teilöffentlichkeiten untergliedern, wie z.B. in Bürgerinnen, potenzielle Wählerinnen, Unternehmen, Medien oder andere Parteien. In diesem Zusammenhang wird der politischen Kommunikation die zentrale Aufgabe zuteil, sich Erfolge – wie z.B. die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes für Kinder – zuzurechnen und Misserfolge auf äußere Umstände zurückzuführen – wie z.B. die steigende Arbeitslosigkeit durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.¹¹²

Den zweiten Teil bildet die interne Kommunikation, die auch als Binnenkommunikation bezeichnet wird.¹¹³ Hierbei wird in mindestens zwei Teilöffentlichkeiten unterschieden, die Mitgliederbasis und die Parteiführung. Weitere Teilöffentlichkeiten stellen die einzelnen Zusammenschlüsse in einer Partei dar. Durch die föderale Organisationsstruktur kann die interne Kommunikation auch zwischen den einzelnen Parteiebenen betrachtet werden. Trotz ihrer Parteizugehörigkeit und der Ausrichtung interner Organisationsarbeit nach Parteiprogramm und Parteisatzung verfolgen alle internen Teilöffentlichkeiten auch eigene Interessen und Ziele – mit unterschiedlichem Kommunikationsverhalten.

Bevor sich näher mit der internen Kommunikation von Parteien auseinandergesetzt wird, sollen zunächst die hier verwendeten Begriffe im Kontext des deutschen Parteiensystems mit ihren politischen Organisationsstrukturen näher erläutert werden.

¹¹² vgl. Weidenfeld (2007): S. 19

¹¹³ Aleman, Ulrich von/ Marschall, Stefan (2002): *Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteidemokratie*. Wiesbaden. S. 26

3.2. Die Parteien und ihre demokratisch legitimierte Daseinsberechtigung

Das Parteiensystem eines Staates umfasst die einzelnen, in ihm agierenden politischen Parteien. Eine politische Partei ist eine in der Gesellschaft verankerte Organisation, die durch institutionelle Erwartungen ihrer Umwelt und vor allem die Interessen ihrer Anhänger beeinflusst wird. Eine Partei hat dabei die zentrale Aufgabe, Politik zu vermitteln und das Politische zu verteidigen. Sie ist ein Forum demokratischer Willensbildung und Kommunikation.¹¹⁴ Für Ulrich Sarcinelli sind Parteien ferner „Tendenzbetriebe und Gesinnungsgemeinschaften, die politische Koalitionen mit sozialen Gruppen organisieren, deren Interessen sie programmatisch bündeln und im politischen Raum vertreten.“¹¹⁵ Die aus der Gesellschaft kommenden Impulse sollen parteiintern aufgegriffen, weiterentwickelt, kommuniziert und schließlich auf Staats- und Regierungsebene mehrheitsfähig gemacht werden. Jede dabei getroffene Entscheidung impliziert eine Chance oder ein Risiko und kann zu einem gesellschaftlichen Wandel zu führen. Diesbezüglich übernehmen Parteien als Akteure und „Kommunikationsagenturen

¹¹⁴ vgl. Sarcinelli (2007): S. 113

¹¹⁵ ebd.: S. 117

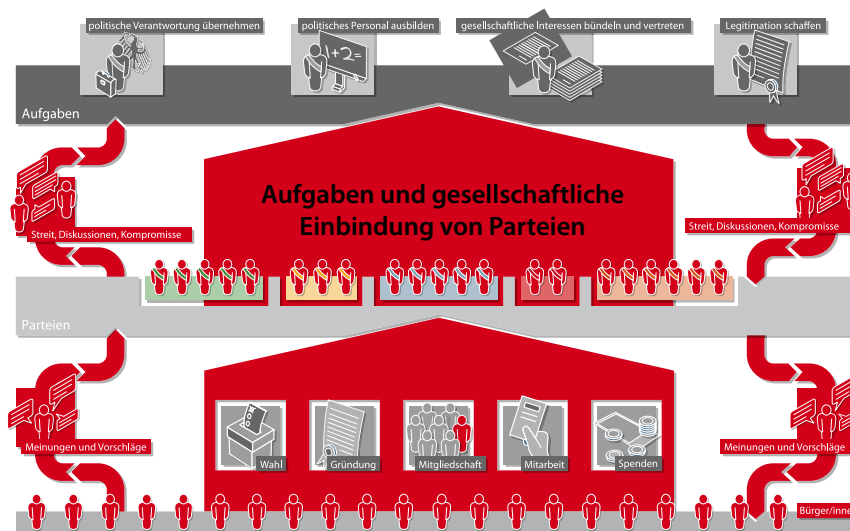
¹¹⁶ ebd. S. 110

mit einem privilegierten politischen Gesellschaftsauftrag“ die „Generalverantwortung“ in Reformprozessen.¹¹⁶ Dabei spielen sie eine „Doppelrolle“: Einerseits als Subjekt, also als zentrale politische Akteurin und Ideengeberin, und andererseits als Objekt in Form einer erfolgreichen Kommunikationsagentur.¹¹⁷ In diesem Zusammenhang können eigene Ideen, programmatische Ziele sowie Reformen nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn eine Partei über ausreichende kommunikative Fähigkeiten verfügt und diese parteiintern wie -extern auch Anwendung finden. Erfolgreiche Gesellschaftsgestaltung benötigt demnach im Bereich der politischen Kommunikation ein hohes Maß an strategischer Planung, organisatorischer Kompetenz und „handwerklicher Professionalität“.¹¹⁸

Zu den zentralen Aufgaben von Parteien zählen die Teilnahmen an Wahlen, das Zur-Verfügung-Stellen von Personal für politische Ämter sowie das Zusammenfassen von externen und internen politischen Ideen, Forderungen und Zielen in Parteiprogrammen.¹¹⁹

Parteiprogramme besitzen motivierenden, identitätsstiftenden und integrativen Charakter nach innen, um geschlossen nach außen aufzutreten. Sie enthalten Aussagen zu speziellen Politikfeldern, beschreiben gesellschaftliche Probleme und beinhalten politische Forderungen, um diese Konflikte zu beseitigen. In der Regel unterscheiden sich dabei die programmatischen Profile der einzelnen Parteien. In der deutschen Parteienprogrammatik wird vor allem die Bedeutung des Sozialstaats und dessen Reformen sowie das damit verbundene Verständnis von sozialer Gerechtigkeit thematisiert.¹²⁰

Für die Gesellschaft ist eine Partei ein „offenes, lose verkoppeltes, privates und nicht gewinnorientiertes Handlungssystem“.¹²¹ Um dieses Handlungssystem am Laufen zu halten, wird den Parteien finanzielle Unterstützung aus dem Steuertopf der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Zusätzliche Einnahmen werden aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden generiert.



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung. Auf: <http://www.bpb.de/themen/BZ90T9,0,Parteien.html> [Letzter Aufruf: 08.05.2010]

¹¹⁷ ebd.

¹¹⁸ Weidenfeld (2007): S.13

¹¹⁹ ebd. S. 9 und 11ff.

¹²⁰ ebd. S. 11f. und S. 54

¹²¹ Kunczik, Michael (2002): *Public Relations*. 4. Auflage. Wien. S. 44

3.3. Das Handlungssystem von Parteien

In Deutschland existiert ein Fünf-Parteien-System aus den im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90 / Die Grünen und DIE LINKE. Die Bildung einer Partei, organisatorische Prinzipien der inneren Ordnung sowie ihre Teilnahme an Wahlen sind u.a. verfassungsrechtlich durch Artikel 21 des deutschen Grundgesetzes (GG) garantiert und müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen.¹²² Zu den weiteren Rechtsnormen zählen das Parteien- und das Bundeswahlgesetz sowie parteispezifische Satzungen und Statuten, Geschäfts- und Schiedsordnungen.¹²³

¹²² Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm/Gawrich, Andrea (2007): *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*, München, S. 206f.

Eine Partei ist ein „komplexes organisatorisches Gebilde, in dem das Prinzip der Repräsentation der Gebietsverbände und ihrer Mitglieder gilt.“¹²⁴ Das bedeutet, die Gliederung umfasst in der Regel vier Ebenen in Pyramidenform. Der Ortsverband fungiert dabei als Basis, als unterste Einheit in der Parteistruktur. Das Gebiet eines Kreises oder Unterbezirkes wird durch den ansässigen Kreisverband vertreten. Die Landesverbände arbeiten in den Grenzen der einzelnen Bundesländer und der Bundesverband umfasst das gesamte Bundesgebiet.¹²⁵ Nach Meinung von Peter Lösche agieren die einzelnen Parteistrukturen hochgradig autonom, „dezentralisiert, fragmentiert und flexibel.“¹²⁶ Das heißt, neben der Einhaltung der Zielsetzungen des Parteiprogramms sowie des Regelwerks der Parteisatzung handeln alle Ebenen weitgehend selbstständig und stehen fast unverbunden nebeneinander.

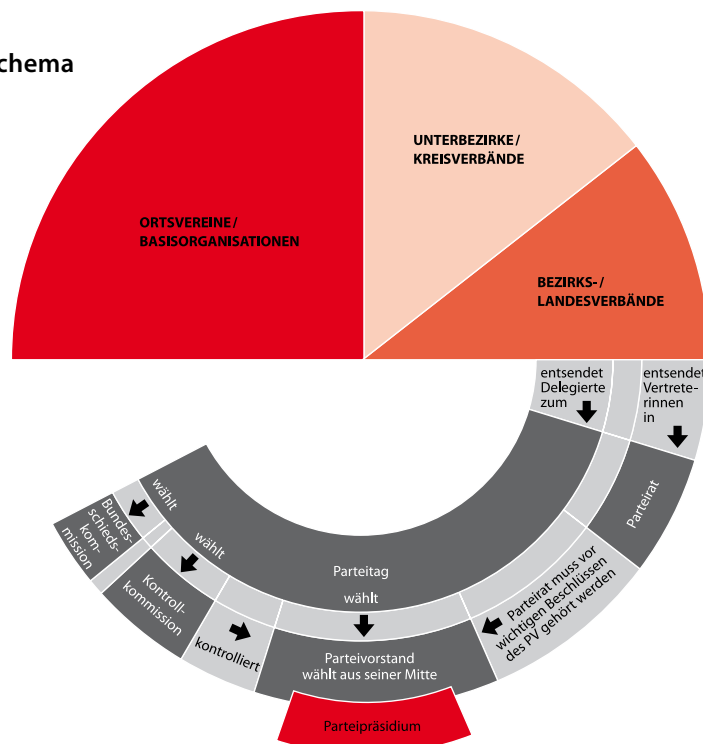
¹²³ Lösche, Peter (2006): *Aufbau und Organisationswirklichkeit. In: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung*, Nr. 292/2006.(bpb). Bonn. S. 25

¹²⁴ ebd. S. 26f.

¹²⁵ ebd.

¹²⁶ Lösche (2006): S. 36f.

Allgemeines Organisationsschema von Parteien



Quelle: eigene Darstellung. Original geändert. vgl. Niclauß, Karlheinz (2002): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Paderborn. S. 156

In den Parteistrukturen wird Organisationsarbeit geleistet. Die Aktivität unterteilt der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann in vier Formen. Das einfache Mitglied (75 bis 85% der Mitglieder) zahlt größtenteils nur seinen Mitgliedsbeitrag und unterstützt somit die politische Arbeit seiner Partei finanziell. Die meist ehrenamtlich Aktiven (etwa 15 bis 25% der Mitglieder) stützen die Parteiarbeit in den Basisorganisationen. Hinzu kommen die bezahlten Mandatsträgerinnen in den Parlamenten und die hauptamtlichen Mitglieder, die aufgrund ihres Mandats bzw. ihres Arbeitsvertrages aktiv tätig sein müssen.¹²⁷

Für diese Arbeit werden die Parteimitglieder in drei Parteigruppen eingeteilt: die Parteibasis, die Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften und die Parteiführung. Inwieweit Sprecherinnen von Basis- bzw. Ortsverbänden sowie Mitglieder von Kreis- und Landesvorständen und -ausschüssen zur Parteiführung gezählt werden können, hängt nicht nur von formellen, sondern auch von subjektiven Kriterien ab und müsste im Einzelfall geklärt werden. Angestellte werden hier nicht als Parteiführung behandelt, da sie weisungsgebunden und somit abhängig von ihrer Arbeitgeberin sind.

¹²⁷ vgl. Alemann, von Ulrich (2003): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden. S. 144f.

3.3.1. Die Parteibasis

Mit *Parteibasis* sind die Mitglieder einer Partei gemeint, die keine internen Ämter bekleiden. Jedes Mitglied ist durch eine formelle und freiwillige Erklärung der Organisation beigetreten und erhält daraufhin ein Mitgliedsbuch bzw. einen Parteiausweis. Das impliziert für jedes Mitglied Rechte und Pflichten laut Parteiengesetz.¹²⁸ Rechte sind zum Beispiel, eigene Ideen in die Arbeit der Partei einzubringen sowie an internen Entscheidungs- und Auswahlprozessen über ein Stimmrecht teilzunehmen. Eine der wenigen Pflichten ist die Entrichtung eines regelmäßigen Mitgliedsbeitrags.¹²⁹ Innerhalb der Parteibasis wird in zwei Arten von Mitgliedern unterschieden. Den Großteil nehmen die *einfachen* Mitglieder ein, die eher passiv (Mitgliedsbeitragszahlungen) die Parteiarbeit unterstützen. Den bedeutend kleineren Teil stellen die sogenannten *Aktivistinnen* (Idealistinnen, Karrieristinnen und Lobbyistinnen)¹³⁰ dar. Sie organisieren u.a. Mitgliederversammlungen, sind parteipolitisch gut informiert und unterstützen die Arbeit der Partei persönlich, z.B. in Wahlkampfzeiten.

¹²⁸ *Deutsches Parteiengesetz, BGBl I: S. 3673*

¹²⁹ vgl. Lösche, Peter (1994): *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*. Stuttgart. S. 20ff.

¹³⁰ Jun, Uwe (2004): *Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Partei im Vergleich*. Frankfurt/Main. S. 72

¹³¹ vgl. ebd.: S. 75

Ob einfaches oder aktives Mitglied, die Parteibasis ist ein Pool zur Besetzung parteiinterner und öffentlicher Ämter und ein Grundstein für eine flächendeckende, föderale und direkte Kommunikation zwischen Partei, Mitgliedern und Bevölkerung. Mitglieder fungieren demnach als Multiplikatoren und sind prinzipiell Stammwähler. Eine große Mitgliederzahl erhöht somit die Erfolgchancen zum Durchsetzen der Parteiziele enorm.¹³¹

3.3.2. Die Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften

Haben einzelne Parteimitglieder ein besonderes Interesse an einem programmatischen bzw. gesellschaftlichen Thema, schließen sie sich zusammen und gründen eine Arbeitsgemeinschaft (AG) – auf Landesebene heißen die Zusammenschlüsse LAG und auf Bundesebene BAG.

Themenspezifisch werden in dieser AG Informationen gesammelt, ausgewertet und verarbeitet, um das Ergebnis in die Parteiarbeit einfließen zu lassen. Oft treten AGs schon vor der gesamtparteilichen Auseinandersetzung in Vorarbeit und eignen sich *Expertinnenwissen* an. Dabei bündeln die AG-Mitglieder ihre eigenen Interessen im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteisatzung mit dem Input aus der Gesellschaft. Demnach wird die Arbeit der AG zum einen durch äußere Faktoren, wie z.B. die Medien oder Verbindungen zu lokalen, regionalen und nationalen Verbänden und Gruppierungen, und zum anderen durch innere Faktoren, wie der Funktionalität einer Zusammenarbeit zwischen AG und Parteiführung beeinflusst. Dabei spielen vor allem die internen Kommunikationsstrukturen sowie der Parteiwille, die Arbeitsergebnisse innerhalb der Partei zur Diskussion zu stellen, eine ausschlaggebende Rolle. Der Vorteil für die Partei besteht darin, dass in der AG bereits im Voraus unterschiedlichste Meinungen zu einem Konsens geführt werden, was die weitere Diskussion innerhalb der Partei erleichtern kann.¹³²

¹³² vgl. Lösche (2006): S. 30

3.3.3. Die Parteiführung

Mit Parteiführung sind die Parteifunktionärinnen gemeint, die bei innerparteilichen Entscheidungsprozessen eine Position innehaben sowie politische Ressourcen besitzen, kurzfristige Entscheidungen zu treffen, die durch die zur Verfügung stehenden Mittel Auswirkungen auf die politische Arbeit haben.¹³³ Die Hauptaufgaben der meist als Berufspolitikerinnen agierenden Mitglieder sind nach Peter Lösche „Kandidaten auswählen und nominieren, Wahlkämpfe führen und in den staatlichen Organen mitwirken, also regieren im eigentlichen Sinn.“¹³⁴ Des Weiteren stellt die Parteiführung die Kommunikationszentrale dar und ist bemüht, die Interessen ihrer Mitglieder zu artikulieren, zu organisieren und politische Entscheidungen umzusetzen. Darin liegt die Verpflichtung, innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten.¹³⁵

¹³³ vgl. Jun (2004), S. 78

¹³⁴ Lösche (2006): S. 51

¹³⁵ vgl. Klaeren, Jutta (2006): Editorial. In: *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung*, Nr. 292/2006. Bonn. S. 3

3.4. Die Organisationsstruktur als Rahmen der Parteiendemokratie

Im politischen Handlungssystem einer Partei wird Organisationsarbeit geplant, koordiniert und gesteuert. Diese wichtige Aufgabe obliegt primär der Parteiführung. Die Ziele der internen strategischen Parteiorganisation sind Möglichkeiten zu finden, die programmatischen

Ziele extern bei den Bürgerinnen zu kommunizieren, politisch Engagierte für die Parteiarbeit zu akquirieren sowie Wahlen zu gewinnen. Alles in allem liegt der Fokus auf dem Machterhalt und dem Machtausbau, um über die Autorität politische Interessen sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft umsetzen zu können. Die weiteren Ziele der internen strategischen Parteiorganisation sind Mitglieder über einen Informationsaustausch in die Arbeit einzubeziehen und an die Partei zu binden. Die Möglichkeiten der Einflussnahme eines jeden Mitglieds auf innerparteiliche Entscheidungsprozesse stärken die Identifikation und spiegeln den Wert einer basisdemokratisch geführten Parteiorganisation wider. Dabei wurde in der Politikforschung bis heute nicht eindeutig geklärt, was organisierte und repräsentative Parteiendemokratie ausmacht. Einerseits wird darunter der Prozess der Willensbildung von unten (Parteibasis) nach oben (Parteiführung) verstanden, andererseits aber lediglich die demokratische Wahl der Funktionärinnen sowie der Parteiführung mit einer einhergehenden Rechenschaftspflicht der Gewählten. Letzteres scheint in Deutschland mittlerweile das Verständnis von Parteiendemokratie am ehesten auszudrücken.¹³⁶ Die Beziehung zwischen der Mitgliederbasis und der *Funktionärsklasse* aus haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen unterliegt der wissenschaftlichen Meinung, die hauptamtlichen Funktionärinnen koppelten sich gegenüber der Mitgliedschaft ab.¹³⁷ Worin liegen die Ursachen für diese wahrgenommene Entwicklung?

Eine Partei besteht aus einer heterogenen Mitgliedschaft, also aus unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Interessen aus unterschiedlichen sozialen Umfeldern. Nach Möglichkeit sollte jede organisatorische Einheit (Mitglied) eine Aufgabe innehaben und regelmäßig in Handlungsbeziehung zu weiteren Organisationseinheiten treten. Diese Möglichkeiten bieten vor allem die regelmäßig stattfindenden Mitgliederversammlungen. Uwe Jun bezeichnet aus diesem Grund den Ortsverband als wichtigsten Ort – „die eigentliche Basis einer jeden Partei“¹³⁸ – für persönliches Engagement und für Identifikation mit der Partei. Durch diese Aktivität der Basismitglieder kann die größte identitätsstiftende Mobilisierung parteiintern wie parteiextern stattfinden – „am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft, in der Familie oder am Stammtisch“¹³⁹. Doch dieses Idealbild ist in Anbetracht des beruflichen wie privaten Alltags nicht immer realisierbar, so dass für die meisten Mitglieder eher eine unregelmäßige bis passive Teilnahme an politischer Arbeit möglich ist. Jun bezeichnet deshalb Parteien und ihre Interessengruppen auch als „fragmentierte, lose verkoppelte Anarchien mit einem weder flächendeckenden noch fehlerlosen Kommunikations- und Informationsnetzwerk“.¹⁴⁰

Nur 2,6 Prozent der 62,2 Millionen Wahlberechtigten¹⁴¹ sind Mitglieder von Parteien. Das sind rund 1,62 Millionen Bundesbürgerinnen. Davon engagieren sich aktiv allerdings nur zwischen zehn und 20 Prozent – also zwischen 160.000 und 320.000. Diese Minderheit verteilt die zu vergebenden politischen Mandate unter sich, besetzt interne Ämter und entscheidet über Sachangelegenheiten sowie die Verwendung von Parteigeldern. Wer sich somit parteiintern nicht „hochgedient“ hat, kann keinen Einfluss geltend machen – wie die überwiegende Mehrheit der Mitglieder.¹⁴² Ob dabei in den einzelnen Ebenen der Organisationsstruktur innerparteiliche Demokratie praktiziert wird, lässt sich

¹³⁶ vgl. Sontheimer/Bleek/Gawrich (2007): S. 210

¹³⁷ vgl. Alemann (2003): S. 133ff.

¹³⁸ Jun (2004): S. 63ff.

¹³⁹ Lösche (2006): S. 53

¹⁴⁰ Jun (2004): S. 63ff.

¹⁴¹ vgl. Bundeswahlleiterin: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/06anzahl_wahlberechtigte.html [letzter Aufruf: 26.05.2010]

¹⁴² Pötzsch, Horst (2005): Parteien. In: Die deutsche Demokratie. Zeitbilder. bpb. Bonn. S. 38–41

laut Lösche nur sehr begrenzt sagen.¹⁴³ Seiner Meinung nach kommen Parteien ihrer ursprünglichen Funktion, Vermittler zwischen Gesellschaft und Regierungssystem zu sein, heute nicht mehr nach. Programmatische Positionen oder andere Themenschwerpunkte werden nicht mehr aus der Basis in die Parteispitze transportiert, sondern von den in den Regierungsfractionen arbeitenden Mitgliedern größtenteils autonom beschlossen.¹⁴⁴ Wer in diesem Kontext Macht innehat, findet Wege, seine Interessen durchsetzen – solange die Mitgliedschaft der Partei, die Medien und die Wählerinnen das tolerieren. Unter dem Aspekt von Macht und Durchsetzungschancen auf den verschiedenen Parteiebenen unterscheidet Josef Klein drei relevante Gruppen. An der „Spitze“ steht die Parteivorsitzende mit ihren engsten Mitarbeiterinnen. In der „zweiten Reihe“ agieren die starken Mitglieder der Parteiführung, wie z.B. die Mitglieder des Parteivorstands und des Parteiausschusses, die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, die Generalsekretärin sowie mögliche potenzielle Nachfolgerinnen für Spitzenämter. Die dritte Ebene wird von der „(gehobenen) Parteibasis“ repräsentiert, die aus mittleren und unteren Funktionsträgerinnen besteht. Darunter zählt Klein die Masse der Parteitagsdelegierten, die meisten Parlamentarierinnen sowie die Teilnehmerinnen von Regionalkonferenzen.¹⁴⁵ Die Einflusschancen der restlichen Mitgliedschaft auf politische Entscheidungen sind davon abhängig, wie eine Partei die Partizipationsmechanismen organisiert und möglich macht bzw. möglich machen will. Wie Lösche andeutet, existieren darüber bisher keine wissenschaftlichen Belege.

Bei internen Machtkämpfen auf allen Parteiebenen steht die Parteiführung in einem theoretisch wie praktisch nicht zu ignorierenden Abhängigkeitsverhältnis zur Parteibasis. Denn will sie nicht nur intern, sondern auch extern erfolgreich operieren, benötigt sie für den Machterhalt bzw. die Wiederwahl mittel- und langfristig den Rückhalt aus der Parteibasis. Der Erfolg der programmatischen Arbeit inner- und außerhalb der Partei ist abhängig von der Mobilisierungsbereitschaft der Basis. Demzufolge soll und muss eine innerparteiliche Demokratie – ohne persönliche Interessen- und Machtfokussierung – gewährleistet werden, damit selbst die unterschiedlichsten Ideen und Meinungen der Parteimitglieder in einem offenen Diskurs abgestimmt und ins gesellschaftspolitische Handlungssystem weitervermittelt werden können.“¹⁴⁶ Das ist die generelle Hauptaufgabe von Parteien in einem demokratischen System.

¹⁴³ vgl. Lösche (2006): S. 30

¹⁴⁴ ebd.: S. 51ff.

¹⁴⁵ Klein, Josef (2007): *Hartz IV, Agenda 2010 und der „Job-Floater“: die Bedeutung von Sprache in Veränderungsprozessen*. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.) (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 164

¹⁴⁶ Lösche (2006): S. 26

3.5. Die Organisationsstruktur als Rahmen der Parteikommunikation

Parteidemokratie ist untrennbar mit der parteiinternen Kommunikationskultur verbunden. Die wachsende Entkopplung der Parteispitze von den Bedürfnissen der Parteibasis zeigt demzufolge auch Wirkung in den Kommunikationsstrukturen. So steht im Führungs- und Verwaltungsapparat der Machterhalt im Mittelpunkt, wohingegen die Basis vor allem auf die Befriedigung der Interessen ihrer Umwelt konzentriert ist.¹⁴⁷ Treffen nun beide Interessen aufeinander, kann es zu einem Kommunikationskonflikt kommen und die Geschlossenheit der Partei gefährden. Welche Ursachen werden von den Politikwissenschaftlerinnen dafür verantwortlich gemacht?

¹⁴⁷ Wiesendahl, Elmar (2002): *Parteienkommunikation parochial – Hindernisse beim Übergang in das Online-Partei-zeitalter*. In: *Parteien in der Mediendemokratie*. Aleman, Ulrich von / Marschall, Stefan (Hrsg.) Wiesbaden. S. 365f.

Peter Lösche sieht einen neuen Parteitypus entstehen und bietet mit „Medien- oder Fraktionspartei“, „Kartellpartei“, „Rahmenpartei“ oder „professionalisierte Dienstleistungspartei“ gleich fünf neue Bezeichnungen für die Entwicklung von Mitgliederparteien zu Berufspolitikerparteien an. So werden in den neuen Parteiformen Parteimitglieder und ehrenamtliche Funktionäre immer mehr von Berufspolitikern verdrängt. Das Macht- und Kommunikationszentrum stelle somit nicht mehr die Parteiorganisation, sondern die „party in government“, also die Parteifunktionäre in den Regierungsfractionen, dar.¹⁴⁸

Will eine Partei den Anspruch einer basisdemokratischen Mitgliederpartei wahren, so muss über die vorhandenen Organisationsstrukturen eine funktionierende interne Kommunikation zwischen Parteimitgliedern auf allen Parteiebenen aufgebaut und gepflegt werden. Nur über einen einwandfreien Informationsaustausch kann ein Verständnis zwischen den Wünschen der Parteibasis und den Entscheidungen der Parteiführung herbeigeführt werden und intern eine Einheit entstehen, die extern wahrgenommen wird.¹⁴⁹ Vereinfacht zusammengefasst sollte interne Parteikommunikation in den Bahnen der Organisationsstruktur funktionieren: Von unten nach oben (*bottom-up*) und von oben nach unten (*top-down*). Idealistisch gesagt, vom einzelnen Mitglied (Parteibasis) über die einzelnen Parteiebenen bis zur Parteivorsitzenden (Parteiführung) und umgekehrt.

Doch dieses ideelle Bild wird von verschiedenen Parametern beeinträchtigt, wie Elmar Wiesenthal aufzeigt. Zum einen werden Organisation und Kommunikation durch die Freiwilligkeit einer beitragsabhängigen Mitgliedschaft beeinflusst, die Unsicherheiten im Bereich der „Mitgliederkontinuität bzw. -fluktuation“¹⁵⁰ schafft. Das bedeutet, dass ein Mitglied vieles kann, aber eben nichts muss. So müsste die Parteiführung stets bemüht sein, das Mitglied an den grundlegenden Entscheidungen partizipieren zu lassen. Die Gewissheit, durch die Mitgliedschaft und das eigene Engagement etwas zum Positiven verändern zu können, schafft Identifikation, Motivation und Parteibindung.

Zum anderen beeinträchtigt das Problem der „Grenzsicherung und Grenzstabilisierung“¹⁵¹ die Organisations- und Kommunikationsarbeit. Das heißt, eine demokratische Partei agiert stets im Kommunikationskonflikt zwischen Offenheit und Abgrenzung – nach außen über die Medien und nach innen aufgrund von unterschiedlichen Interessen und Forderungen. Die Grenze zwischen externem und internem Kommunikationsverhalten ist schwer zu ziehen. Auf der einen Seite sollen Informationen der breiten Öffentlichkeit zugetragen werden und auf der anderen Seite werden Inhalte und Strategien ausschließlich in Führungskreisen diskutiert und – wenn überhaupt – erst zu einem späteren Zeitpunkt der gesamten Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit preisgegeben.

Ulrich Sarcinelli sieht einen Trend in der Parteienkommunikation. Durch einen stetig steigenden Anspruch an Kommunikations- und Medienkompetenz hat eine „handlungsautonom agierende Gruppe von Berufspolitikern“ parteiintern das Sagen, während die aktive und passive Basis an Einfluss- und Entscheidungsgewalt verliert. Das führt zu einem Wandel von innerpar-

¹⁴⁸ Lösche (2006): S. 51

¹⁴⁹ Klein (2007): S. 159f.

¹⁵⁰ vgl. Wiesendahl, Elmar (1998): *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*. Opladen/Wiesbaden. S. 190ff.

¹⁵¹ vgl. ebd.

teilichen Machtverhältnissen der traditionellen Mitgliederorganisationen.¹⁵² Diese Feststellung macht auch Wiesenthal: „Um sich in einem veränderten, volatiler gewordenen Umfeld politischer Willensbildung und Interessenvermittlung behaupten zu können, intensivieren sie [die Parteien] ihre Politikvermittlung, optimieren ihre Kommunikationskompetenz und können doch weniger denn je sicher sein, im härter umkämpften Medien- und Meinungsmarkt die gewünschte Resonanz und an der politischen Basis Akzeptanz zu finden.“¹⁵³

Eines ist jedoch nachvollziehbar: Ohne mediale Aufmerksamkeit kann Politik nicht funktionieren. Die Kommunikationsabhängigkeit der Parteien von den Medien spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle.¹⁵⁴ Auch wenn die These gewagt erscheint: Die öffentlichen Medien sind erstens mitverantwortlich für diesen Trend und unterstützen zweitens bewusst oder unbewusst die Entwicklung zu einer Politikultur undemokratischer interner Entscheidungsprozesse. Denn die Fokussierung der medialen Berichterstattung auf die Darstellungspolitik öffentlich auftretender Parteivertreterinnen zwingt die Parteien, auch ihren Kommunikationsfokus auf die Präsentation der Parteiarbeit nach außen zu verlagern. Von den Medien unterrepräsentiert bleibt dabei der gesellschaftspolitisch viel wichtigere Weg einer internen Auseinandersetzung zu gesellschaftlichen Themen. Somit kann die parteiintern stattfindende, demokratische oder nicht mehr stattfindende, undemokratische Entscheidungspolitik öffentlich nicht sichtbar werden – und dies soll sie in der strategischen Ausrichtung einer Medienpartei auch nicht mehr. Denn die Gefahr eines Imageschadens bzw. von außen als nicht einstimmig beschlussfähige Partei wahrgenommen und öffentlich denunziert zu werden, scheint für die Parteiführung zu groß. Aus diesem Grund werden themenspezifische Kommunikationsprozesse zum Bearbeiten und Lösen von politischen wie gesellschaftlichen Problemen größtenteils teilöffentlich oder gänzlich diskret behandelt. Dieses *Abschotten* vor den Medien, um stets parteiliche Einheit bzw. Geschlossenheit zu demonstrieren, geht jedoch besonders zu Lasten der so wichtigen und gesetzlich vorgeschriebenen Basisdemokratie. So werden Entscheidungsfindungen und Beschlüsse zumeist in nicht-öffentlichen Sitzungen erzielt und erst dann der Parteibasis und den Medien mitgeteilt. Dabei wird außer Acht gelassen, dass selbst eine vertrauliche Bearbeitung von Themenfeldern in vermeintlich demokratischen Entscheidungsprozessen einer nachvollziehbaren Begründung bedarf („Verhandlungsdemokratie“).¹⁵⁵

Die Modernisierung der innerparteilichen Kommunikation durch die Parteispitze ist somit eine nötige, jedoch schwer zu lösende Aufgabe. Als Großorganisation ist eine Volkspartei ein Pool mit verschiedensten Interessenvertretern, in dem „Organisationskonservatismus, fortbestehende traditionelle, eher gesinnungsexpressive Kommunikationskulturen [...] (sowie) neue Partizipationsansprüche von Parteibasis und Untergliederungen“¹⁵⁶ herrschen, die stets unter medialer Beobachtung stehen. Werden im Sinne der Außenwirkung interne demokratische Willensbildungsprozesse ignoriert oder gar blockiert, entsteht zwischen Parteiführung und Parteibasis ein „Partizipationsgefälle“ und auf lange Sicht eine „organisationskulturelle Modernitätskluft“.¹⁵⁷

¹⁵² vgl. Sarcinelli (2007): S. 133

¹⁵³ ebd.: S. 111

¹⁵⁴ vgl. ebd.: S. 118

¹⁵⁵ vgl. ebd.: S. 114ff.

¹⁵⁶ Sarcinelli (2007): S. 111

¹⁵⁷ ebd.

Zusätzlich existiert eine medienunabhängige Theorie in Bezug auf die *innerparteiliche Lagerbildung* zwischen Parteiführung und Parteibasis. Die Gruppe der Funktionsträgerinnen ist laut Lösche politisch besser informiert, weil sie in die internen Kommunikationsabläufe integriert sind und stets aktuelle Informationen erhalten.¹⁵⁸ „Danach nimmt der Anteil der Kommunikationsaktivitäten am gesamten Arbeitsprozess mit der Position des Organisationsmitgliedes nach oben hin zu; d.h. je höher sich die Führungskraft in der Hierarchie befindet, desto mehr ist sie in Kommunikationsabläufe eingebunden und desto mehr ist ihr Tagesablauf von kommunikativen Handlungen determiniert.“¹⁵⁹ Diesen „Informationsvorsprung der Parteispitze“ bezeichnet Elmar Wiesendahl als tiefe Wissensklüfte nach unten. „[...] Die Kenntnisse der Mitglieder darüber, was in ihrer Partei geschieht, wer welchen Einfluss ausübt, was Vorstände oder Fraktionen auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene machen, womit sich die Angestellten der Parteigeschäftsstellen beschäftigen, wie hoch die Parteifinanzen sind und wofür sie ausgegeben werden, (sind) äußerst unvollständig und dürftig einzuschätzen [...]. Entsprechend groß ist die Unzufriedenheit an der Parteibasis über die undurchsichtigen und lückenhaften Informationsverhältnisse.“¹⁶⁰

¹⁵⁸ Lösche (2006): S. 50

¹⁵⁹ Hegner (2001): S. 36

¹⁶⁰ Wiesendahl (2002): S. 373

¹⁶¹ Plehwe, Kerstin (2007): *Politische Kommunikation ist keine Einbahnstraße: Instrumente für einen neuen politischen Dialog*. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.) (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 223

Wenn sich dadurch Berufspolitikerinnen und Mitgliederbasis mehr und mehr entfremden, besteht die Gefahr, dass wichtige Reformen im demokratischen Parteien- und Gesellschaftssystem immer schwieriger durchzusetzen sind. Ohne Gegenmaßnahmen kann zudem die bestehende Politikverdrossenheit der Bürgerinnen¹⁶¹ nicht aufgehalten bzw. reduziert werden. Denn was offensichtlich bei den Volksvertreterinnen nicht funktioniert, kann nur schwer zu einem gesellschaftlichen Wandel führen. Daraus ergibt sich die im Rahmen dieser Arbeit nicht zu beantwortende Frage, ob die Demokratie im Sozialstaat Deutschland durch mangelndes Kommunikationsverständnis gefährdet ist.

3.5.1. Die interne Parteikommunikation

Die breite Palette an Aufgaben für die interne Kommunikation ist also ausschließlich mit Organisation lösbar und hängt stets von der innerparteilichen Organisationsfähigkeit ab.¹⁶² Ausgesprochen wichtig ist die bereits erwähnte Tatsache, dass „die parteiinterne Willensbildung [...] nicht hermetisch abgeschlossen, sondern [...] über die Medien von außen durchdrungen (wird).“¹⁶³ Das heißt, die Binnenkommunikation wird durch Massenmedien beeinflusst, weil über Wege und Methoden der Massenkommunikation alle Mitglieder gleichermaßen erreicht werden (können). Das ist scheinbar auch den Verantwortlichen für Kommunikation im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bewusst, so dass in zunehmendem Maße interne Diskussionen über Inhalte oder Personalentscheidungen in der medialen Öffentlichkeit stattfinden.¹⁶⁴ So versuchen Parteien vornehmlich über die Massenmedien ein *Publikum* bzw. die potentielle Wählerschaft zu erreichen und darüber ihren politischen Einfluss zu vergrößern. Sarcinelli benutzt den Begriff der „medienöffentlichen Stimmenmaximierung“. Dabei vernachlässigen die Parteien die aufwendige Organisation innerparteilicher

¹⁶² Alemann/Marschall (2002): S. 26

¹⁶³ ebd.

¹⁶⁴ ebd.

Zustimmung sowie die Gewinnung von Mitgliedern, Funktionären, Delegierten und nachrückendem, qualifiziertem Führungspersonal. Die „innerparteiliche Basispflege“ gilt als aufwendig und wird für die externe, medienzentrierte Parteienkommunikation als eher störend empfunden.¹⁶⁵

An einem Parteitag kann diese Entwicklung beispielhaft erläutert werden. Der Parteitag ist die größte öffentliche Versammlung von delegierten Mitgliedern einer Partei und soll die Parteiendemokratie widerspiegeln. Er war ursprünglich „ein Ort für innerparteiliche Diskussionen, einfache Kandidatenvorstellungen und reale Kampfabstimmungen“.¹⁶⁶ Hier wurde offen über Partei-Interna debattiert. Heute neigen Parteitage eher zu inszenierten Medienveranstaltungen. Jede Partei möchte sich vor den Kameras und Mikrofonen der Presse als geschlossen und führungsstark präsentieren – zugunsten einer positiven bundesweiten Medienwirksamkeit. Wie der geschlossene Auftritt im Voraus und hinter den Kulissen strategisch geplant, gesteuert und geschürt wird, bleibt dabei meist Parteigeheimnis. Dass der Einheit einer Partei nach außen eine höhere Relevanz beigemessen wird als der inneren Basisdemokratie, ist eine ernstzunehmende Gefahr für jede Partei sowie für die Demokratie als Ganzes.¹⁶⁷

Jedes Parteimitglied soll aus der Gesellschaft Themen, Forderungen und Wünsche in die politische Organisation hineinragen. Das heißt, gesellschaftliche Interessen sollen sich über die Mitglieder einer Partei widerspiegeln oder anders gesagt, jedem innerparteilichen Meinungs- und Entscheidungsvorgang geht ein äußerer Kommunikationsvorgang voran. In den einzelnen Mitgliederversammlungen haben die Basismitglieder die Möglichkeit, ihr Interesse an einem Thema anzusprechen. Auf demokratischem Wege wird über die weitere Behandlung der Thematik abgestimmt. Findet sich auf Grund dessen eine Gruppe von Interessenten, kann eine Arbeitsgruppe (AG) entstehen. Informationen und Arbeitsergebnisse der AG werden in der Regel der Mitgliederschaft als auch der Parteiführung zur Verfügung gestellt und können neue Impulse für die weitere (programmatische) Ausrichtung der Partei geben. Die Aktivität der Mitgliederschaft kann also auch davon abhängig gemacht werden, inwieweit Meinungen und Wünsche parteiintern Berücksichtigung finden und sich somit das eigene zeitintensive Engagement als lohnend erweist. In diesem Zusammenhang erwarten Mitglieder, von der Parteiführung ganzheitlich wie transparent über neue Parteientwicklungen und anstehende Entscheidungen informiert zu werden, um entsprechend Rückmeldung geben und Meinungsbildungsprozesse beeinflussen zu können.

¹⁶⁵ vgl. Sarcinelli (2007): S. 120

¹⁶⁶ Hebecker, Eike (2002): *Digitale Delegierte? Funktionen und Inszenierungsstrategien virtueller Parteitage*. In: Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan (Hg.): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden. S. 233f.

3.5.2. Die parteiinternen Kommunikationsmedien

In Bezug auf den Prozess einer Willensbildung der Parteimitglieder kann ein Organisationsapparat mit seinen internen Regeln nur funktionieren, wenn über die benötigten Kommunikationsstrukturen und –mittel alle Mitglieder erreicht werden können. Für die Identifikation mit der Partei, ihrem Programm bzw. ihren Zielen ist es wichtig, dass die Mitglieder dieselben oder

zumindest ähnliche Ansichten, Maßstäbe und Ziele teilen. Diese Identifikation kann einerseits extern durch die mediale Berichterstattung (Fernsehen, Radio, Tageszeitung, Internet) stattfinden und in die Partei transportiert werden oder intern über direkt bereitgestellte Informationen und die Möglichkeit eines Kommunikationsaustausches. Ob eine Identifikation über externe Kanäle nachhaltig und dauerhaft sein kann, ist nach Meinung des Autors allerdings zweifelhaft.

Innerhalb einer parteilichen Organisation existieren verschiedene Möglichkeiten zur Kommunikation, die je nach Kommunikationsziel eine Informations-, Motivations- oder Orientierungsfunktion übernehmen. Über die folgenden Kanäle bzw. Medien können innerparteilich Informationen übermittelt werden.

Klassische Medien der internen Kommunikation sind direkte Gespräche in Form von Gremiensitzungen, Mitgliederversammlungen, speziellen regionalen Informationsveranstaltungen und Parteitag. Weiterhin zählen zu den klassischen Kommunikationsmitteln die Parteizeitung für alle Mitglieder, erstellte Informationsbroschüren (Flyer/Flugblatt) und postalisch versendete Mitgliederrundschreiben.¹⁶⁸

Besonders die Verwendung von *neuen Medien* und ihren in einem ständigen Weiterentwicklungsprozess stehenden Technologien nimmt in den letzten Jahren im Bereich der internen politischen Kommunikation stetig zu.¹⁶⁹ So ermöglicht die Anwendung sowohl die Bereitstellung von Informationen als auch den Informationsaustausch zwischen Senderinnen und Empfängerinnen – kosteneffizient, schnellstmöglich und somit direkt. Das geschieht mit Hilfe elektronischer Geräte, wie z.B. über (Mobil-) Telefone per SMS, MMS, *Twitter* etc. sowie über die vielseitige Einsetzbarkeit des Internets. Jede Partei kommuniziert über ein eigenes Intranet und verfügt zusätzlich über eine Vielzahl von öffentlichen Domains (Internetadressen). Auf den jeweiligen Internetseiten sind zum Teil Mitglieder-Foren mit Chatfunktion verfügbar. Zusätzlich präsentieren sich die Parteien auch auf Videoportalen wie *youtube.de* und in Online-Communities wie *Facebook*, weil die internetaffinen Mitglieder auch dort erreicht werden – und potenzielle Neumitglieder und Wählerinnen adressiert werden können. Weiterhin werden über erstellte E-Mail-Verteiler (Sofort) Informationen als Online-Newsletter auf dem elektronischen Weg versendet.¹⁷⁰

Durch die Nutzung dieser Möglichkeiten lässt sich eine offene, gezielte, auf Wunsch geschützte und auf ausgewählte Benutzerinnen beschränkte interne Kommunikation erreichen. Unter dem Dach der Kommunikationszentrale kann sich ein eigenes Mitgliedernetzwerk entwickeln.¹⁷¹ Einzelne Organisationseinheiten werden damit in die Lage versetzt, wechselseitig Informationen auszutauschen. Dies funktioniert top-down ebenso wie bottom-up, also von der Bundesebene zu den Landes- und Kreisverbänden bis zu den Basisorganisationen und umgekehrt.

¹⁶⁷ vgl. ebd.

¹⁶⁸ Schulz, Winfried (2008): *Politische Kommunikation – Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, 2. Aufl. Wiesbaden. S. 309

¹⁶⁹ ebd. S. 13

¹⁷⁰ vgl. Aleman/Marschall (2002): S. 10f.

¹⁷¹ vgl. ebd.: S. 30f.

Die Ausrichtung der internen Kommunikation auf elektronische Medien hat allerdings zwei Nachteile. Zum einen verursacht die schnelle und kostengünstige Übermittlung von Informationen eine Datenflut und erhöht damit die Gefahr eines Ignorierens der Meldungen. Ein weiterer, nicht außer Acht zu lassender Nachteil besteht in Parteien mit einem beträchtlichen Anteil von Mitgliedern im hohen bis sehr hohen Alter. Hier kann es zu Kommunikationslücken kommen, da diese Mitglieder möglicherweise keine technische Ausrüstung besitzen bzw. kein Interesse haben, sich mit den neuen Medien auseinanderzusetzen. Diese Mitglieder müssen auf klassischen Wegen, wie hier anfangs beschrieben, erreicht werden.¹⁷²

3.5.3. Die erfolgsversprechende interne Parteienkommunikation

In einem kleinen Exkurs sollen im Folgenden Hinweise zu einer besseren Praktik von politischer Kommunikation in Parteien vorgestellt werden. Am Anfang des Kapitels wurde bereits erwähnt, dass die interne Kommunikation von Parteien wissenschaftlich noch nicht tiefergehend analysiert wurde. Aus eigenen Erfahrungen des Autors soll hier die These aufgestellt werden, dass die Kommunikationsmechanismen zwischen Regierung und Gesellschaft auf die interne Kommunikation zwischen Parteiführung und Parteibasis identisch sind. Dass dies möglich ist, soll an den folgenden drei Beispielen gezeigt werden.

Aus dem Phillis-Report über erfolgreiche Regierungskommunikation („Government Communications“) werden von Frank Brettschneider u.a. folgende idealtypische Prinzipien genannt:¹⁷³

- ▶ „Offenheit statt Heimlichkeit“
- ▶ häufigere direkte Kommunikation mit den Parteimitgliedern (Präsentsein)
- ▶ ernsthafte (Prä-)Dialogkommunikation mit den Mitgliedern vor Beschlüssen
- ▶ positive Präsentation der Parteipolitik und der Erfolge
- ▶ Verwendung sämtlicher zur Verfügung stehender Kommunikationskanäle
- ▶ koordinierte, gebündelte Kommunikation von ressortübergreifenden Themen aus verschiedenen Arbeitsbereichen

Um bisherige, denkbare Versäumnisse zu korrigieren und Fehlentwicklungen der Kommunikation zu verhindern, wurden von der Phillis-Kommission 12 Empfehlungen abgegeben. Im Fokus der Parteikommunikation sollten demnach die aktiven wie passiven Mitglieder aus der Parteibasis als Hauptzielgruppe stehen. Besonders der Austausch mit den parteiinternen Arbeitsgemeinschaften („all interested parties“) soll gefördert werden. Weiterhin soll für die regionale und lokale Parteiebene mehr Energie, Geld und Personal für Kommunikationsaktivitäten

¹⁷² vgl. Plehwe (2007): S. 226f.

¹⁷³ Brettschneider, Frank (2007): *Regierungskommunikation in Großbritannien und den USA: zentrale Einbettung*. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2007): *Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik*. Gütersloh. S. 48f.

aufgewendet werden. Die Kommissare bemerkten zur bürgerorientierten Online-Kommunikation, dass die Partei-Internetseiten weniger zur Selbstdarstellung genutzt werden sollten, sondern den Nutzern vielmehr als Serviceeinrichtungen dienen. Ebenso spielt die Personalauswahl eine entscheidende Rolle. Diese soll als offenes Verfahren und nur anhand des Kriteriums der „professionellen Eignung“ erfolgen. Offenkundig sollen auch alle Pressemitteilungen aufgezeichnet und für jedes Mitglied zugänglich sein. Jede interne AG soll über eine starke, integrierte und einheitliche Kommunikationsstruktur verfügen und regelmäßig über den Fortschritt zur Erreichung der allgemeinen Ziele informieren. Dazu werden Schlüsselrollen in den Gruppen definiert. Neben dem Leiter der AG sind das die Sprecherinnen, die Zuständige für die interne Pressestelle (Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Kampagnen) sowie die Verantwortliche für die interne Mitgliederinformation.¹⁷⁴ Zusätzlich wird empfohlen, eine permanente Mitarbeiterin für Kommunikation einzustellen, die einen strategischen langfristigen Kommunikationsplan entwickeln soll. Weiterhin koordiniert die Kommunikationsstrategin die tägliche Medien- und Pressearbeit sowie das interne Parteimarketing und die Kampagnendurchführung. Sie übernimmt zudem Verantwortung für die Personalauswahl und Personalentwicklung im Bereich der Binnenkommunikation, misst Qualität und Effektivität der Parteikommunikation und erstattet über die Ergebnisse einmal im Jahr Bericht.¹⁷⁵

Weiterhin verweist Werner Weidenfeld auf drei Dimensionen reform- und strategiefähigen Regierens, die sich ebenso auf die interne Parteienkommunikation anwenden lassen.

Die erste Dimension beschreibt die Abhängigkeit erfolgreichen Regierens von der Art der institutionellen Verankerung von Kommunikation – einschließlich der organisatorischen Ausrichtung und ihr zur Verfügung stehender Ressourcen. Eine basisdemokratisch agierende Partei muss demnach festlegen, wie wichtig ihr der alle Ebenen übergreifende Informationsaustausch ist und wie dieser finanziell und personell ermöglicht werden kann. Als zweite Größe nennt Weidenfeld den Aspekt einer glaubwürdigen, problemadäquaten und inspirierenden Politikerinnensprache im Kommunikationsprozess. Hierbei ist entscheidend, welche basisakzeptierte Politgröße als vertrauenswürdige, kompetente Ansprechpartnerin die Interessen der Mitgliederschaft aufnimmt, bearbeitet, gegebenenfalls weiterleitet und beantwortet. Als dritte Dimension bezeichnet Weidenfeld die effiziente Anwendung moderner Kommunikationsmethoden. Dabei sollte analysiert werden, auf welchen Kommunikationswegen alle Mitglieder erreicht werden können und wie bestehende Medienangebote aktualisiert und an die Bedürfnisse der Mitgliederschaft angepasst werden können.¹⁷⁶

Internes parteipolitisches Organisieren ist Kommunikation. Aus diesem Grund muss in der Binnenkommunikation ein steter Dialog stattfinden. Kerstin Plehwe beschreibt den wünschenswerten Kommunikationsauftrag zwischen Politik und Gesellschaft, dessen Ziel ebenso für die interne Kommunikation Geltung besitzt. „Politische Kommunikation der Zukunft ist ohne ein deutliches Mehr an Dialog undenkbar. Dialog, als Schlüssel zur erfolgreichen

¹⁷⁴ vgl. ebd.: 49ff.

¹⁷⁵ vgl. Bretschneider (2007): S. 53

¹⁷⁶ vgl. Weidenfeld (2007): S. 9

Kommunikation, baut Vertrauen auf und schafft Verständnis für Themen, Personen und Anliegen. Dialog schafft Bereitschaft zur Kooperation. Dialog schafft Bereitschaft zur Beteiligung. Im Dialog entsteht das Gefühl von Gemeinsamkeit, der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält.“¹⁷⁷ Zudem bewirken Dialoge Reaktionen, die eine Diskussionskultur ermöglichen und die bundesweit durch jede Form von Kommunikationsmedien distribuiert werden können – um letzten Endes zur Beschlusslage oder Konsensfindung zu führen. „Feedback-Mechanismen und Response-Elemente signalisieren, dass die Angesprochenen ernst genommen werden und ihre Meinungen wichtig sind. Werden die Reaktionen der Betroffenen nicht nur gehört, sondern auch verarbeitet, verringert das zusätzlich die Distanz zwischen Akteuren und Betroffenen [...]“¹⁷⁸

¹⁷⁷ Plehwe (2007): S. 226.

¹⁷⁸ ebd.

Zusammenfassung Kapitel 3

Als Kommunikationszentrum ist die Parteiführung in der Position, möglicherweise nur die Informationen über die einzelnen Kommunikationskanäle zu verteilen, die in die gesamtparteiliche Strategie passen. Die Beweggründe reichen von subjektiven Interessen, wie z.B. der Festigung der Machtposition, bis zu parteirelevanten Interessen, wie der Wahrung eines einheitlichen Erscheinungsbildes nach außen. Interne Politik funktioniert nicht (nur) über Vorstandsweisungen, sondern ist darauf angewiesen, bei den Mitgliedern arbeitsintensive Informations- wie Überzeugungsarbeit zu leisten, um letzten Endes den Wünschen und Zielen der externen Wählerinnenschaft als Volksvertreterinnen Rechnung zu tragen. Primär sollte die interne Kommunikation dafür genutzt werden, um organisatorische Abläufe zu optimieren, die Identifikation der Mitglieder mit der Partei zu stärken, den Austausch und die Verbreitung von Informationen zu ermöglichen sowie der demokratischen Meinungs- und Entscheidungsfindung zu dienen.

Es ist unmöglich, den Spagat zwischen eingeforderten Stellungnahmen der Medien von der Parteiführung und dem basisdemokratischen Abstimmen täglich zu treffender Entscheidungen zu organisieren. Zudem müssen Amtsträgerinnen auch eigene Entscheidungen fällen dürfen, sonst wäre ihre Wahl in ein zu besetzendes Amt obsolet. Aber es gibt interne Angelegenheiten, die das Einbeziehen aller Mitglieder rechtfertigen würde, wie z.B. Nominierungen von Kandidatinnen oder Änderungen der politischen Ausrichtung in Parteiprogrammen. Wird demnach eine diskursive Zwei-Wege-Kommunikation von der Parteiführung organisiert und praktiziert, könnte sich die Parteibasis stets als aktiver, partizipierender und mitentscheidender Teil der Partei fühlen. Mit dem Einrichten eines lückenlosen internen Kommunikationsnetzwerks und der Benutzung verschiedener Kommunikationsmedien, kann das bewerkstelligt werden.

Gewinnt allerdings das Kommunikationsziel der medienöffentlichen Stimmenmaximierung die politische Oberhand, ohne den Rückhalt und die Einbeziehung der Anliegen der Basis, so ist das stabile Fundament einer Mitgliederpartei gefährdet. Zu untersuchen bleibt, ob eine Parteiführung trotz dieser Gefahr, aber aus Befürchtungen eines möglichen Imageschadens für die Partei, eine von der Basis gewünschte Neuausrichtung einzelner programmatischer Inhalte durch interne Kommunikationsbarrieren oder einfache Nicht-Ansprache (No-Agenda-Setting) erschwert oder gänzlich verhindert. Dies würde der im Parteiengesetz partizipatorisch-legitimierten Auffassung von direkter Demokratie widersprechen – vorsichtig, aber direkt gesagt, einen Gesetzesverstoß darstellen. Denn eine basiseinbeziehende bzw. basisdemokratische Informations- und Entscheidungspolitik bleibt der Grundsatz und die Funktion von interner politischer Kommunikation. Durch die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und der Mitarbeit der Mitglieder verfügt die Parteispitze über kein Druckmittel, sondern ist im Gegenzug sogar von der Zustimmung der Parteibasis in Ausübung ihrer politischen Tätigkeit abhängig. Nur wenn es eine Partei versteht und es ihr gelingt, die Zwei-Wege-Kommunikation erfolgreich aufzubauen und am Leben zu erhalten, kann sie langfristig und gestärkt gesellschaftspolitisch wirken.

4. Die Partei DIE LINKE. und das Thema bedingungsloses Grundeinkommen

In diesem Kapitel findet unter Einbeziehung der vorangegangenen Kapitel eine Betrachtung der Partei DIE LINKE. im Hinblick auf die interne Kommunikation zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen statt. Dabei wird, ausgehend von einer Vorstellung der Partei, die Organisations- und Kommunikationsstruktur vorgestellt. Den Schwerpunkt stellt hierbei die interne Debatte sowie die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. dar.

4.1. Die Entwicklung und die aktuelle Stellung der Partei DIE LINKE. in der deutschen Parteienlandschaft

Die ersten freien Wahlen am 18. März 1990 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) beendeten die Regierungsgewalt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erfolgte am 3. Oktober 1990. Die Führung der SED beging in den 1980er Jahren u.a. den gravierenden Fehler, sich von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes und von der eigenen Mitgliederbasis der Partei zu entfernen und jegliche Entscheidungen elitär und ohne Kommunikation mit den Menschen und somit ohne Bevölkerungsrückhalt zu treffen.¹⁷⁹

Nach der „Wende“ wurde vom übriggebliebenen Parteiapparat eine neue Partei gegründet: Die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS). Doch durch die Medienberichterstattung über die ehemalige SED-Politik in der DDR, hatte die öffentlich titulierte „Stasi-Partei“ einen schweren Start, alte Mitglieder in der neuen Partei zu halten und vor allem neue Mitglieder zu gewinnen.¹⁸⁰

Die PDS beteiligte sich in den 1990er Jahren an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen und wurde im Osten Deutschlands oft die zweitstärkste politische Kraft. Die PDS politisierte vor allem die Stimme der Ostdeutschen, die dem neu verordneten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kritisch gegenüberstanden und/oder die ersten sozialen Auswirkungen (Arbeitslosigkeit) zu spüren bekamen. Medien und Wissenschaft gaben der häufig öffentlich denunzierten Partei des demokratischen Sozialismus keine Überlebenschance.¹⁸¹ Mit den „blühenden Landschaften“, bedingt durch eine Angleichung der ökonomischen wie sozialen Lebensbedingungen¹⁸², hoffte man auf einen schwindenden Einfluss der Partei im Osten. Doch der Rückhalt der ostdeutschen Wählerinnen ebte nicht ab, so dass die PDS vor allem auf kommunal- wie landespolitischer Ebene präsent blieb und zur „Regionalpartei Ost“ wurde. 1994 gewann die PDS bei den Bundestagswahlen 4,4 Prozent der Wählerstimmen. Trotz des Scheiterns an der Fünf-Prozent-Hürde, zog die Partei aufgrund von vier erhaltenen Direktmandaten in Berlin mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Obwohl sich die Partei seit 1994 auch bei Landtags- und Europawahlen in den westlichen Bundesländern listen ließ, blieb sie dort lang erfolglos.

¹⁷⁹ Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: http://www.bpb.de/themen/6RCZ1Y,0,0,Die_Geschichte_von_DIE_LINKE.html [Letzter Aufruf: 26.04.2010]

¹⁸⁰ ebd.

¹⁸¹ Lösche, Peter (2006): Aufbau und Organisationswirkung. In: *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung*, Nr. 292/2006./bpb. Bonn. S. 56

¹⁸² Fernsehansprache von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990. <http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555> [Letzter Aufruf: 24.05.2010]

Nach der Bundestagswahl 1998 bildete die PDS durch das Ergebnis von 5,1 Prozent der Wählerstimmen die erste Fraktion im Bundestag. 2002 erhielt sie nur 4 Prozent der Stimmen und zwei Direktmandate, so dass sie in der Legislaturperiode nur durch zwei Abgeordnete im Bundestag vertreten war.

Nach einem Wahlbündnis mit der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) – eine Initiative aus Gewerkschafterinnen und ehemaligen SPD-Mitgliedern – bei der Bundestagswahl 2005 und einem Zweitstimmenanteil von 8,7 Prozent, fusionierten am 16. Juni 2007 die WASG mit der umbenannten Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE. Den Parteivorsitz übernahmen Lothar Bisky (ehemals Linkspartei.PDS) und Oskar Lafontaine (ehemals WASG).¹⁸³

Auf jenem Gründungsparteitag gab der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE., Gregor Gysi, die Ausrichtung der neuen linken Partei bekannt. In seiner Eröffnungsrede hieß es unter anderem:

„Wir stellen die soziale Frage, stellen sie weltweit und in unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit, weil wir anders Hunger und Elend nicht überwinden können. Wirtschaft ist nicht göttlich. Wirtschaft wird von Menschen gemacht. Und die Frage ist, ob nur für den Reichtum einer kleinen Gruppe oder für die Wohlfahrt aller Menschen? Wir wollen Letzteres! Und wir treten ein für Steuergerechtigkeit. Wir sind es leid, dass immer wieder in dieselbe Richtung Konzerne, Vermögende und Bestverdienende Geschenke gemacht werden. Und dann dreht man sich um und teilt den Kranken, den Älteren und den Arbeitslosen mit, dass man für sie nichts mehr hätte. Das wollen wir nicht. Und dass wir das nicht wollen, steht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Die anderen verhalten sich verfassungswidrig! [...] Und wir sollten uns im Kern nicht auf die Frage einlassen, was wichtiger ist, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit oder Freiheit. Wir wollen die Einheit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, die Einheit von Freiheit und sozialer Sicherheit.“¹⁸⁴

Mit den Ergebnissen der Europawahl 2009 (7,5% der Stimmen), der Bundestagswahl 2009 (11,9% der Stimmen)¹⁸⁵ und den Einzug in bisher 13 Landtage etablierte sich DIE LINKE. als fünfte große Partei in Deutschland.

¹⁸³ Bleek, Wilhelm (2009): *Die Linke*. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden. S. 168-172

¹⁸⁴ Gysi, Gregor (2007): *Eröffnungsrede des Gründungsparteitages 2007*. http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/gregor_gysi/ [Letzter Aufruf: 25.05.2010]

¹⁸⁵ Laut der Bundeswahlleiterin konnte DIE LINKE in allen Altersgruppen einen Zuwachs an Stimmenanteilen verbuchen – besonders bei den 45- bis 59-Jährigen erreichte die Partei mit 15,2 Prozent ihr bestes Ergebnis. Egeler, Roderich (2010): *Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2009*. http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/presse/77_Repr_WStat.html [Letzter Aufruf: 03.04.2010]

4.2. Die Organisationsstruktur in der Partei DIE LINKE.

Der Vorstand der Partei DIE LINKE. ist laut Bundessatzung das politische Führungsorgan und leitet die Partei. Die Organe im Sinne des Parteiengesetzes sind der Parteitag, der Parteivorstand und der Bundesausschuss. „Alle Bestimmungen hinsichtlich der Organe der Bundespartei sind sinngemäß auch auf Organe der Landesverbände, der Kreisverbände und der bundesweiten Zusammenschlüsse anzuwenden, sofern diese Bundessatzung und die dort gültigen Satzungen nicht ausdrücklich etwas anderes vorsehen.“¹⁸⁶ (§ 14) Die Aufgaben des Parteivorstandes umfassen u.a. die Beschlussfassung

über alle politischen und organisatorischen Fragen, die Abgabe von Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen, Durchführung aller parteilichen Beschlüsse, die Unterstützung der Landesverbände und bundesweiten Zusammenschlüsse sowie die Koordinierung der Parteiarbeit. (vgl. § 18). Es besteht eine Rechenschaftspflicht des Parteivorstandes gegenüber dem Parteitag. Über die Beschlüsse sind der Bundesausschuss, die Landesverbände, die bundesweiten Zusammenschlüsse und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Mitglieder umfassend zu unterrichten (vgl. § 20).

Im Vorstand agieren insgesamt 44 Mitglieder, von denen sich seit dem 15. Mai 2010 Gesine Lötzsch und Klaus Ernst den Parteivorsitz teilen. Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak und Heinz Bierbaum fungieren als stellvertretende Parteivorsitzende. Als Bundesgeschäftsführerinnen amtieren Caren Lay und Werner Dreibus, als Bundesschatzmeister Raju Sharma und die Aufgabe der Parteibildungsbeauftragten teilen sich Halina Wawzyniak und Ulrich Maurer.¹⁸⁷

Unter den Mitgliedern des Parteivorstandes befinden sich auch die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes. Für die organisatorische Arbeit unterhält der Parteivorstand am Sitz der Partei eine Geschäftsstelle, in der eine zentrale Mitgliederdatei geführt wird. Leiter der Bundesgeschäftsstelle ist Georg Fehst. Die Geschäftsstelle unterstützt u.a. die Arbeit des Vorstandes, anderer Organe und Gremien sowie der Landesverbände und bundesweiten Zusammenschlüsse (vgl. § 18).

„Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ- (durchführend), Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Der Bundesausschuss fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.“¹⁸⁸ Der Bundesausschuss berät und beschließt u.a. grundsätzliche politische und organisatorische Fragen auf der Grundlage der Satzung und die Beschlüsse des Parteitags (vgl. § 21).

¹⁸⁶ Bundessatzung der Partei DIE LINKE.: § 14. http://die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke/ [Letzter Abruf: 25.05.2010] Im Folgenden werden alle weiteren Paragraphen in Klammern gesetzt und beziehen sich auf diese Quellenangabe.

¹⁸⁷ Der Vorstand der Partei DIE LINKE. http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/2_parteitag/wahlen/wahl_des_parteivorstandes/ [Letzter Abruf: 25.05.2010]

¹⁸⁸ Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Die Partei DIE LINKE.



Quelle: Organigramm der Partei DIE LINKE. <http://die-linke.de/partei/organe/organigramm/> [Letzter Abruf: 25.05.2010]

Bedingt durch die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich für jedes der 16 Bundesländer jeweils ein Landesverband. Organe eines Landesverbandes sind mindestens der Landesparteitag und der Landesvorstand, der im Rahmen des Parteiprogramms eine regionale Parteiprogrammatik sowie eine eigene Satzung entwickelt. Der Parteivorstand ist über die Struktur des Landesverbandes zu informieren (vgl. § 12).

Die momentan 349 Kreisverbände sind dem jeweiligen Landesverband untergeordnet. Für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind abweichende Regelungen möglich. Als Organe des Kreisverbandes gelten mindestens der Kreisparteitag und der Kreisvorstand. Kreisparteitage können als Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen durchgeführt werden. Ein Kreisverband ist für alle politischen und organisatorischen Aufgaben des regionalen Bereiches zuständig und handelt im Rahmen der Partei- und der Landessatzung. Für Kreisverbände besteht das Recht, sich weiter in Ortsverbände und Basisgruppen bzw. -organisationen zu gliedern (vgl. § 13). Die Weitergabe von Informationen vom Parteivorstand an die Basisorganisationen wird dabei nicht geregelt und obliegt der Kommunikationsstruktur und somit der Informationskultur der jeweiligen Parteiebene.

Die Beratung sämtlicher Organe erfolgt grundsätzlich parteiöffentlich. Gastrederechte können erteilt werden. In begründeten Fällen kann die Öffentlichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. In geeigneter Weise sind Anträge, Tagungsprotokolle und gültige Beschlüsse parteiöffentlich zu machen (vgl. § 28). Anträge von Mitgliedern, Vorständen und anderen Gremien aus Gebietsverbänden können jederzeit beim zuständigen Vorstand gestellt werden (vgl. § 29).

§ 4 der Bundessatzung erläutert die Rechte und Pflichten eines Mitglieds der Partei DIE LINKE. So hat jedes Mitglied das Recht, an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, das heißt, am Informationsaustausch teilnehmen zu können und sich über alle Parteiangelegenheiten zu informieren. Das persönliche Stimm- und Rederecht kann bei Veranstaltungen, Wahlen, Abstimmungen und in der Gremienarbeit wahrgenommen werden – u.U. muss ein Antrag gestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit der Eigenkandidatur für die jeweiligen Parteiämter. Als Pflichten sind die Einhaltung des Parteiprogramms und der Satzung, die Respektierung der satzungsgemäß gefassten Beschlüsse sowie die Entrichtung eines regelmäßigen Mitgliedsbeitrages verankert.

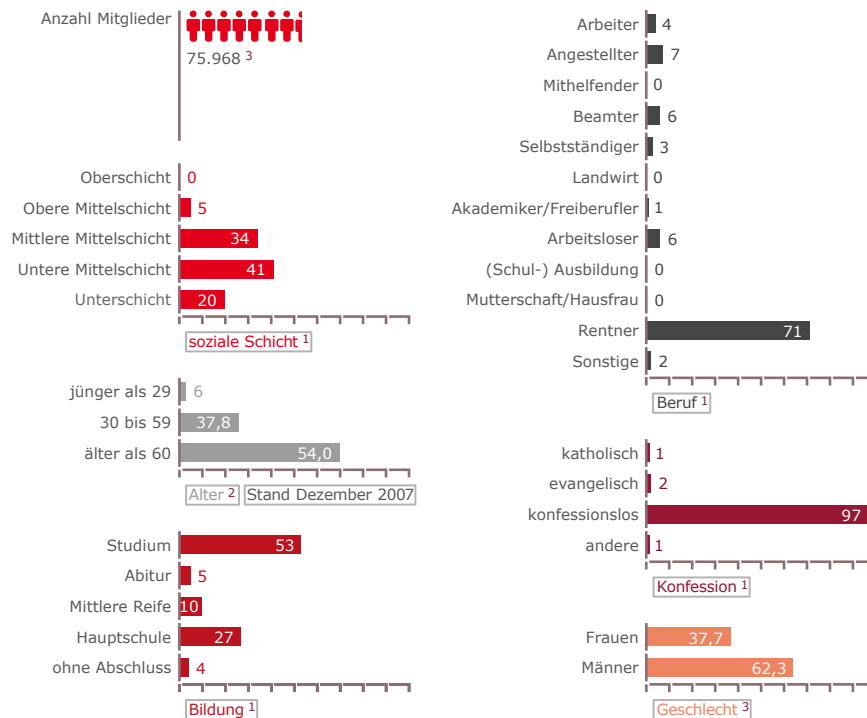
Die linke Mitgliederbasis verleiht der Partei demokratische Legitimität aus der Gesellschaft und in der Gesellschaft. So benötigt DIE LINKE. eine breite Basis an Mitgliedern, um die Inhalte und Ziele des Partei- und Wahlprogrammes sowie Lösungsvorschläge für gegenwärtige Probleme bundesweit kommunizieren und umsetzen zu können – besonders vor, während und nach Wahlkämpfen. Ein Instrument, um einer basisdemokratischen Partei gerecht zu werden, sind Mitgliederentscheide (Urabstimmungen) zu allen politischen Fragen. Laut § 8 der Satzung der Partei DIE LINKE. sind diese jederzeit möglich. Dabei hat das Resultat das Wertmaß eines Parteitagsbeschlusses. Ein Mitgliederentscheid findet statt, wenn mindestens ein Viertel der

Mitglieder oder acht Landesverbände oder 5.000 Parteimitglieder einen Antrag stellen, oder dies auf Beschluss des Parteitags oder Bundesausschusses geschieht. Dieser Antrag gilt als beschlossen, wenn eine einfache Mehrheit zustande kommt.¹⁸⁹

DIE LINKE. zählte am 30. September 2009 – laut eigenen Angaben – 77.645 Mitglieder und ist damit die viertgrößte Partei Deutschlands.¹⁹⁰ Circa 54 Prozent der Mitglieder sind über 60 Jahre (höchster Rentneranteil unter allen Bundestagsparteien) und nur circa 6 Prozent unter 29 Jahre. Fast 38 Prozent der Mitglieder sind Frauen, was den höchsten Frauenanteil unter den Bundestagsparteien darstellt.

Mitgliederzusammensetzung DIE LINKE.

Angaben in absoluten Zahlen und in Prozent



Quelle: ¹Heinrich, R. u.a. (2002): Parteimitglieder; ²Niedermayer, O. (2009): Parteimitglieder; ³Angaben der Parteien
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/themen/NQRYDJ,0,0,DIE_LINKE_Mitgliederzusammensetzung.html [Letzter Aufruf: 20.05.2010]

¹⁸⁹ Bundessatzung der Partei DIE LINKE.: http://die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke/ [Letzter Aufruf: 25.05.2010]

¹⁹⁰ http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009/ [Letzter Aufruf: 04.05.10]

Fast die Hälfte der Mitglieder zählt sich zur unteren Mittelschicht – der Bundesdurchschnitt liegt bei 32 Prozent – während sich 20 Prozent der Genossinnen als Unterschicht wahrnehmen, was der höchste Wert unter den Bundestagsparteien ist. 34 Prozent rechnen sich zur mittleren Mittelschicht und 5 Prozent zur oberen Mittelschicht (siehe Grafik).¹⁹¹

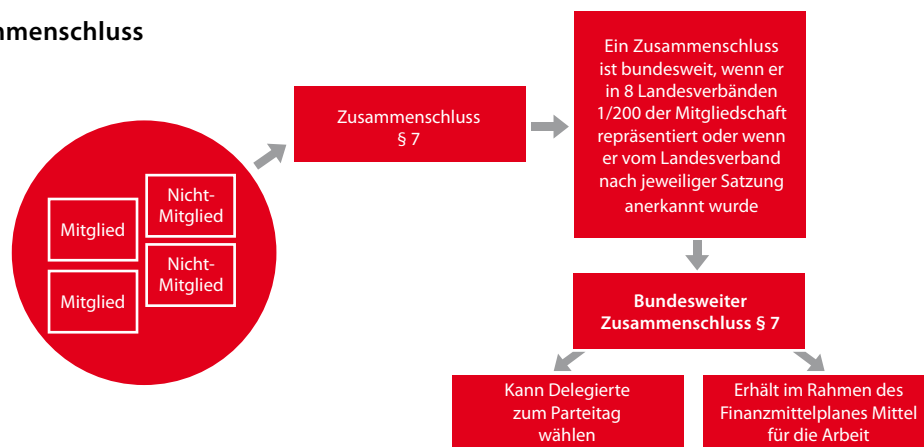
¹⁹¹ Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/themen/NQRYDJ,0,0,DIE_LINKE_Mitgliederzusammensetzung.html [Letzter Aufruf: 20.05.2010]

Zudem existieren derzeit 25 innerparteiliche bundesweit agierende Zusammenschlüsse, die keine Gliederung der Partei darstellen. Sie wurden durch die Mitglieder frei gebildet und erfüllen die Kriterien der Bundessatzung. Nach Meinung von Peter Lösche wird durch die organisatorische Aufgliederung in viele unterschiedliche Arbeitsgemeinschaften und Plattformen der Partei DIE LINKE. der ideologisch-programmatische Konflikt gefördert. Hierbei widerspricht sich Lösche in Bezug zu seiner Äußerung in derselben Schrift: „Die Offenheit der Parteien gegenüber gesellschaftlichen Strömungen und innerparteilicher Demokratie sollen [...] gewährleistet werden, damit Parteien unterschiedlichste, auch auseinanderstrebende Interessen in sich aufnehmen und in das politische System weiter vermitteln.“¹⁹²

¹⁹² Lösche, Peter (2006): *Aufbau und Organisationswirklichkeit. In: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung, Nr. 292/2006.bpb. Bonn. S. 26*

Die Satzung der Partei besagt, dass Zusammenschlüsse „selbständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei leisten (bestimmen). Sie sind entsprechend ihrer Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen einzubeziehen.“ (§ 7 Abs. 3)

Der Zusammenschluss



Quelle: DIE LINKE.: <http://www.die-linke.de/index.php?id=5345#>
[Letzter Aufruf: 02.05.2010]

4.3. Die Programmatik der Partei DIE LINKE.

Seit der Fusion der PDS.Linkspartei und WASG besitzt DIE LINKE. kein Parteiprogramm. Bis zur Verabschiedung des Parteiprogramms 2011 finden stellvertretend die „Programmatischen Eckpunkte“ sowie die Präambel der Satzung Anwendung.

In letzterer sieht sich die Partei der Tradition der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und des antifaschistischen Kampfes verbunden. Ihr Selbstverständnis ist

dabei die politische Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit in allen Bereichen der Gesellschaft. DIE LINKE. stellt u.a. die „Systemfrage“ (Kritik am Kapitalismus) und steht damit für einen Wechsel der Gesellschaftsformation hin zum demokratischen Sozialismus und einem Mehr an praktizierter direkter Demokratie. Das impliziert auch die geforderte Re-Kommunalisierung von Wirtschaftsbereichen, die existenziell für ein Leben in Würde notwendig sind und nicht von marktwirtschaftlichen Profitinteressen beeinflussbar sein sollten, wie z.B. Wasser, Energie, Wohnungsbau und (öffentlicher) Nah- und Fernverkehr.

In den Programatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. werden die folgenden acht Politikfelder thematisiert und konkretisiert: Arbeit (1), Wirtschaft und Umwelt (2), Sozialsysteme (3), Politik (4), Geschlechtergerechtigkeit (5), Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur (6), Ostdeutschland (7) sowie Internationale Politik und Europäische Union (8).¹⁹³

Bezüglich ihrer Parteiziele grenzt sich DIE LINKE. zum Teil grundsätzlich von der Programmatik konkurrierender Parteien ab und fordert u.a. den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Rücknahme der letzten Rentenreform, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Abschaffung von Hartz IV.¹⁹⁴

Im Bundestagswahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE. befanden sich u.a. folgende Forderungen in Bezug auf Hartz IV und eine parteilich akzeptierbare Grundsicherung¹⁹⁵:

- ▶ Sofortige Anhebung der Hartz IV-Regelsatzleistung für Kinder und Jugendliche
- ▶ flächendeckende, gebührenfreie und qualitativ hochwertige öffentliche Kinderbetreuung
- ▶ Ausbau von BAföG als elternunabhängige Grundsicherung – Verzicht auf Studiengebühren
- ▶ Anhebung der Mindestsicherung auf 500 Euro, danach jährliche Anpassung
- ▶ Rechtsanspruch auf Mindestbedarfsdeckung
- ▶ Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft
- ▶ Heraufsetzung der Vermögensfreigrenzen auf 20.000 Euro pro Person
- ▶ Umwandlung aller „Ein-Euro-Jobs“ in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse
- ▶ Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde
- ▶ Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich
- ▶ Verlängerung der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld
- ▶ Umbau der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten Bürgerinnenversicherung bzw. Erwerbstätigenversicherung

¹⁹³ Programatische Eckpunkte der Partei DIE LINKE.: http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/ [Letzter Aufruf: 26.05.2010]

¹⁹⁴ Bundessatzung der Partei DIE LINKE.: http://die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke/ [Letzter Aufruf: 22.05.2010]

¹⁹⁵ DIE LINKE.: Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009

¹⁹⁶ DIE LINKE.: http://die-linke.de/politik/themen/hartziv_muss_weg/ [Letzter Aufruf: 19.05.2010]

¹⁹⁷ ARD: <http://www.tagesschau.de/inland/kinderarmut50.html> [Letzter Aufruf: 28.05.2010]

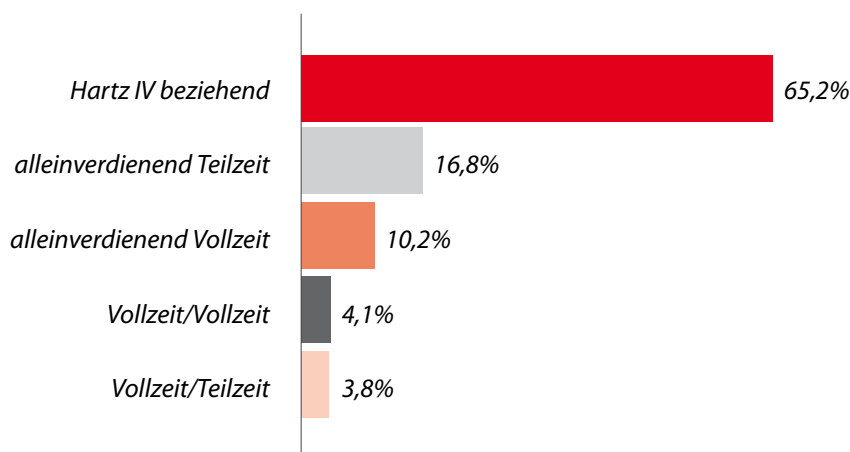
¹⁹⁸ Deutsche Bundesregierung (2008): *Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Kurzfassung. S. 5 (V)*

- ▶ Anhebung von Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr
- ▶ Entfernung des Sanktionsparagrafen 31 aus dem SGB II
- ▶ Abschaffung von Hartz IV und Umwandlung in eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung

Diesen grundsicherungsausgerichtete Forderungskatalog erstellte DIE LINKE. u.a., weil sich die Situation von Millionen Arbeitslosen und ihrer Familien seit Inkrafttreten des Hartz IV-Gesetzes dramatisch verschlechtert hat.¹⁹⁶ Als Beispiel soll hier auf einen Bericht der ARD-Tagesschau aus dem Jahr 2007 verwiesen werden: Laut UNICEF galten in Deutschland 2,4 Millionen Kinder als armutsgefährdet. Zudem hatte sich die Zahl der Kinder, die von Sozialhilfe leben, seit Einführung von Hartz IV Anfang 2005 bis 2007, auf gut 2,5 Millionen verdoppelt – mit weiter steigender Tendenz.¹⁹⁷ Diese Entwicklung bestätigt auch der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.¹⁹⁸

Armutsrisiko für Kinder in Deutschland nach Erwerbsstatus der Eltern

eigene Grafik: vgl. FIT/Prognose/BMFSFJ (2007): <http://www.tagesschau.de/inland/kinderarmut50.html> [Letzter Aufruf: 28.05.2010]



¹⁹⁹ Gesetzesentwurf der Partei DIE LINKE vom 20.03.2009: Drucksache 16/12375 http://www.linksfraktion.de/initiativen_gesetzentwuerfe.php?b=10 [Letzter Aufruf: 10.05.2010]

²⁰⁰ ebd. vom 14.07.2009: Drucksache 16/13791 http://www.linksfraktion.de/initiativen_gesetzentwuerfe.php?b=10 [Letzter Aufruf: 10.05.2010]

DIE LINKE. fordert auf Grund sich ausweitender sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz zu konkretisieren¹⁹⁹ sowie die sozialen Grundrechte auf (sinnvolle) Arbeit, Wohnung, Erholung, Bildung und Gesundheit verfassungsrechtlich zu verankern.²⁰⁰ Die Änderungsanträge erhielten im Bundestag bislang keine parlamentarische Mehrheit.

4.4. Die interne Kommunikation in der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE. ist „eine enorm heterogene Partei, die ein sehr großes linkes Spektrum abdeckt. Von enttäuschten Sozialdemokraten und Fundamentalsozialisten aus dem Umfeld der Gewerkschaften und linken Kleinparteien (z.B. MLPD) über SED-Altkader bis hin zu neoliberalen und emanzipatorischen Linken, von Trotzkisten bis hin zu Kommunisten sind alle in der Partei versammelt, die die äußerst schwere Aufgabe hat, die verschiedenen Stimmen zu bündeln und zu vertreten.“²⁰¹

Die aktuelle stellvertretende Vorsitzende, Katja Kipping, hat bereits 2006 – also noch vor Neugründung der Partei DIE LINKE. – das Verständnis, den Anspruch und das Ziel einer innerparteilichen Organisationsstruktur mit all ihren kommunikativen und demokratischen Mechanismen präzise und umfassend zum Ausdruck gebracht. Aus diesem Grund werden ihre Ausführungen im Vollzitat wiedergegeben.

„Und nicht zuletzt setzen wir auch auf eine starke, moderne, demokratisch-sozialistische Partei, die ihren Charakter als Mitgliederpartei und als eigenständige und politisch handlungsfähige Struktur bewahren und gleichzeitig zahlreiche offene Schnittstellen für Initiativen, Projekte und engagierte parteilose Menschen anbieten muss. Es geht sowohl um Handlungsfähigkeit auf parlamentarischer Ebene als auch gleichzeitig um eine völlig neue Qualität der Kommunikation und Interaktion mit sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. Welche Veränderungen im Sinne sozialistischer Politik aber auch immer angestrebt werden: Ausschließende, intransparente und herrschaftliche Methoden konterkarieren jeden noch so fortschrittlichen Ansatz. Der Weg der Beteiligung möglichst vieler Interessierter und Betroffener an der politischen Entscheidungsfindung ist zwar mühsam, jedoch der einzig mögliche für einen emanzipatorischen Politikansatz. Was für die gesellschaftlichen Konzepte einer linken, emanzipatorischen Partei gilt, gilt auch für ihre internen Prozesse und gilt natürlich auch für den gerade stattfindenden Parteineubildungsprozess. Eine Partei, in der intern nicht auf Augenhöhe verhandelt würde, könnte dies notwendigerweise auch nicht mit einer anderen Organisation. Daher sind reine top-down Prozesse oder gar autoritäre Führungsstile eine Gefährdung für einen demokratischen Parteineubildungsprozess. Der mit Sicherheit sehr mühsame Prozess der umfassenden und gleichberechtigten Beteiligung ist auch hier ein entscheidender Garant für das erfolgreiche Gelingen des Parteineubildungsprozesses, an dessen Ende eine Partei steht, in der die emanzipatorischen Politikansätze der Linkspartei.PDS gut aufgehoben sind. Wir wollen unsere Gedanken zu emanzipatorischer linker Politik in den Parteineubildungsprozess einbringen. Es gehört zu unserem Grundverständnis, diese nicht als gesetzt in den Raum zu stellen. Viel mehr wollen wir einen Diskurskorridor eröffnen. Alle, für die Freiheit und Gleichheit ebenso wie Solidarität die zentralen Elemente linker Politik sind, rufen wir daher auf, sich mit uns in die Auseinandersetzung um emanzipatorische Politik und auf den Weg zu einer neuen Linken zu machen.“²⁰²

²⁰¹ Rößler, Sebastian (2008): Das garantierte Grundeinkommen als Radikalform für den deutschen Sozialstaat. Konzepte und Positionen der Bundestagsparteien. Saarbrücken. S. 110

²⁰² Kipping, Katja (2006): http://emanzipatorische-linke.de/files/emaly/Lets_make_it_real.pdf [Letzter Aufruf: 18.05.2010]

4.4.1. Die internen Kommunikationsmedien in der Partei DIE LINKE.

Einen Überblick über alle internen Kommunikationsmedien der Partei DIE LINKE. kann hier nur in eingeschränkter Form verschafft werden, da diesbezüglich kein *Übersichtskatalog* vorhanden ist. Alle hier erwähnten Medien wurden durch Eigenrecherche gelistet. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass bis auf das Intranet alle Kommunikationsmedien auch von Nicht-Mitgliedern genutzt bzw. abonniert werden können.

Nach den regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen, Mitgliederversammlungen, Themenveranstaltungen sowie Parteitagen scheint die Mitgliederzeitung *DISPUT* (im Abonnement) das wichtigste klassische Kommunikationsmedium zu sein. Vom Parteivorstand herausgegeben, erscheint er in der Regel jeden dritten Freitag im Monat – zusätzlich zu den jeweiligen Verbandszeitungen, Informationsbroschüren und Flyern, die an die einzelnen Parteiverbände distribuiert werden.

Der größte Teil der internen Kommunikation läuft über das kosteneffiziente und Informationen schnell übermittelnde Internet. Sowohl jede Fraktion, wie z.B. DIE LINKE. im Bundestag, und jeder Verband, wie z.B. DIE LINKE. Oberspreewald-Lausitz, als auch jeder Zusammenschluss repräsentiert sich auf eigenen Internetseiten, die mit weiteren Gruppen und Domains verlinkt sind. Regelmäßig erhalten registrierte Mitglieder über das elektronische Netzwerk Neuigkeiten in Form von Newsletter.

²⁰³ Internetseite *linksaktiv.de*:
<http://linksaktiv.de/linksaktiv/>
[Letzter Aufruf: 02.06.2010]

²⁰⁴ Ziele der Rosa-Luxemburg-Stiftung: <http://www.rosalux.de/stiftung.html>
[Letzter Aufruf: 05.06.2010]

Zudem wird von der Partei die Internetseite *linksaktiv.de* betrieben. Die Community steht allen Mitgliedern und linken Unterstützerinnen offen und dient als Kommunikationsplattform sowie der internen Vernetzung von „Weltverbesserern“.²⁰³ Die Partei DIE LINKE. ist zudem auf öffentlichen Videoportalen wie *youtube.de* und Online-Communities wie *facebook.de* präsent. Die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung informiert die Mitgliederschaft, „organisiert politische Bildung“ (u.a. Veranstaltungen und Publikationen) und versteht sich als „Forum für einen Dialog zwischen linkssozialistischen Kräften, sozialen Bewegungen und Organisatoren, linken Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen.“²⁰⁴

4.4.2. Interner Diskussionsbedarf bei den Themen bedarfsorientierte Grundsicherung und bedingungsloses Grundeinkommen

DIE LINKE. sieht sich als offene und pluralistische, streitbare sowie tolerante Partei.²⁰⁵ Wird auf die gesellschaftlichen Aufgaben einer Partei und ihre Funktion in einem demokratischen Rechtsstaat verwiesen, ist das die Norm (siehe Kapitel 3). So dürfen auch von Bürgerinnen und Nicht-Mitgliedern Themen, Wünsche und Forderungen aus der Gesellschaft in die politische Organisation der Partei DIE LINKE. tragen. Demzufolge ist es nachvollziehbar, dass bei innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten Diskussionen vonnöten sind, um zu einer gemeinsamen Entscheidung zu finden.

²⁰⁵ DIE LINKE. (2007):
Programmatische Eckpunkte
der Partei DIE LINKE. S. 1

Deshalb ist es notwendig, dass besonders während der Erarbeitung eines Parteiprogramms alle Parteimitglieder von der Parteiführung ganzheitlich wie transparent über Programmentwicklungen und anstehende (Vor-)Entscheidungen informiert werden, um entsprechend Rückmeldung geben und Meinungsbildungsprozesse beeinflussen zu können.

Innerparteiliche Uneinigkeit besteht bei der Frage, ob sich DIE LINKE. eher für eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung oder darüber hinaus für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen sollte. Bis 2007 gab es in der Linkspartei.PDS wie auch in der WASG, einige Informationen, Anträge, Artikel in Mitgliederzeitungen und diverse Veranstaltungen zum Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen. Hauptinitiatorin für die Debatte war und ist Katja Kipping. Die 2005 erstmals in den Bundestag gewählte, aktuelle stellvertretende Parteivorsitzende und seit November 2009 Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales schrieb in ihrem Artikel „Freiheit und Sozialismus – let’s make it real!“ im Namen des innerparteilichen Zusammenschlusses „Emanzipatorische Linke“ im April 2006:

*„Den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen repressionsfrei, ohne bürokratische Gängelung und auf einem möglichst hohen Niveau sicherzustellen, ohne gezwungen zu sein, seine Haut auf den Arbeitsmarkt zu tragen, bedingt eine grundsätzliche Veränderung des Verteilungsprinzips. Deshalb bedarf es mindestens einer sozialen, repressionsfreien und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistenden Grundsicherung ohne erniedrigende Bedarfsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit, wobei eine solche Grundsicherung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiterentwickelt werden sollte.“*²⁰⁶

²⁰⁶ Siehe Kipping [http://emanzipatorische-linke.de/files/emaly/Lets_make_it_real.pdf]

Zudem forderte Kipping im Bereich sozialer Arbeitsmarktpolitik bereits vor fünf Jahren eine sogenannte „alternative Trias“²⁰⁷ – eine politisch umzusetzende Symbiose bestehend aus einem flächendeckenden Mindestlohn, nötigen Arbeitszeitverkürzungen und der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Bis heute ist Kipping eine der bekanntesten Verfechterinnen eines bGE innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE. und setzt sich parteiintern für eine Verankerung des Konzeptes im Parteiprogramm ein.²⁰⁸

²⁰⁷ Kipping, Katja (2005): Plädoyer für eine alternative Trias. Artikel im Neuen Deutschland vom 04.11.2005. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/80488.plaedoyer-fuer-eine-alternative-trias.html?sstr=Katja/Kipping/bedingungsloses/Grundeinkommen> [Letzter Aufruf: 10.05.2010]

Laut dem Internetportal *Grundeinkommen-ist-wahlbar.de* gehören zu den Befürwortern des bGE innerhalb der Partei DIE LINKE. Persönlichkeiten wie die Parteivorsitzende Gesine Löttsch, die Vizepräsidentin des 17. Deutschen Bundestags und Mitglied des Fraktionsvorstandes, Petra Pau, sowie der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Berliner Landesvorsitzende, Klaus Lederer. Auf der gesellschaftspolitischen Online-Kommunikationsplattform *abgeordnetenwatch.de* hegt zudem Halina Wawzyniak, stellvertretende Parteivorsitzende, Parteibildungsbeauftragte und Vorstandsmitglied, Sympathien für die Idee eines bGE.²⁰⁹

²⁰⁸ Siehe „Interview im Bundestag“ vom 01.12.2009: Mein erstes Mal als Ausschussvorsitzende. <http://www.katja-kipping.de/article/178.interview-im-bundestag.html> [letzter Aufruf: 12.05.2010]

Kippings Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen trug insoweit Früchte, als dass die Absicht einer internen und intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema bGE in den

²⁰⁹ siehe Anlage 5: eigene Zitate-Sammlung bekannter Politikerinnen der Partei DIE LINKE. zum bGE

Programmatischen Eckpunkten 2007 verankert wurde. Dort befindet sich unter Abschnitt „III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus“ ein Punkt 3 „Sozialsysteme: Sicherung und Förderung für jede und jeden statt Zwang und soziale Spaltung“ in dem es heißt:

„Wir treten ein „für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien²¹⁰ sozialen Grundsicherung. [...] Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen.“

Unter „V. Nachbemerkenngen“ wird folgende offene und weiter zu diskutierende Frage gestellt:

„Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu fordern, oder ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger zu verlangen?“

Zu dieser Frage gibt es bis dato weder eine tendenzielle Antwort noch eine eindeutige Entscheidung. Die traditionell bürgerliche Behauptung, dass ein Grundeinkommen für *Nicht-Arbeitende* auf Kosten und zu Lasten der *Arbeitenden* geht, wird auch und besonders in linken Kreisen mit dem Argument eines Rechtes auf und der Pflicht zur Arbeit vorgebracht.²¹¹ Dieser Konflikt zwischen dem konservativen Arbeitsethos (Gewerkschaften: „Recht auf Arbeit“²¹²) und dem politischen Einsatz für soziale Sicherheit von Bürgerinnen, scheint die Partei DIE LINKE. in der Frage Grundsicherung oder Grundeinkommen zu spalten.

²¹⁰ Der Begriff „repressionsfrei“ verdeutlicht die Forderung nach der Abschaffung des Sanktionsparagrafen sowie der privatsphärenverletzenden Bedürftigkeitsprüfungen unter den Hartz IV-Gesetzen. (Siehe Kapitel 1)

²¹¹ Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt/Main. 1. Auflage. S. 121

²¹² vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): <http://www.dgb.de/uber-uns/unsere-zukunft/zukunft-der-arbeit> [Letzter Aufruf: 13.05.2010]

²¹³ Artikel im Tagesspiegel vom 22.12.2008: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/sozialhilfe-entzweit-die-linke/1402206.html> [letzter Aufruf: 02.06.2010]

2008 hat der ehemalige Partei- und Fraktionsvize Klaus Ernst im Vorstand der Bundestagsfraktion die „Eckpunkte für eine moderne, repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung“ durchgesetzt, die von 351 Euro auf 435 Euro pro Monat erhöht werden soll. Kipping kritisierte den Beschluss und nannte ihn „Hartz IV light“, denn erstens wird damit weiter an der Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit festgehalten. Zweitens müssen Antragstellerinnen weiterhin vorrangig ihr eigenes Einkommen und/oder Vermögen für ihren Lebensunterhalt einsetzen. Das bedeutet, dass die repressive Bedarfsüberprüfung fortgesetzt wird und immer noch zu Kürzungen der Transferleistungen führen kann. Laut dem Artikel im Tagesspiegel soll Ernst gesagt haben: „Wir machen nicht Politik für die, die nicht wollen.“ Kipping sieht darin keine Anzeichen, wirklich die Armut in Deutschland abzubauen und forderte eine konkrete Summe zu benennen, die nicht gekürzt werden darf. Maßstab sollte dabei die Armutsrisikogrenze von 880 Euro sein. Mit Kippings Vorschlag, so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI), wäre das Armutsrisiko beseitigt, während der Vorschlag Ernsts nichts zur Verbesserung der heutigen Hartz IV-Situation beitragen würde.²¹³

Wird die Auseinandersetzung in der medialen Öffentlichkeit genauer untersucht, so kann als weiterer Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens der ehemalige Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE., Oskar Lafontaine, angesehen werden. Lafontaine ist der Ansicht, dass sich die

Forderung nach einem bGE nicht mit dem deutschen Gesellschaftsvertrag vereinbaren lässt. Er sagte: „Unser Gesellschaftsvertrag ähnelt dem einer Familie: Die, die krank sind, die zu alt sind, die zu schwach sind, die sollen nicht arbeiten. Aber die arbeiten können, die sollen dann auch arbeiten und zum Wohlstand beitragen.“²¹⁴ Die Idee des Grundeinkommens bewertet Lafontaine zwar als gut, er ist aber dennoch der Meinung, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für lange Zeit nicht realistisch sein wird.²¹⁵ Auch der Fraktionsvize Bodo Ramelow hält im Namen des Vorstandes die Idee eines bGE für nicht realisierbar: „Für Menschen, die aus der Gesellschaft aussteigen wollen, können wir nicht einen staatlichen Rechtsanspruch auf 800 Euro Grundeinkommen gewährleisten.“²¹⁶ Ramelow ist demnach der Ansicht, dass sich ein Bürger durch den Bezug eines bGE automatisch von seinen Beiträgen gesellschaftlichen Denkens und Handelns distanzieren würde. Das Ramelow diesen Satz gesagt haben soll, verwundert. Vertraut man seinen Aussagen auf *abgeordnetenwatch.de* (siehe Anlage 5) und seiner öffentlichen Stellungnahme auf *archiv-grundeinkommen.de*²¹⁷, muss Ramelow als Förderer der innerparteilichen Diskussion bewertet werden.

Wie bereits erwähnt, gilt der neu gewählte, amtierende zweite Parteivorsitzende der DIE LINKE., der ehemalige Parteichef der WASG und Gewerkschaftsfunktionär der IG Metall, Klaus Ernst, als strikter Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens. Ernst erörterte ausführlich seinen Standpunkt in der Tageszeitung *der freitag* und gab dabei zu verstehen, dass er nicht nachvollziehen könne, wie ein Einkommen von der Arbeit entkoppelt werden kann, weil dadurch die Verteilungsfrage von der produktiven Wertschöpfung abgetrennt würde. So fragt er sich weiter, wer die benötigten Produkte erzeugen und die Dienstleistungen erbringen solle, wenn weniger Menschen arbeiteten. Zudem kann Ernst nicht nachvollziehen, woher das Geld für eine solche Verteilung kommen soll. Ein gefundenes Fressen für „Marktradikale“, so Ernst weiter, deren Ziel es sei, den deutschen Sozialstaat mit seinem jahrzehntelang funktionierenden Sozialversicherungssystem aufzulösen. Da keine Beiträge von Arbeitgeberinnen zur sozialen Sicherung geleistet und die Sozialausgaben (gemeint sind wahrscheinlich die Aufwendungen für ein bGE) steigen würden, dann müssten zwangsläufig die Steuern drastisch erhöht werden. Bei seinen damaligen Äußerungen bezog sich Ernst allerdings auf die Vorschläge zur Finanzierung über eine hohe Konsumsteuer von Götz W. Werner. Fazit: „Ein hohes, den Bedarf deckendes bGE, wie es einige Linke propagieren, ist Unsinn – ökonomischer und auch sozialpolitischer, wenn der Sozialstaat den größten Teil der Sozialausgaben ausgerechnet an eine Mehrheit von Bürgern ausschüttet, die sowieso existentiell abgesichert sind. [...] Das bGE ist keine linke Strategie!“²¹⁸

Besonders das Lager gewerkschaftlicher und gewerkschaftsnaher Parteimitglieder sieht bei einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Gefahr eines tendenziellen Sozialabbaus in Deutschland und eines damit einhergehenden Machtverlusts der *Arbeiterklasse* gegenüber den Arbeitgeberinnen. Als ein Verfechter dieser Positionen ist besonders der Chefvolkswirt der Gewerkschaft ver.di, Michael Schlecht, in der Partei bekannt.²¹⁹ Schlecht empfindet

²¹⁴ ARD-Hauptstadtstudio: Sommerinterview mit dem Vorsitzenden der Linkspartei Oskar Lafontaine vom 02.08.2009 <http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab860.html> [Letzter Aufruf: 01.06.2010]

²¹⁵ Oskar Lafontaine während des Sommerinterviews im Hauptstadtstudio am 02.08.2009 http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab860_bab-sendung13094.html [Letzter Aufruf: 03.06.2010]

²¹⁶ Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (2008): Sozialhilfe entzweit Linke. Dietmar Bartsch zitiert aus: *Der Tagesspiegel*. 22.12.2008 <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/sozialhilfe-entzweit-die-linke/1402206.html> [Letzter Aufruf: 03.06.2010]

²¹⁷ Kipping, Katja/Opielka, Michael/Ramelow, Bodo: „Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was?‘“ im August 2005. <http://www.archiv-grundeinkommen.de/ramelow/Kipping-Opielka-Ramelow.pdf> [Letzter Aufruf: 04.04.2010]

²¹⁸ Ernst, Klaus (2007): *Man kann nicht Tausende mit sieben Fischen sättigen. In: der freitag. Politik. Bedingungsloses Grundeinkommen*. 17.08.2007. <http://www.freitag.de/2007/33/07330501.php> [Letzter Aufruf: 24.05.2010]

²¹⁹ vgl. Rößler, Sebastian (2008): *Das garantierte Grundeinkommen als Radikalform für den deutschen Sozialstaat. Konzepte und Positionen der Bundestagsparteien*. Saarbrücken. S. 113

die Tatsache, dass auf der einen Seite Menschen der Lohn- und Gehaltsarbeit nachgehen und auf der anderen Seite Menschen nichts tun müssen, um ihr Auskommen zu haben, unsolidarisch und damit ungerecht. Seiner Meinung nach ist die Forderung nach einem Grundeinkommen auf Seiten der neoliberalen Befürworterinnen darauf zurückzuführen, dass man sich auf elegantem Wege überflüssiger Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Einsparung von Löhnen entledigen kann.²²⁰ Diese Befürchtung wird damit begründet, dass Befürworterinnen des Grundeinkommens nicht nur das – seit über einem Jahrhundert geforderte – *Recht auf Arbeit* in Frage stellen, sondern zudem noch die Vorteile für Unternehmen propagieren. Denn durch die Einführung eines Grundeinkommens wird zum einen das Sozialversicherungssystem reformiert bzw. – nach Meinung linker Kritikerinnen – demontiert. Was bis dato Schutz und Einkommenssicherheit bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Eintritt ins Rentenalter darstellt und Arbeitgeberinnen verpflichtete, sich zu 50 Prozent an den Versicherungsbeiträgen zu beteiligen, wird teilweise bis völlig überflüssig (siehe Kapitel 2). Zum anderen müssen/können Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeberinnen selbstständig einen Preis für die Lohn- und Gehaltsarbeit aushandeln, was den Großteil der Funktionen von Gewerkschaften obsolet machen würde.²²¹ Ulrich Busch, *linker* Finanzwissenschaftler, bezeichnet die Idee eines bGE als „Märchen vom Schlaraffenland“.²²² „Zweifelloos handelt es sich bei diesem Konzept um die konsequenteste und in ihrer sozialen Sprengkraft radikalste Variante einer Reform der sozialen Sicherung, aber auch um ein der kapitalistischen Marktwirtschaft und Arbeitsgesellschaft höchst inadäquates Projekt. Als Sozialutopie steht das bedingungslose Grundeinkommen quer zum Kapitalismus. Zugleich aber steht es auch im Widerspruch zum traditionellen Sozialismus (Leistungsprinzip), zum christlichen Arbeitsethos und zur kommunistischen Idee einer freien Arbeitsgesellschaft.“²²³ Das bedingungslose Grundeinkommen [...] würde die Aufgabe des Leistungsgedankens bedeuten. Es ermöglichte einigen den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit, während andere die dafür notwendige Mehrarbeit zu leisten hätten. Es funktioniert deshalb umso weniger, je mehr Personen davon Gebrauch machen würden.“²²⁴

²²⁰ vgl. ebd.: S. 114

²²¹ vgl. Knott, Thilo/Koch, Hannes: *Das sind die Skeptiker*. In: *die tageszeitung*. Nr. 8136 vom 27.11.2006. S. 5

²²² Busch, Ulrich (2005): *Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens*. In: *UTOPIE kreativ*. H. 181 (2005). S. 978-991

²²³ ebd. S. 991

²²⁴ ebd. S. 987

Aufgrund des in den Programmatischen Eckpunkten vermerkten Diskussionswillens zum Thema bGE haben sich einzelne Parteimitglieder in einer BAG zusammengeschlossen, um das Thema für die gesamte Mitgliedschaft aufzuarbeiten.

4.5. BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.

²²⁵ Satzung der BAG Grundeinkommen: § 2c. „Die Kurzbezeichnung lautet BAG GE“; Zudem benutzt die BAG GE für die Deklaration des bedingungslosen Grundeinkommens die Kurzbezeichnung „bGE“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. (BAG GE)²²⁵ wurde beim Parteitag am 14. und 15.07.2007 in Berlin gegründet und ist einer von insgesamt 25 innerparteilichen bundesweiten Zusammenschlüssen, der frei gebildet wurde und die Kriterien der Bundessatzung der Partei DIE LINKE. erfüllt.²²⁶ Unter § 7 Absatz 3 der Bundessatzung heißt es: „Zusammenschlüsse bestimmen selbstständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikations-

strukturen der Partei leisten. Sie sind entsprechend ihren Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommission und Arbeitsgremien aller Ebenen einzubeziehen.“ Ferner erhält auch die BAG Grundeinkommen eine finanzielle Unterstützung der Partei (§7 Absatz 7).

*„Ziel der BAG ist die Verankerung eines Konzepts für ein bedingungsloses, individuelles, existenz- und kulturelle Teilhabe sicherndes, nicht mit Arbeitszwang verbundenes und Umverteilung von oben nach unten erzeugendes Grundeinkommen in der Programmatik der Partei DIE LINKE.“*²²⁷

An der Meinungsfindung für eine Aufnahme des Konzeptes bGE ins Parteiprogramm sind die Bürgerinnen nur indirekt beteiligt. Dennoch können sich Parteexterne in der BAG engagieren und besitzen als Mitglied sogar ein Stimmrecht, was die Bezeichnung „in und bei der Partei DIE LINKE.“ ausdrückt (vgl. § 5 Abs. a). Die BAG GE gliedert sich in Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) und kann sich in Arbeitskreise (AK) untergliedern (vgl. § 7). Bedingt durch diese Struktur, kommt der internen Kommunikation zwischen allen LAGs und AKs eine große Bedeutung zu. Das eigens aufgebaute Netzwerk dient in erster Linie dem Informationsaustausch. Alle Neuigkeiten werden auf der Internetseite bzw. im Blog der BAG Grundeinkommen veröffentlicht.²²⁸ Zusätzlich wurde von den Mitgliedern ein Informationsflyer erstellt, der bei Veranstaltungen ausgelegt wird. Mindestens einmal im Jahr findet eine Vollversammlung aller Mitglieder der BAG statt, in der über inhaltliche und organisatorische Fragen beraten wird und Beschlüsse gefasst werden (vgl. § 11). Die Gesamtmitgliederversammlung und der Sprecherinnenrat sind die Organe der BAG GE (vgl. § 10).

²²⁶ <http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/>

²²⁷ Satzung der BAG Grundeinkommen: § 4

²²⁸ Internetauftritt der BAG Grundeinkommen. <http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/> [Letzter Aufruf: 25.06.2010]

4.5.1. Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.

Ein Grundeinkommen verwirklicht Teile des deutschen Grundgesetzes automatisch, wie die Unantastbarkeit der menschlichen Würde (Art. 1 GG), das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG), die Gleichstellung der Geschlechter (Art. 3 GG) sowie die freie Auswahl eines Betätigungsfeldes in der Gesellschaft ohne Zwang zur Arbeit (Art. 12 GG) – ohne Auslegungsstreitigkeiten wie beim bereits genannten Sozialstaatsprinzip. Katja Kipping hat in einem politischen Essay weitere Vorteile eines bedingungslosen Grundeinkommens zusammengefasst. Durch die lebenslange Existenzsicherung wird die Möglichkeit einer Existenzgründung erleichtert oder eine berufliche Auszeit für Weiterbildungsmaßnahmen wie ein Studium jenseits der 50 möglich. Bürger können ihre Arbeitszeit verkürzen und damit anderen die Chance bieten, sich im gleichen Beruf zu verwirklichen. Weiterhin werden Frauen unabhängiger vom Einkommen ihres Partners. Volkswirtschaftlich gesehen, stimuliert die Zahlung eines bGE die Binnennachfrage, was vor allem mittelständischen Unternehmen zugutekommen würde; politisch betrachtet, ermöglicht es die aktive Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen in und für die Gesellschaft.²²⁹

²²⁹ Kipping, Katja (2010): Demokratie und Grundeinkommen. Ein politisches Essay. In: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 67. Berlin. S. 299

Das Ziel des bedingungslosen Grundeinkommens der Partei DIE LINKE. ist die Beseitigung der Armut sowie die Teilhabe am Reichtum der Gesellschaft für jede Bürgerin. Oder anders gesagt, die Höhe eines Grundeinkommens sollte in einem adäquaten Verhältnis zum Bedarf der Bürgerin, dem Lebensstandard ihrer Mitbürgerinnen und Wohlstand der gesamten Gesellschaft stehen. Aus diesem Grund orientiert sich die Höhe des Grundeinkommens an den Parametern des relativen Armutsrisikos in Deutschland – und in Europa.

Das Modell der BAG Grundeinkommen wurde Ende des Jahres 2009 von Stefan Wolf, einem Sprecher der BAG Grundeinkommen, überarbeitet und Anfang 2010 veröffentlicht. Im Folgenden soll hier der Inhalt des Konzeptes vorgestellt werden. Die BAG will mit der Veröffentlichung des Konzepts den Diskussionsprozess zum Grundeinkommen, die Verankerung im Parteiprogramm sowie die Einführung in Deutschland befördern – in der Partei und in der gesamten Gesellschaft.²³⁰

Für das bGE der Linken in Höhe von 1.000 Euro soll ein individuell garantierter Anspruch für alle Personen bestehen, die ihren Erstwohnsitz in Deutschland haben. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr erhalten Kinder und Jugendliche 500 Euro. Jede Person ohne ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen ist kostenfrei kranken- und pflegeversichert. Für bestimmte Personen/-gruppen (z.B. Schwangere, chronisch Kranke, Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen) können Sonderbedarfe geltend gemacht werden. Die gesellschaftliche Gesamtsumme eines bGE beträgt 50 Prozent des Volkseinkommens (BIP) und soll sich an der Höhe der Armutsrisikogrenze gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) orientieren. Steigt das Volkseinkommen, steigt auch das bGE um den jeweiligen Prozentsatz. Sinkt das Volkseinkommen, bleibt das bGE konstant, was durch Rücklagen im „bGE-Fonds“ ermöglicht werden soll. Dieser Fonds wird durch eine Körperschaft öffentlichen Rechts durch gewählte Bürgerinnen verwaltet.

²³⁰ Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.: <http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/?p=195> [letzter Aufruf: 23.04.2010] und Blaschke (2010). S. 359ff.

²³¹ Siehe Anlage 6

²³² Anhand von regionalen Wohngeldtabellen kann ein Mietzuschuss gezahlt werden.

Träger des bGE ist die Gesellschaft, also der Staat. Die Kosten betragen ca. 829 Milliarden Euro netto/Jahr. Durch Einsparungen steuerfinanzierter Sozialleistungen²³¹ (Transfers, wie Grundsicherung, Kindergeld, BAföG, Wohngeld²³², etc.), eine 35-prozentige Grundeinkommensabgabe auf alle Bruttotoprimäreinkommen (durch Erwerbstätigkeit) ab dem ersten Euro, eine Sachkapital-, Primärenergie-, Börsenumsatz- und Finanztransaktionsabgabe (Freibetrag von 1.500 Euro) sowie eine Luxusumsatzsteuer soll das linke bGE finanziert werden. Verbunden wird die Berechnung mit einem Einkommenssteuerfreibetrag von 12.000 Euro pro Person/Jahr (heute: 7.664 Euro/Jahr) und einer Senkung des Eingangssteuersatzes auf 7,5 Prozent (heute: 15 Prozent) sowie einer Senkung des Spitzensteuersatzes auf 25 Prozent (heute: 42 Prozent).

Das deutsche Sozialversicherungssystem soll wie folgt reformiert werden:

- ▶ Rentenversicherung: Das bGE ist als Sockel-Basisrente zu betrachten. Eine 7-prozentige Rentenzusatzversicherung (Bürgerinnenversicherung) wird auf das alle Einkommensarten umfassende Bruttoeinkommen eingeführt. Bei Lohn- und Gehaltseinkommen wird der fällige Betrag wie gewohnt paritätisch zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmerin aufgeteilt. Den Arbeitgeberinnenanteil bei Selbständigen zahlt die Gesellschaft (Staat). Bei einem Jahreseinkommen von über 24.000 Euro wird nur noch der halbe Faktor für die Rentenberechnung berücksichtigt.
- ▶ Kranken- und Pflegeversicherung: Ähnlich der Renten-Bürgerinnenversicherung wird hier allerdings ein 13-prozentiger Betrag vom Bruttoeinkommen einbehalten.
- ▶ Arbeitslosenversicherung: Dem gleichen Prinzip unterliegt diese Versicherung mit 1,6 Prozent auf das Bruttoeinkommen.
- ▶ Unfallversicherung: Keine Veränderungen geplant. Der Beitrag wird weiterhin zu 100 Prozent von den Arbeitgeberinnen getragen.
- ▶ Für alle Bürgerinnenversicherungen wird die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft.

Das Konzept bGE der BAG bezieht in die Betrachtung auch soziale, kulturelle und andere gesellschaftliche Reformen ein. So soll der Zugang zu Bildung uneingeschränkt und sofort, der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) schrittweise kostenlos für alle zur Verfügung stehen. Zudem möchte die BAG Grundeinkommen alle öffentlichen Strukturen und Dienstleistungen demokratisieren. Über Direktdemokratie sollen alle Bürgerinnen über die Einführung einer Gebührenfreiheit bei Wasser, Abfallwirtschaft, Post und Telekommunikation entscheiden. Für die Finanzierung dieses Paketes soll der nicht mehr benötigte Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (40 Milliarden Euro) verwendet werden. Bei einer Realisierung würde sich die Höhe des bGE anteilig reduzieren.

In Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik soll ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn eingeführt und Leiharbeit nach Tarif vergütet werden. Ebenso wird sich für eine Umverteilung von Erwerbsarbeit sowie für eine Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen, was mehr Menschen im gewünschten Tätigkeitsfeld wirken lassen kann. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor soll zusätzliche, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schaffen und mindestens mit dem Mindestlohn entgelten. Finanziert werden sollen diese Vorschläge aus dem Arbeitsmarktfonds, der aus Beiträgen der Arbeitgeberinnen 25 Milliarden Euro für die gesamtgesellschaftliche Arbeitsmarktpolitik bereitstellt.

Das Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. kann schrittweise eingeführt werden. Priorität haben dabei die Kindergrundsicherung, ein elternunabhängiges

²³³ Wahlvorschlag der BAG zum Wahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE.: <http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/wp-content/uploads/2010/02/11-08-Vorschlag-Wahlprogramm-2009.pdf> [Letzter Aufruf: 16.05.2010]

BAföG, eine sanktionsfreie Mindestsicherung sowie eine Mindestrente.²³³ Insgesamt erwarten sich die Verfasserinnen des Konzeptes bGE eine radikale Umverteilung von gesellschaftlichem Erfolg von oben nach unten, da Bürgerinnen mit einem Bruttoeinkommen von bis zu 6.000 Euro besser gestellt werden. Desweiteren gehen die BAGlerinnen von einer stärkeren Verhandlungsbasis der abhängig Beschäftigten sowie von Effekten der Arbeitszeitverkürzung aus. Das schafft die Möglichkeit einer demokratischen Einflussnahme auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen – auch in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit. Die Verfechterinnen des bGE sind der Überzeugung, dass zum einen nicht nur die Existenz aller(!) Bürgerinnen abgesichert wird, sondern gleichzeitig der Geschlechterunterschied zwischen Frau und Mann im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und familiären Raum ausgeglichen und Chancengleichheit ermöglicht wird.

4.5.2. Die interne Kommunikation zwischen Parteiführung und BAG Grundeinkommen

Am wichtigsten ist die Kommunikation zwischen der Parteiführung und der BAG GE. Die Informationen und Ergebnisse der BAG sollen *top down* in die Parteiarbeit einfließen. Als Kommunikationszentrale fungierend, werden die Daten in die einzelnen Parteimedien eingearbeitet, so dass jedes Mitglied über das Wirken der BAG in Kenntnis gesetzt wird. Um herauszufinden, wie die Kommunikation zwischen Parteiführung und BAG funktioniert, wurde ein qualitativer Fragebogen per E-Mail an den Sprecherinnenrat gesendet. Auf die Frage, warum sich ein BAG-Mitglied persönlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. engagiert, antwortete die Mitsprecherin Lilith Edith Preiss:²³⁴

„Das Grundeinkommen ist das einzige mir bekannte zukunftsweisende Projekt zur Abmilderung der immer häufiger auftretenden prekären Arbeitsverhältnisse und der steigenden Arbeitslosenzahlen; es trägt einer veränderten Lebenswirklichkeit Rechnung, in der der Mensch zum Überleben Geld braucht; es ist ein starker Grundstein zur Fähigkeit der selbstbestimmten Lebensgestaltung; es würde solidarische Projekte fördern, die nicht oder nur teilweise dem Gelderwerb dienen (soziale, künstlerische, politische, ökologische, Aktivitäten, die den Frieden fördern) und es würde den Umbau der Wirtschaft von monetärer Motivation zu gesellschaftlich nützlicher Motivation erleichtern.“

Eine weitere Frage sollte in Erfahrung bringen, welche finanzielle sowie organisatorische Unterstützung und Hilfestellung es aus den Reihen der Parteiführung seit Gründung gegeben hat. Das Mitglied gab an, dass die Arbeit der BAG Grundeinkommen in den letzten zwei Jahren lediglich finanziell unterstützt wurde, während die LAG Grundeinkommen Rheinland Pfalz „absolut keine Unterstützung“ erhalten hat.

²³⁴ Anlage 7: Fragebogen

Die beiden nächsten Antworten auf die Fragen „Wie beurteilst Du die Kommunikation sowie die Informationsverbreitung außerhalb der BAGs und LAGs über das bGE in der Partei? Oder anders gefragt, welche Erfolge und Chancen befruchten und welche Defizite und Risiken behindern den Kommunikationsfluss innerhalb wie außerhalb der BAG in der Partei DIE LINKE.“ sowie „Wie ist deine persönliche Annahme und Meinung über die Einstellung der Parteispitze zum bGE und warum bist Du dieser Meinung?“ sind für diese Arbeit am wichtigsten.

„Obwohl ich einige Newsletter der Fraktion und den Parteinewsletter beziehe, habe ich dort noch nichts über das Grundeinkommen gelesen. Es kommt als Thema leider nicht vor. Es gibt einige Gegenbeiträge in Foren oder bei Strömungen, die das Konzept der BAG nicht als Referenz heranziehen (oder nicht kennen) und das Grundeinkommen beurteilen, als wäre es ein neoliberales Konzept, mit völlig anderen Bedingungen und Zielsetzungen. Häufig wird in Diskussionen mal dieses und dann sofort ein anderes Konzept als Grundlage genommen.“

„Ich glaube, es ist ziemlich unbeliebt bei vielen in der Parteispitze. Es wird nicht erwähnt, es wird nicht diskutiert. Ich habe den Eindruck, es soll totgeschwiegen werden. Den Grund vermute ich in der starken Gewerkschaftsbindung der Parteispitze und der damit einhergehenden Fixierung auf Themen des Arbeitsmarktes. Natürlich gibt es auch andere Meinungen und Strömungen in der Parteispitze, die sind aber nicht so geschickt in Machtbelangen (durchsetzen oder unterdrücken von Themen oder Personen durch temporäre Bündnisse).“

Aufgrund des hier geäußerten Erfahrungsberichtes muss vermutet werden, dass sich die Unterstützung der BAG Grundeinkommen ausschließlich auf finanzielle Hilfe beschränkt. Dieses Kapitel widmete sich der Auseinandersetzung der Partei DIE LINKE. in Bezug auf das Thema bedingungsloses Grundeinkommen und konnte sich größtenteils nur auf öffentliche Stellungnahmen von linken Politikern beziehen.²³⁵ Da die Partei jedoch von einer Basis getragen wird, welche in die Debatte nicht einbezogen zu sein scheint, muss davon ausgegangen werden, dass ein diskursiver Prozess innerhalb der Partei DIE LINKE. von der Parteiführung blockiert wird. Aus diesem Grund wurde erstmalig eine Mitgliederumfrage zur internen Kommunikation zum Thema bGE konzipiert, um Meinungsdaten aller zu erreichenden Parteimitglieder zu erheben und auszuwerten.

²³⁵ siehe Anlage 5: eigene Zitate-Sammlung bekannter Politikerinnen der Partei DIE LINKE. zum bGE

Zusammenfassung Kapitel 4

Die Wahlerfolge in den letzten Jahren deuten darauf hin, dass die Partei DIE LINKE. aufgrund ihrer Politik auf eine steigende Akzeptanz und Resonanz in der Bevölkerung stößt.

DIE LINKE. möchte die fortschreitende *Enteignungsökonomie* des Kapitalismus stoppen, da nach Meinung der Partei die Lebensgrundlagen der Menschen in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht angegriffen werden und die global agierende deutsche Wirtschaft verstärkt auf Profitmaximierung setzt. Die Alternative wäre ein demokratischer Sozialismus. In diesem Kontext soll die soziale Sicherung garantiert und ausgebaut werden. Die repressiven menschenentwürdigenden Hartz-Gesetze sollen grundlegend überarbeitet bzw. ganz abgeschafft werden. Ersetzt sollen diese durch eine solidarische Absicherung aller durch alle. Einigkeit besteht zudem bei der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn, der die Existenz der Arbeitskraft sichert und (Alters-)Armut ausschließt. Uneinigkeit besteht jedoch in der Frage, ob eine bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung ausreicht, um die Armut in Deutschland zu beseitigen, oder ob die radikale Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens die bessere Wahl für das neue Parteiprogramm darstellt. Die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. hat diesbezüglich ein Konzept erarbeitet. Doch in der internen Kommunikation zwischen Parteiführung und BAG Grundeinkommen scheinen Diskrepanzen zu herrschen, die eine innerparteiliche Information und Diskussion zum Thema verhindern. Werden die gesammelten Parteiführungspersönlichkeiten in ihren Aussagen miteinander verglichen, so lassen diese keine eindeutige und vor allem einheitliche Pro- oder Contra-Richtung ablesen. Die Meinung der bekannten Politgrößen ist die eine Seite der Partei. Die andere Seite stellt die Parteibasis dar. Da bis heute allerdings nur vereinzelte Stellungnahmen von Parteimitgliedern der Partei DIE LINKE. bekannt sind, wird die folgende Mitgliederumfrage Klarheit in die Ungewissheit bringen, um die anfangs gestellten Fragen zu beantworten.

II EMPIRISCHER TEIL

Auswertung der Mitgliederumfrage in der Partei DIE LINKE.

5. Der Prozess der Datenerhebung

Für die Erhebung der Umfragedaten wurde die Online-Feedback-Software von *Unipark/Globalpark*²³⁶ verwendet. Die Nutzung eines bestehenden Anwenderkontos der Universität der Künste Berlin wurde durch den Fachbereich 2 Gestaltung ermöglicht.

Die Umfrage fand vom 05.01.2010 bis zum 31.01.2010 statt und bestand aus 204 Items. Der damalige Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE., Dietmar Bartsch, wurde im Voraus über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Die Ermittlung der benötigten E-Mail-Adressen erfolgte durch eigene Internetrecherche. Dabei wurden fast 500 E-Mail-Adressen von der Bundesebene bis zur Kreisebene der Partei DIE LINKE. in den E-Mail-Verteiler aufgenommen. In einem Motivations-schreiben befand sich eine URL-Adresse²³⁷ (Link), der die Mitglieder zur Online-Umfrage leitete. Das Anschreiben war mit der Bitte versehen, den Link an weitere Parteimitglieder weiterzuleiten. Das verwendete Unipark-Umfrageprogramm war mit einem Automatismus ausgestattet, der durch die Speicherung der IP-Adresse eine zweimalige Beantwortung des Fragebogens durch dieselbe Person ausgeschlossen hat.

Die anonymisierte Umfrage bestand aus 10 Hauptfragen, die sich zum Teil noch themenspezifisch untergliederten. Die Mitglieder wurden mit *Du* angesprochen, was in der DIE LINKE. auf allen Ebenen und unter allen Mitglieder üblich ist. Es bestand die Möglichkeit, Fragen auszulassen, um die Abbruchquote gering zu halten. Daher variiert die Anzahl (n) der Antworten pro Fragestellung, was in der Auswertung ersichtlich ist. Innerhalb der Umfrage wurde ein Filter installiert. Das heißt, alle Mitglieder, die an parteiinternen Veranstaltungen teilgenommen haben (Frage 4), sollten vier zusätzliche Fragen beantworten.

An der Mitgliederbefragung haben 510 Personen teilgenommen. Von diesen Personen waren 466 Mitglieder der Partei DIE LINKE. und 55 Teilnehmerinnen kein Parteimitglied. Die Ergebnisse der letztgenannten wurden in der Auswertung nicht berücksichtigt, da es sich bei der Umfrage um eine Datenerhebung innerhalb der Partei handelte und somit ausschließlich die Meinungen von Mitgliedern relevant waren. Die Möglichkeit, Wünsche, Verbesserungsvorschläge, Lob und Kritik zur parteiinternen Kommunikation zu äußern, wurde von 168 Mitgliedern wahrgenommen und manuell ausgewertet.

²³⁶ Globalpark-Enterprise Feedback Suite 7.0. EFS Survey. Version 1.2. <http://www.globalpark.de>

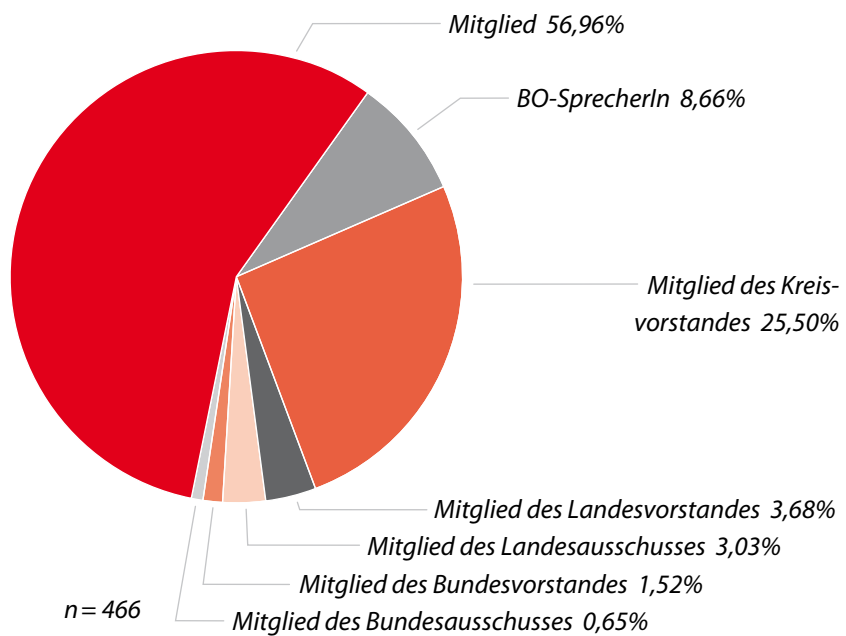
²³⁷ Link zum Fragebogen: <http://ww3.unipark.de/uc/BA-Diplom-Hausarbeiten/31d0/>

Einschränkungen bei der Datenauswertung und Deutung

Aufgrund der Nutzung der Unipark-Software und unter Berücksichtigung des spezifischen Fragebogensdesigns konnte leider nur eine einzige Ausprägung der Variable *Parteifunktion* („kein Mitglied“) von der Datenauswertung ausgeschlossen werden. Tiefergehende Analysen anhand weiterer Variablen sowie deren Korrelationen, wären im Rahmen von extensiveren Folgestudien wünschenswert.

Die Erfassung soziodemografischer Angaben

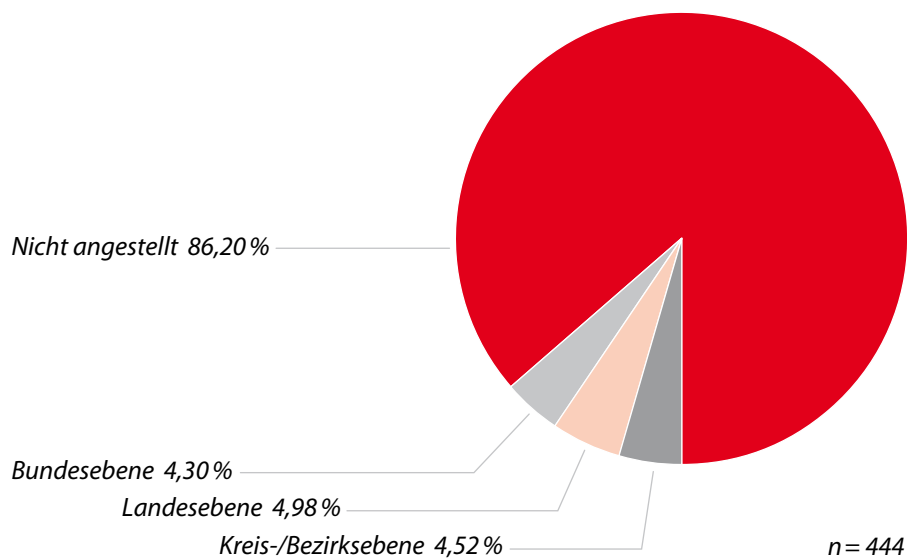
Meine Funktion in der Partei DIE LINKE ist ...



²³⁸ Aufgrund der Auswertungseinschränkungen des verwendeten Umfrage-Programms können aus der Verteilung leider keine Korrelationen und diesbezüglich auch keine weiteren Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Beantwortung der folgenden Fragen gezogen werden.

Von den 466 befragten Mitgliedern der Partei DIE LINKE beschränkte sich bei fast 60 Prozent der Teilnehmenden die innerparteiliche Funktion auf eine einfache Mitgliedschaft. Bei fast 10 Prozent kann durch ihre Sprechertätigkeit in den Basisorganisationen/Ortsverbänden prinzipiell von einer aktiven Mitgliedschaft gesprochen werden. Das Gleiche gilt für ein Viertel der Befragten, die sich als Mitglied eines Kreisvorstandes einstufen. Die restlichen Mitglieder, etwa 15 Prozent, besitzen Vorstands- und Ausschussfunktionen ab der Landesebene. Alles in allem spiegelt die Verteilung in etwa die Mitgliederfunktionen der in Kapitel 3 dargestellten Parteienstruktur wider.²³⁸

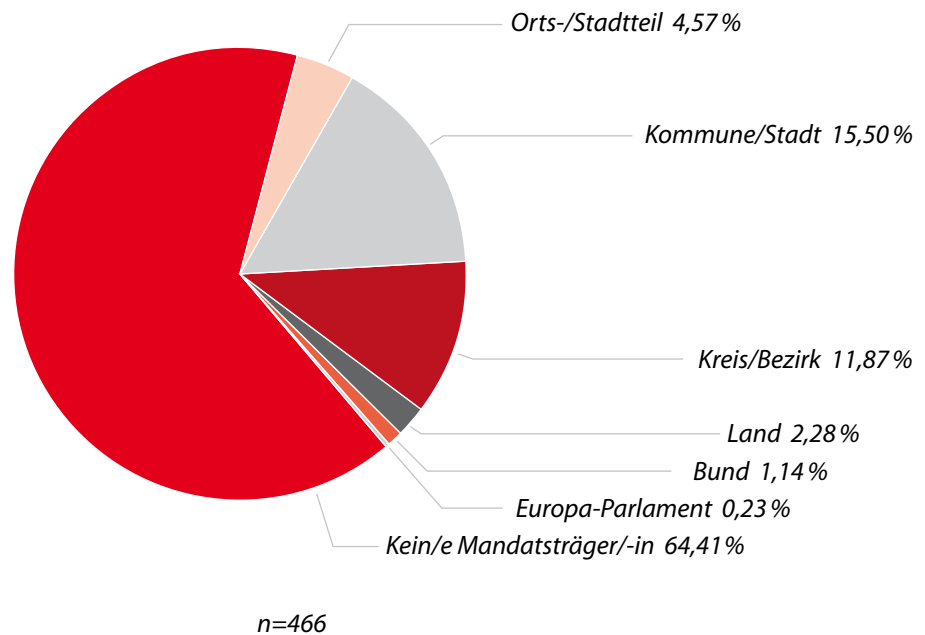
Ich bin Angestellte/-r der Partei/Fraktion DIE LINKE. auf ...



Die teilnehmenden Mitglieder konnten weiterhin angeben, ob sie bei der Partei DIE LINKE. oder in einer Fraktion angestellt sind. Rund 86 Prozent der Teilnehmerinnen befinden sich in keinem Angestelltenverhältnis innerhalb der Partei. Insgesamt 13 Prozent der Befragten sind in und bei der Partei DIE LINKE. angestellt und besitzen einen Mitgliedsausweis.²³⁹

²³⁹ siehe Fußnote 238

Ich bin Mandatsträger/-in der Partei DIE LINKE. in der/im ...

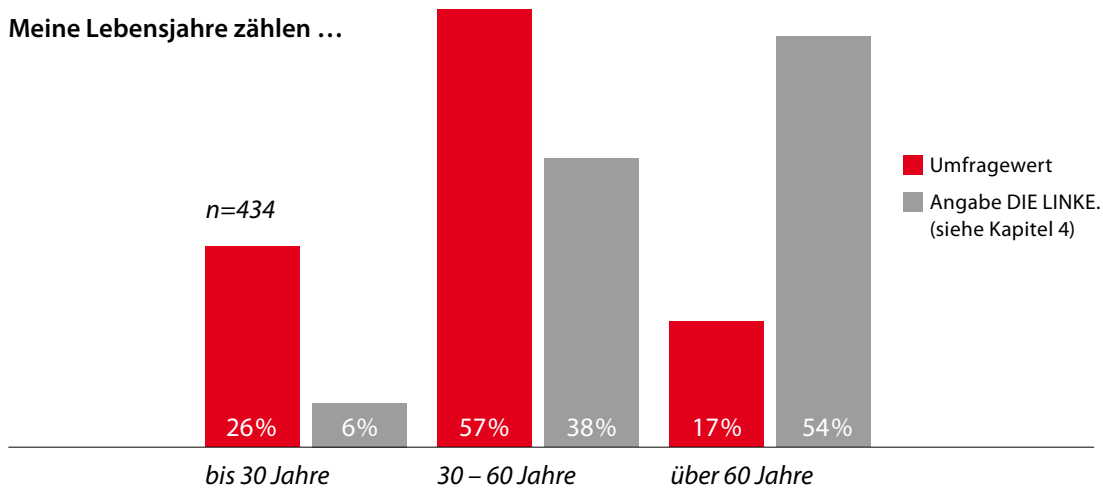


Rund 30 Prozent der Genossinnen sind Mandatsträgerinnen, die von Wählerinnen einen Vertretungsauftrag in Parlamenten und Regierungen erteilt bekommen haben. Darunter zählen auch direkt oder indirekt gewählte Mitglieder von Kreis- und Bezirkstagen, Gemeinde- und Ortsräten sowie Bürgermeister und Landräte.

Einschränkung der Auswertung: Eine einzelne Betrachtung der Ergebnisse der Mandatsträgerinnen auf den unterschiedlichen Parteiebenen konnte aufgrund der Einschränkungen des Auswertungsprogramms nicht erfolgen.²⁴⁰

²⁴⁰ siehe Fußnote 238

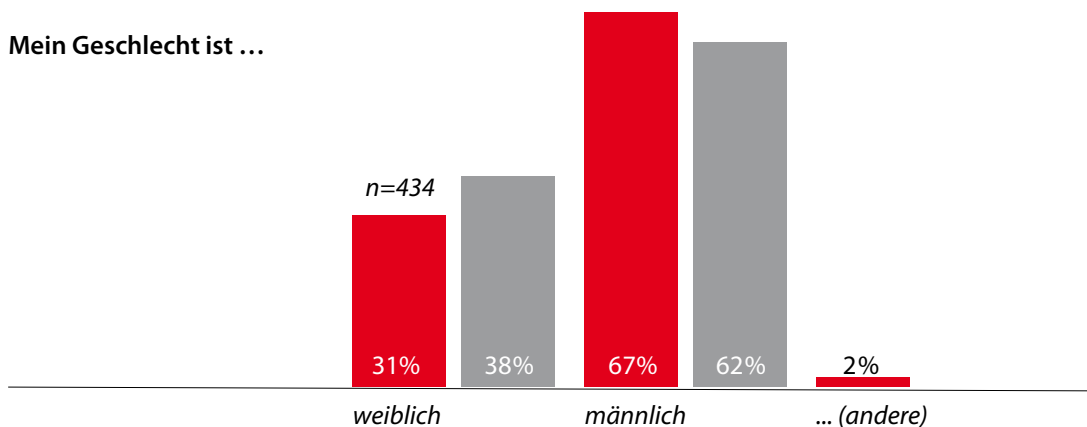
Meine Lebensjahre zählen ...



Die in Kapitel 4 dieser Arbeit dargestellte Altersstruktur der Mitglieder in der Partei DIE LINKE. unterscheidet sich von der Altersschichtung der Umfrageteilnehmenden. Ein Viertel der Teilnehmerinnen ist jünger als 30 Jahre. Fast 60 Prozent zählen zwischen 30 und 60 Jahren und nur 16 Prozent sind über 60 Jahre alt. Diese Diskrepanz könnte darauf zurückgeführt werden, dass der Großteil der über 60-Jährigen über keinen Computer und/oder einen Internetanschluss verfügte. Dies mag die Teilnahme an der Mitgliederbefragung ausgeschlossen haben. In diesem Punkt muss die Repräsentativität dieser Umfrage als eingeschränkt betrachtet werden. Wird als Ziel einer zukünftigen Entwicklungs- und Arbeitsfähigkeit der Partei DIE LINKE. die Mitgliederverjüngung verfolgt, kann das Ergebnis dennoch Trends setzen.²⁴¹

²⁴¹ siehe Fußnote 238

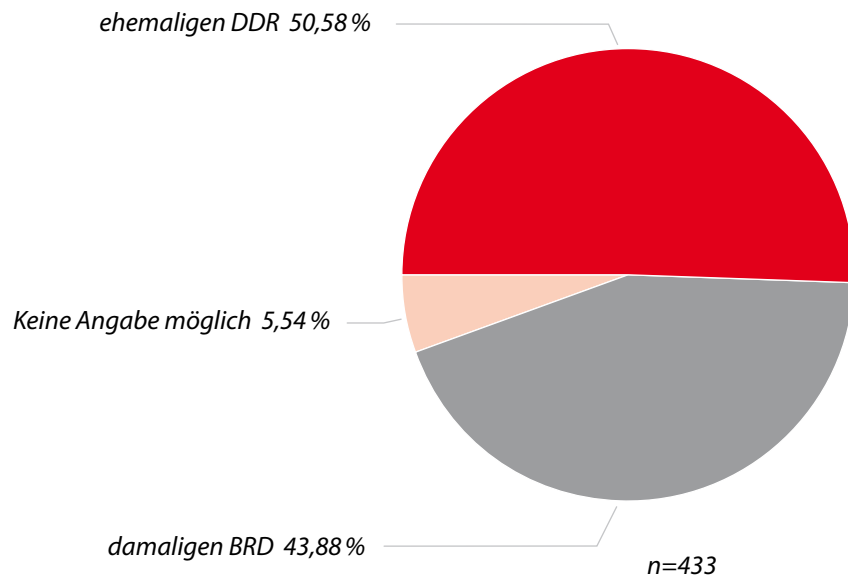
Mein Geschlecht ist ...



Die Angabe zum Geschlecht entspricht in etwa der Verteilung der im Kapitel 4 dargestellten Gesamtmitgliederstatistik. So nahmen an der Umfrage fast ein Drittel Frauen und zwei Drittel Männer teil. Zusätzlich konnte in der Befragung angegeben werden, wenn keines der beiden Geschlechter zutreffend ist, was zwei Prozent der Befragten nutzen.²⁴²

²⁴² siehe Fußnote 238

Mein Wohnsitz im Jahre 1989 war auf dem Gebiet der ...



Weiterhin wurde gefragt, wo sich der Wohnsitz der Teilnehmerin im Jahre 1989 befand. Die Hälfte der Befragten war zum Zeitpunkt des Berliner Mauerfalls DDR-Bürgerin und gut 44 Prozent BRD-Bürgerin. Fast 6 Prozent der Mitglieder konnten zu dieser Frage keine Angabe machen, was auf die Geburt des Teilnehmenden nach 1989 schließen lässt oder auf einen Wohnsitz im Ausland.²⁴³

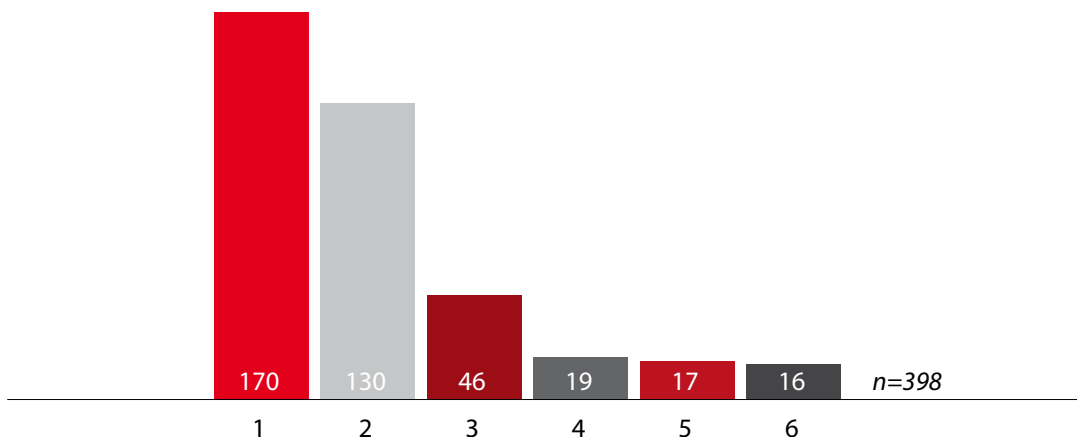
²⁴³ siehe Fußnote 238

6. Die Datenauswertung und die Deutung der Ergebnisse

Nach der Erfassung der statistischen Daten wurden die Teilnehmerinnen zur ersten thematischen Fragestellung geleitet. Hier sollten die Mitglieder auf einer **Schulnotenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend)** die interne Kommunikation zu verschiedenen politischen Themenfeldern der Partei DIE LINKE. bewerten.

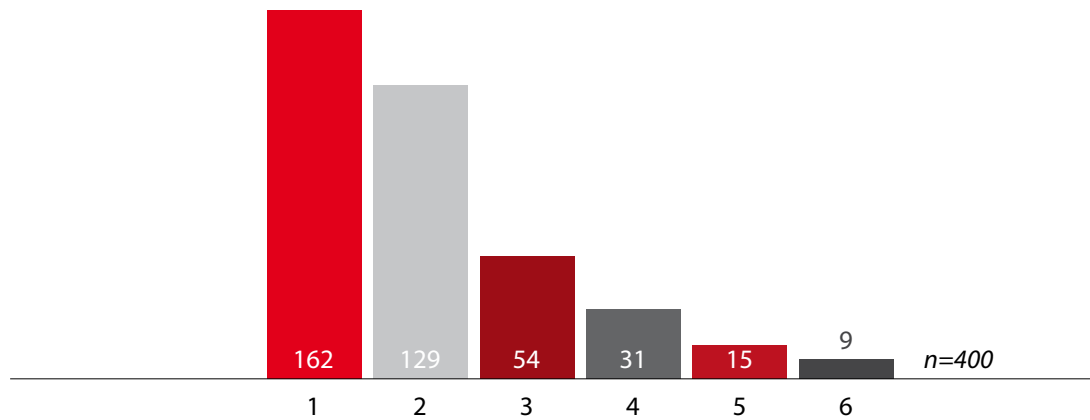
Anmerkungen: Wie in Kapitel 3 dieser Arbeit bereits erwähnt, kann die starke Präsenz eines Themas in den deutschen Medien zu internen Abstrahleffekten führen und die folgenden Ergebnisse beeinflusst haben. Außerdem können aufgrund von subjektiven Interessenlagen sowie der Altersgruppe der Mitglieder Informationen unterschiedlich stark wahr- bzw. aufgenommen werden. Werden weiterhin die im Theorieteil erarbeiteten Kenntnisse über die interne Kommunikationskultur von Parteien berücksichtigt, muss angenommen werden, dass die Mitglieder vor allem die Bereitstellung von Informationen von der Parteiführung zur Basis (*top-down*) und weniger die Einflussmöglichkeiten auf die innerparteiliche Themendiskussion (*bottom-up*) bewertet haben. Diese Einschränkungen sollten als Thesen verstanden werden, die tiefergehend untersucht werden können.

Krieg in Afghanistan



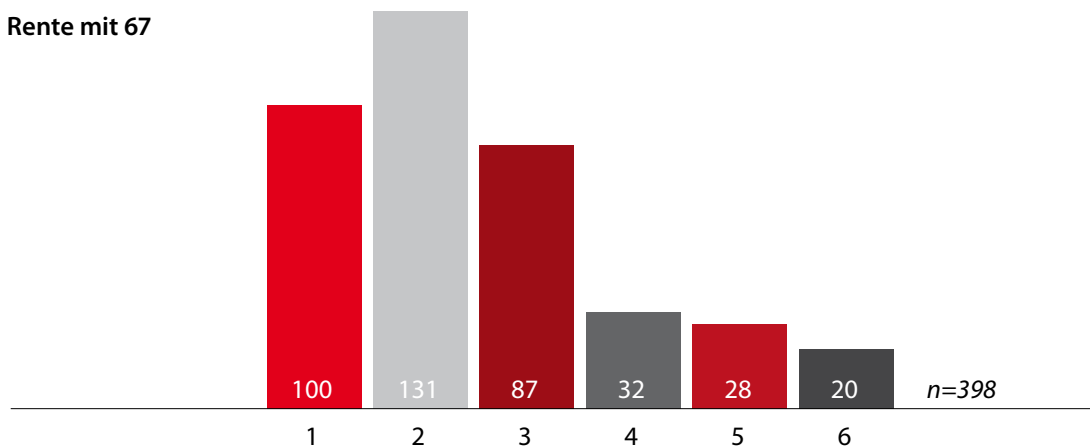
Drei Viertel der Mitglieder der Partei DIE LINKE. bewerten die interne Kommunikation zum Thema *Krieg in Afghanistan* als überdurchschnittlich gut. Die Einstellung zum Krieg dient der Partei, als einzige Antikriegspartei im Deutschen Bundestag, als Alleinstellungsmerkmal und scheint extern wie intern besonders stark kommuniziert zu werden.

Gesetzlicher Mindestlohn

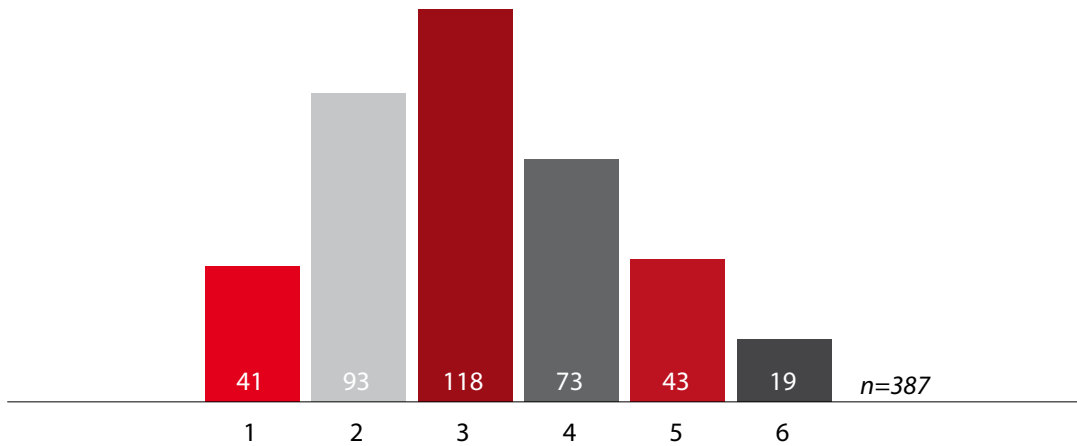


Ebenso erachtet die Mehrheit der befragten Parteimitglieder die Kommunikation zum Thema *gesetzlicher Mindestlohn* als überdurchschnittlich gut. Der *Arbeitskampf* sowie eine gerechte Entlohnung der Arbeit stellen möglicherweise besonders bei gewerkschaftsnahen oder marxistisch orientierten Mitgliedern ein zentrales Thema in der Partei dar. So scheint das Thema aufmerksamkeitsstark und rege in den Parteimedien kommuniziert zu werden.

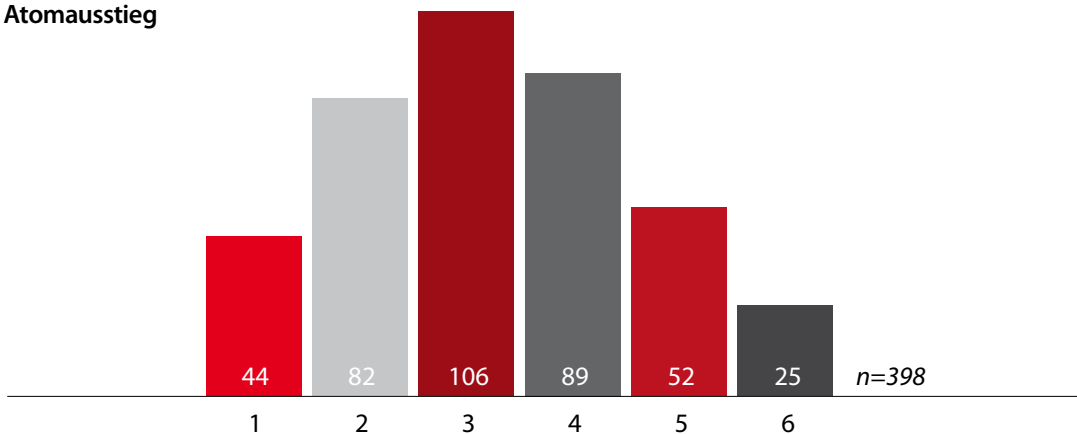
Rente mit 67



Ähnlich gestaltet sich die Kommunikation zum Thema *Rente mit 67*. Der sich in Deutschland abzeichnende demografische Wandel – hin zu einer älterwerdenden Bevölkerung – spiegelt sich in der programmatischen Ausrichtung der Partei DIE LINKE. wider. So überrascht das gute Ergebnis in Hinblick auf eine interne Informationsgewichtung kaum, obwohl nur ein Bruchteil der über 60-jährigen Mitglieder an der Umfrage teilgenommen hat, für die das Thema momentan sicherlich eine momentan erhöhte Relevanz besitzt.

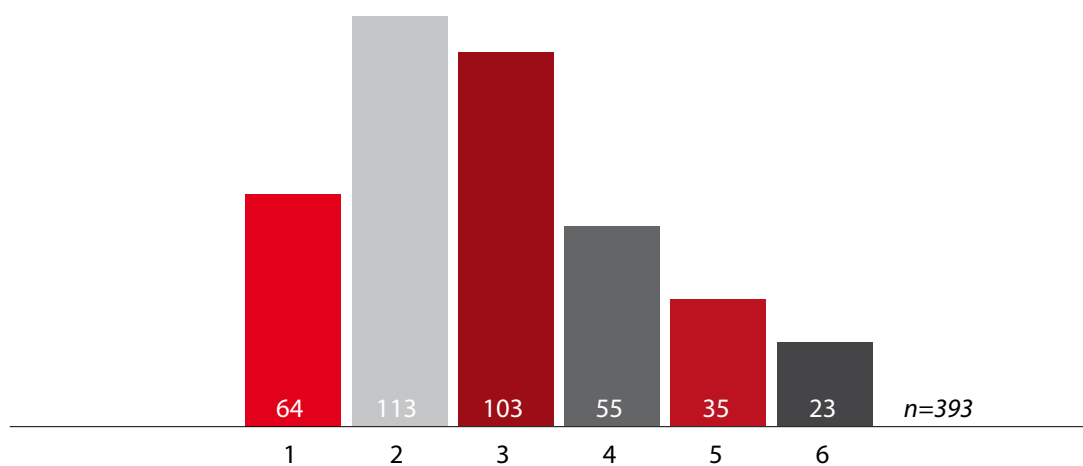
Re-Kommunalisierung

Die interne Kommunikation bezüglich der linken Forderung nach *Re-Kommunalisierung* einzelner Wirtschaftsbereiche wird tendenziell als befriedigend wahrgenommen. So ist zu vermuten, dass die Entprivatisierung von Wasserwerken, Öffentlichen Nah- und Fernverkehrsmitteln etc. keinen Themenschwerpunkt in der Partei darstellt und die Bewertung mit 3 als Ausdruck von Unschlüssigkeit oder Unkenntnis interpretiert werden kann.

Atomausstieg

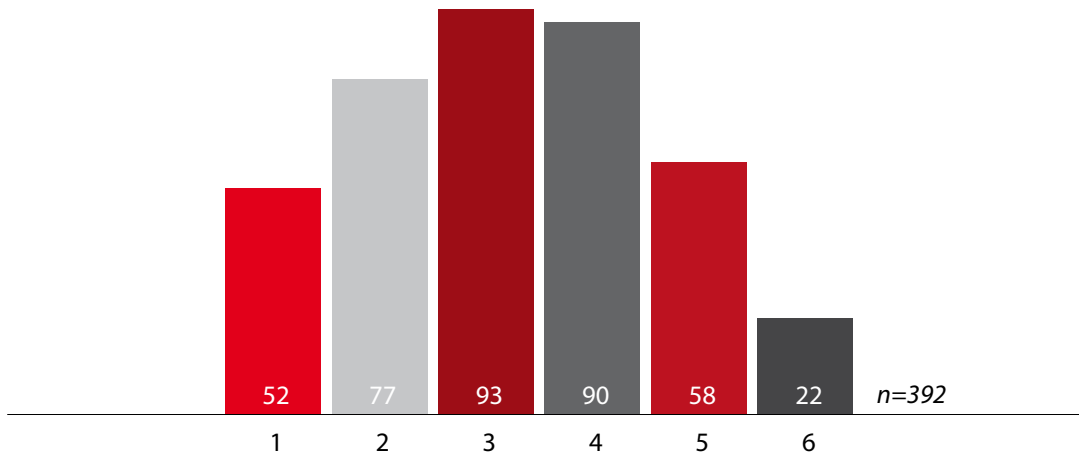
Das Thema *Atomausstieg* wird politisch vornehmlich von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besetzt, obwohl auch DIE LINKE. selbigen befürwortet. Das Meinungsbild der Parteimitglieder gestaltet sich recht unterschiedlich. Die tendenziell als befriedigend bewertete Kommunikation kann als eine neutrale (unsichere bzw. unschlüssige) Entscheidung interpretiert werden. Die Ursachen dafür können einerseits im geringen Themeninteresse der DIE LINKE.-Parteimitglieder begründet liegen oder andererseits in der mangelnden Fokussierung der Thematik in der internen Kommunikation.

Studiengebühren



Die Zahlen und die Überrepräsentanz von jungen Teilnehmerinnen an dieser Umfrage lassen vermuten, dass die Mitglieder sowohl den guten Informationsaustausch bewerteten als auch ihr persönliches Interesse am Thema zum Ausdruck gebracht haben.

Bedingungsloses Grundeinkommen



Für diese Arbeit von entscheidender Wichtigkeit ist das Ergebnis der Bewertung der internen Kommunikation zum Thema *bedingungsloses Grundeinkommen*. Von allen abgefragten Themenfeldern schnitt hier die Bewertung am uneinheitlichsten ab. So verteilen sich die Benotungen auf alle Antwortmöglichkeiten – und überschreiten dabei erstmals nicht die Bewertungsanzahl von 100. Diesbezüglich lässt sich im Vergleich zu allen vorherigen Ergebnissen keine Tendenz ablesen. Wird jedoch auch hier die Zentrierung der Antworten um die Note 3 als Bewertungsmaßstab genommen, kann – im Vergleich zu den Themen *Krieg in Afghanistan* oder *Rente mit 67* – daraus geschlossen werden, dass die Unschlüssigkeit entweder auf ein unterschiedliches bzw. mangelndes Interesse am Thema zurückzuführen oder eben durch einen ungenügenden Informationsaustausch zustande gekommen ist.

Die weitere Auswertung des Fragebogens wird die hier aufgestellten Thesen näher untersuchen.

Seit der Gründung im Jahre 2007 besitzt die Partei DIE LINKE. kein Parteiprogramm. Bis zur avisierten Beschlussfassung im Jahr 2011 wird parteiintern ein Programm erarbeitet und es gelten derweil die sogenannten Programmmatischen Eckpunkte (siehe Kapitel 4). Darin wird sowohl die Grundsicherung als auch das Grundeinkommen thematisiert. Die Frage 2 dient der Untersuchung, inwieweit die Parteimitglieder Kenntnis von den einzelnen Eckpunkten haben und inwieweit sie sich bereits eine eigene Meinung zum Themenkomplex gebildet haben.

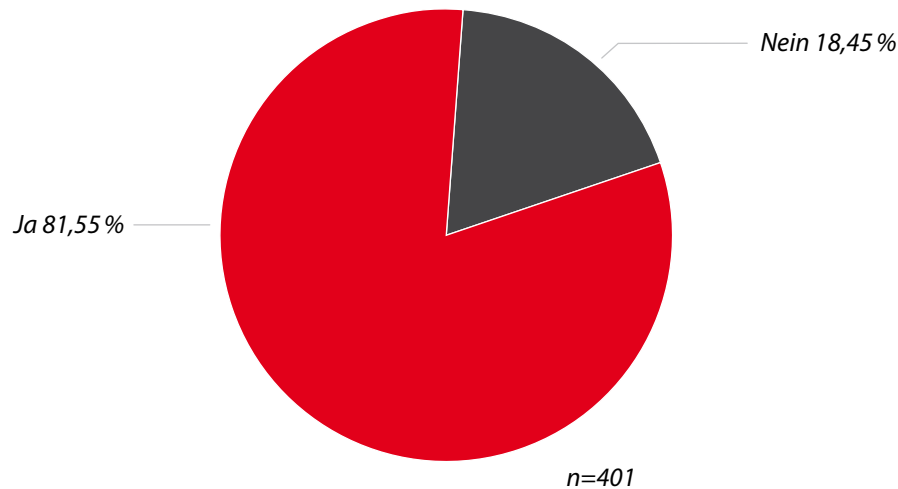
Programmatischer Eckpunkt „Bedingungsloses Grundeinkommen“

2. In den Programmatischen Eckpunkten* befindet sich unter „III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus“ ein Punkt 3 „Sozialsysteme: Sicherung und Förderung für jede und jeden statt Zwang und soziale Spaltung“ der folgende Satz:

„Wir treten ein für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung. [...] Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen.“

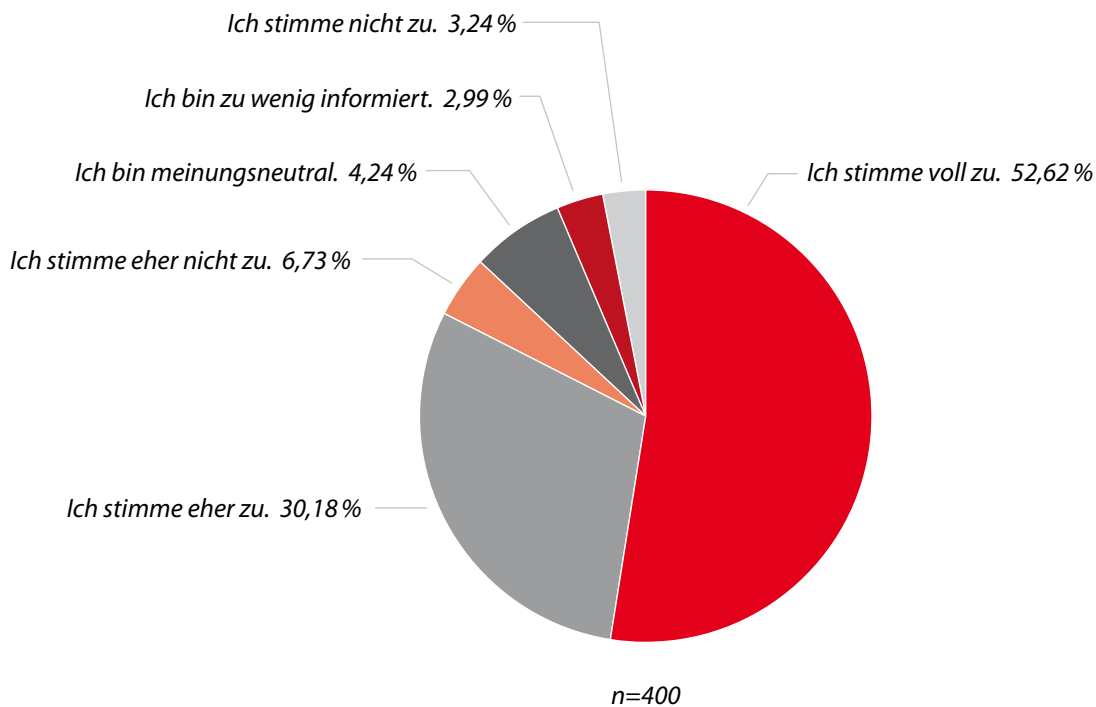
* Bestätigt durch den Gründungsparteitag am 16. Juni 2007

Ist Dir dieser Punkt bekannt?



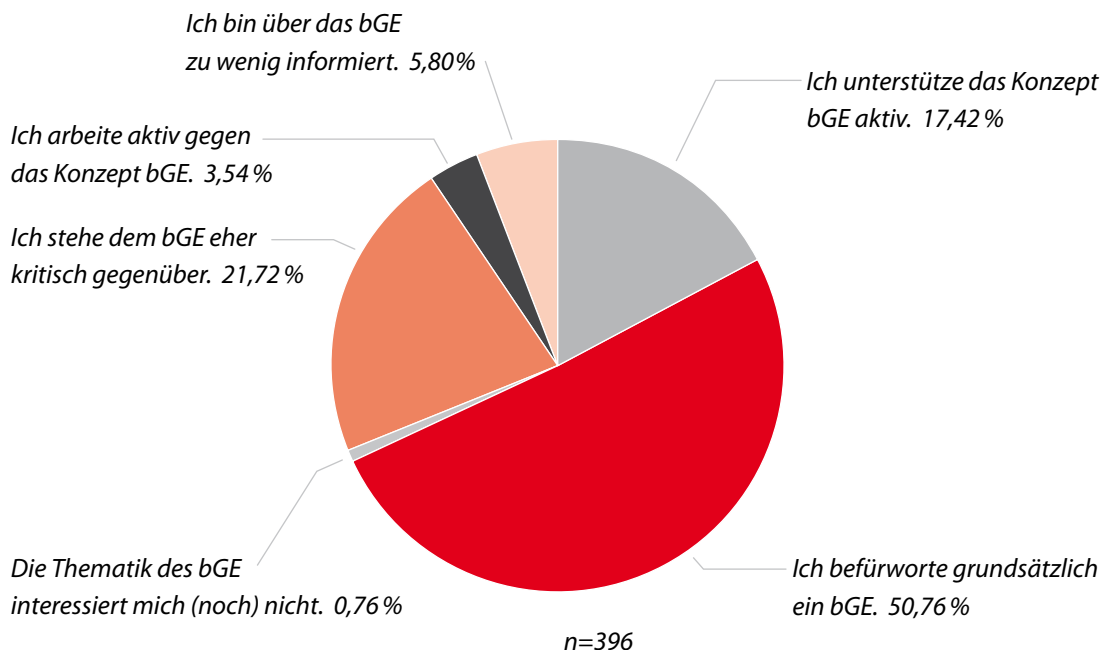
Das Ergebnis zeigt, dass weit über drei Viertel der Mitglieder den *Punkt III/3* in den Programmatischen Eckpunkten kennen und auch von einer Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen wissen. Ob diese Diskussion allerdings intern oder extern stattfindet, und wer mit der offenen Beschreibung „unterschiedliche Partner“ gemeint ist, lässt die Formulierung offen. Nachdem jedes Mitglied auf denselben Kenntnisstand gebracht wurde, sollte die Teilnehmende ihre persönliche Meinung zum Punkt Grundsicherung abgeben.

2.1. Wie ist Deine persönliche Meinung zum Parteiziel, „eine bedarfsorientierte, repressionsfreie soziale Grundsicherung einzuführen“?



Es sprechen sich tendenziell weit über drei Viertel der Parteimitglieder für das Parteiziel aus – rund 53 Prozent stimmen voll zu; rund 30 Prozent stimmen eher zu –, was eine absolute Mehrheit darstellt. Nur circa 3 Prozent geben an, über das Thema zu wenig informiert zu sein. Im Weiteren wurde nach der Einstellung zur zweiten möglichen Mindestsicherung, dem diskussionswürdigen bedingungslosen Grundeinkommen, gefragt.

2.2. Welche persönliche Meinung vertrittst du bezüglich der Thematik „bedingungsloses Grundeinkommen (bGE)“?



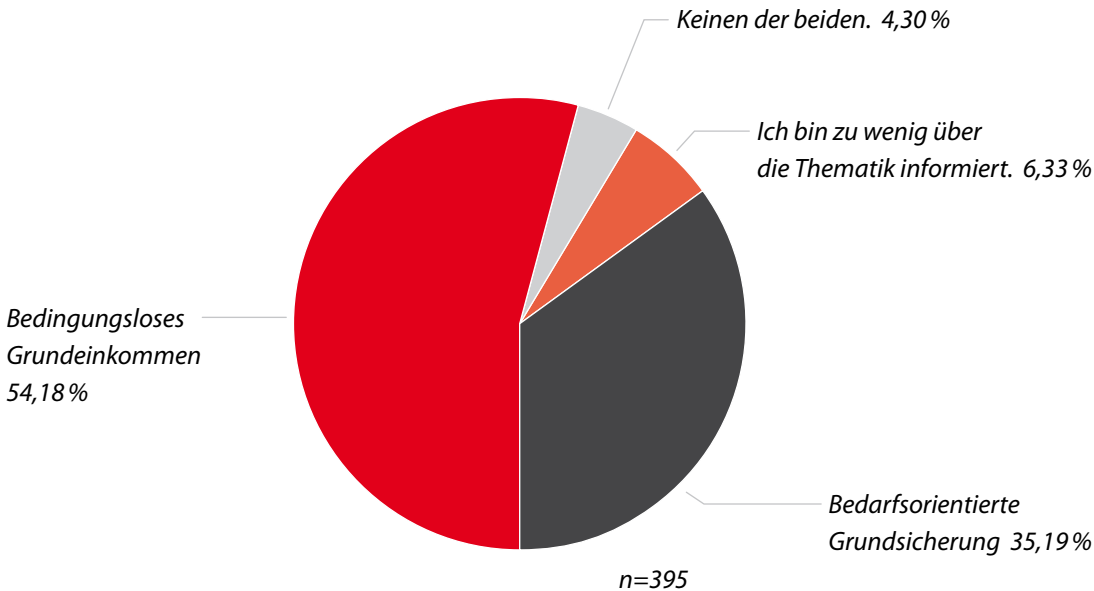
Nachdem sich circa 83 Prozent der Befragten für die linke Grundsicherung aussprachen, gaben rund 68 Prozent der Umfrageteilnehmerinnen an, das Konzept des bGE entweder aktiv zu unterstützen oder es grundsätzlich zu befürworten. Im Vergleich zu den circa 26 Prozent, die dem bGE eher kritisch gegenüberstehen bzw. aktiv dagegen arbeiten, eröffnet das Ergebnis klar die Möglichkeit, die Forderung nach einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen auszubauen.

Gut 6 Prozent der Parteimitglieder gaben an, zu wenig über die Thematik informiert zu sein. Die letzten beiden Fragen nach der Meinung zur linken Grundsicherung und zum bedingungslosen Grundeinkommen erfolgten separat, um einerseits der Formulierung in *Punkt III/3* gerecht zu werden sowie andererseits die Teilnehmenden auf die nächste Frage vorzubereiten. Hierbei wird eine direkte Entscheidung zwischen beiden Forderungen abgefragt.

2.3. In den Programmatischen Eckpunkten wird unter „V. Nachbemerktungen“ folgende offene, weiter zu diskutierende Frage gestellt:

„Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu fordern, oder ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger zu verlangen?“

Welchen Standpunkt vertrittst Du persönlich?



Die absolute Mehrheit von über 50 Prozent der befragten Parteimitglieder sprach sich für die Forderung eines Rechtsanspruches auf ein bGE aus. Im Gegensatz dazu befürwortet jede Dritte eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Wiederum 6 Prozent gaben an, zu wenig über das Thema informiert zu sein. Nach den letzten drei Fragen gestaltet sich die Interpretation der Ergebnisse schwierig. Obwohl sich die Befürworterinnen eines bedingungslosen Grundeinkommens immer noch in der Mehrheit befinden, muss diesbezüglich dennoch eine fallende Tendenz festgestellt werden. Befürworteten bei Frage 2.2. noch 51 Prozent das bGE oder arbeiteten 17 Prozent sogar aktiv für das bGE, so reduzierte sich bei der Entscheidung zwischen beiden Mindestsicherungsmodellen die prozentuale *Pro-bGE-Fraktion* um 12 Prozent. Im Vergleich dazu vergrößerte sich der Kreis der Grundsicherungsbefürworterinnen um 10 Prozent. Ein Grund dafür könnte in der Formulierung der zitierten Fragestellung liegen, die noch einmal den groben Unterschied herausstellte. So lässt sich mutmaßen, dass für mindestens ein Zehntel der befragten Parteimitglieder die genaue Charakteristik beider Mindestsicherungsmodelle nicht eindeutig bekannt ist.²⁴⁴

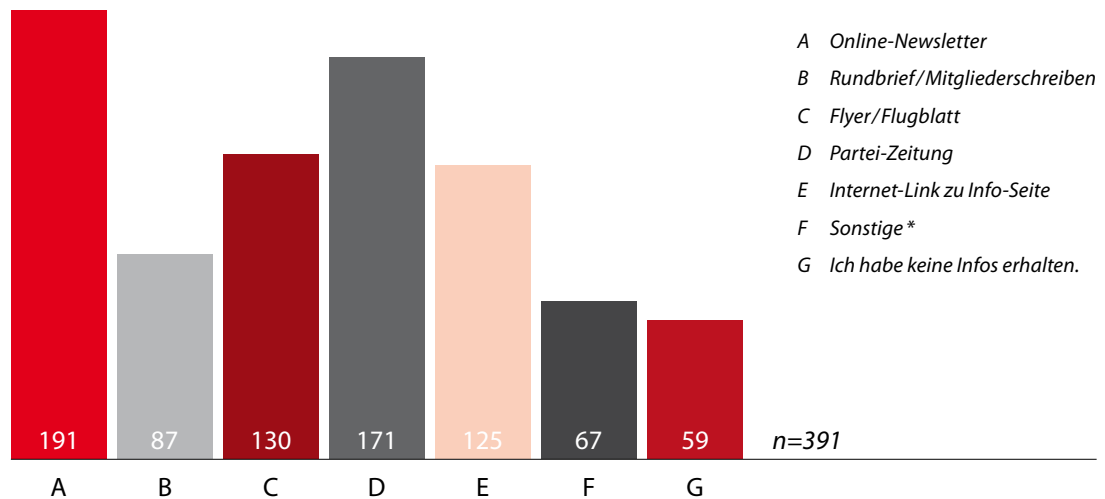
²⁴⁴ Eine im Voraus detaillierte Erläuterung der Wesensmerkmale beider Modelle hätte womöglich die Dissonanz gemindert, jedoch den Umfang des Fragebogens und eventuell die Abbruchrate vergrößert.

Interne Kommunikation zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen

Die nächsten Fragen dienten der Untersuchung der Präsenz des Themas bGE in der internen Kommunikation der Partei DIE LINKE. Dabei wurde abgefragt, inwieweit und in welcher Form eine Auseinandersetzung mit der Thematik seit 2007 parteiintern stattgefunden hat.

3. Über welche innerparteilichen Medien wurden Dir – seit Parteigründung im Jahr 2007 – Informationen zum Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens (bGE) zugesendet?

(Mehrere Nennungen möglich)

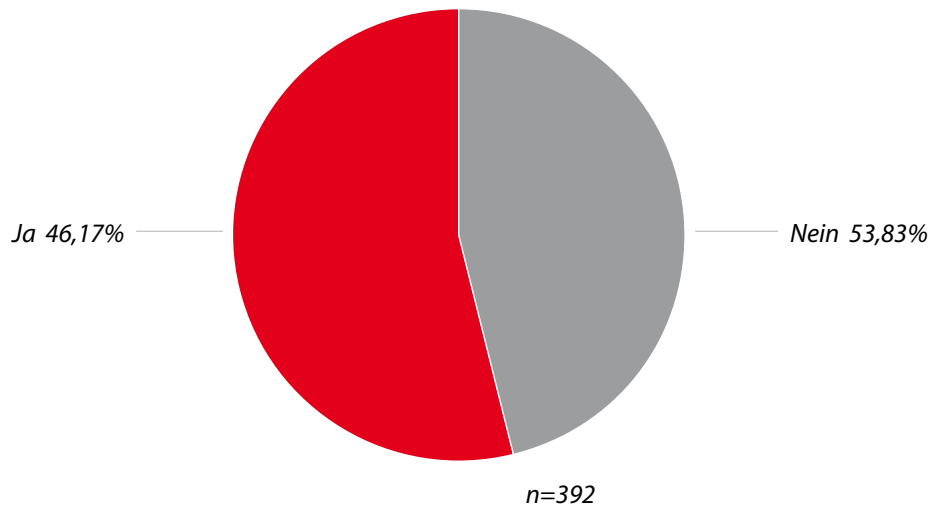


* Als sonstige Medien wurden ein Informationsstand der BAG Grundeinkommen sowie E-Mails und Gespräche zwischen Parteigenossen genannt.

Die Mitglieder gaben an, einerseits über die klassischen Kommunikationsmedien Parteizeitung *DISPUT* und Flugblatt/Flyer, andererseits verstärkt über die *neuen Medien* in Form von Online-Newsletter und Links zu themenspezifischen Internetseiten über das (b)GE informiert worden zu sein. Die wahrgenommene Präsenz des Themas im *DISPUT* lässt darauf schließen, dass die Auseinandersetzung mit dem bGE sowohl von der Parteiführung als auch von der BAG Grundeinkommen in die Mitgliedschaft getragen wurde.

Eine weitere Kommunikationsmöglichkeit und Austauschplattform für Parteimitglieder sind die regelmäßig stattfindenden Treffen. Ob, wie und zu welchem Anlass es dabei eine thematische Diskussion zum bGE gab, wurde durch folgende Fragestellungen herausgefunden.

4. Hast Du persönlich seit 2007 bei parteiinternen Veranstaltungen an Diskussionen zum Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen – aktiv oder passiv – teilgenommen?

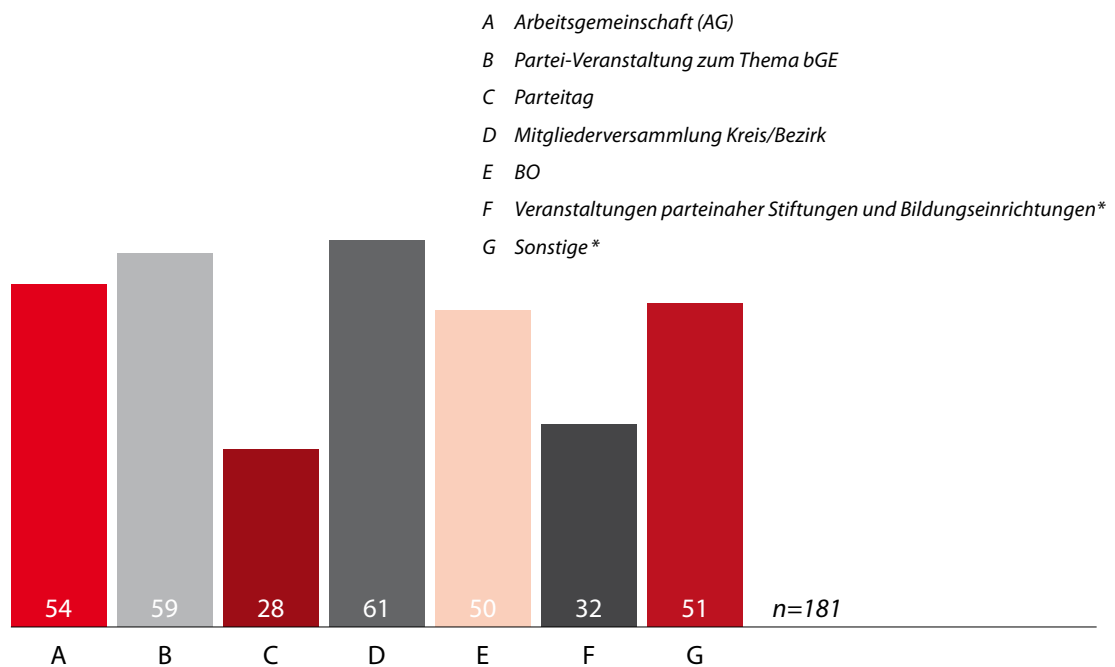


Das bei dieser Frage beinahe paritätische Verhältnis lässt zwei Schlussfolgerungen zu: Die Veranstaltungsangebote zum Thema bGE wurden nicht genutzt – das kann aus Desinteresse oder aus terminlichen bzw. privaten Gründen geschehen sein oder es bestand kein Angebot einer bGE-Veranstaltung. Ein installierter *Ja-Filter* ließ die 181 Veranstaltungsteilnehmerinnen vier zusätzliche Fragen beantworten.

Bei der folgenden Fragestellung wurden die Parteimitglieder gebeten, zusätzlich das Datum der jeweiligen Veranstaltung anzugeben, um Schlüsse auf die Häufigkeit der thematischen Auseinandersetzung ziehen zu können. Hierbei konnten nur die Daten ausgewertet werden, die neben der Nennung des Ortes auch eine Jahreszahl preisgaben.

4.1. Du hast angegeben, dass das Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen in einer oder in mehreren Partei-Veranstaltungen diskutiert wurde. Welche Veranstaltungen waren das im Speziellen?

Wenn möglich bitte Monat/Jahr in das Textfeld eingeben. Wenn ja, wann circa ...
(Mehrere Nennungen möglich)



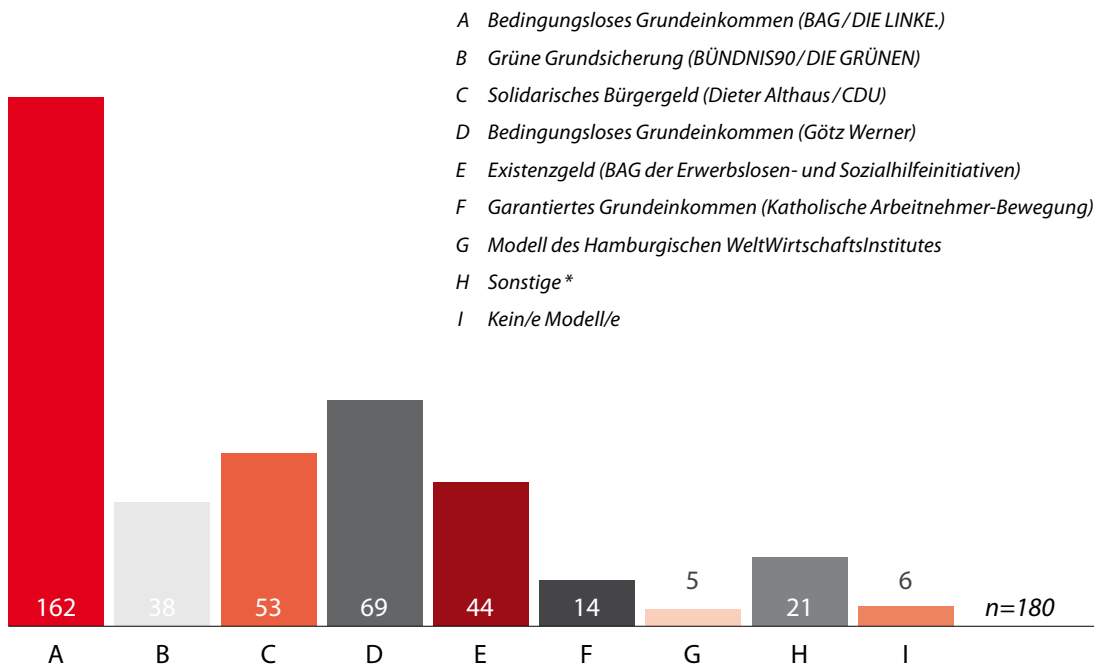
* Das Feld *Sonstige* wurde dafür benutzt, um Veranstaltungen zu nennen, die nicht von der Partei DIE LINKE. bzw. der BAG Grundeinkommen initiiert wurden.

Die wenigen angegebenen Veranstaltungsorte wurden im gesamten Bundesgebiet lokalisiert, so dass eine regionale Ballung einer Themenpräsenz nicht festgestellt werden konnte. Die angegebenen Monats- und Jahreszahlen zeigten ein stetiges Ansteigen der Themenpräsenz bei jeder abgefragten Veranstaltungsart innerhalb der Partei DIE LINKE. im Zeitraum 2007 bis 2009. Das relativ gute Ergebnis darf allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass über die Hälfte der Befragten angaben, von der Thematik nicht einmal in regelmäßig stattfindenden Mitgliederversammlungen gehört zu haben – und das innerhalb von drei Jahren!

Die nächste Frage fand heraus, welche der vielen Grundeinkommensmodelle in den parteiinternen Veranstaltungen thematisiert wurden und welche Rolle dabei das parteieigene Konzept des bGE einnimmt.

4.2. Über welche Grundeinkommensmodelle wurde diskutiert bzw. welche Modelle wurden vorgestellt?

(Mehrere Nennungen möglich)

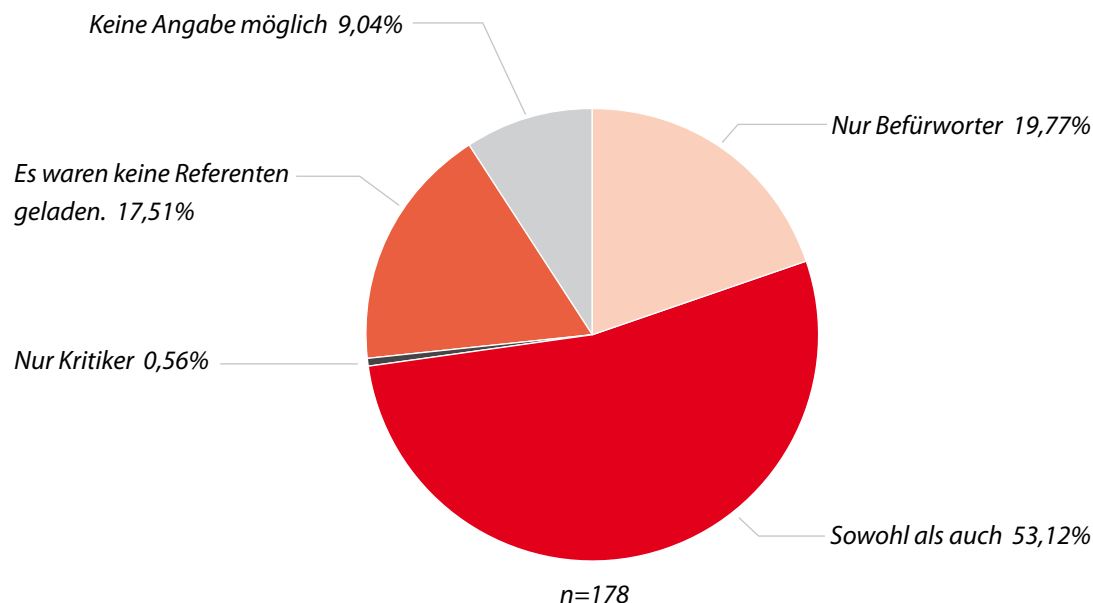


* Zudem wurden das Modell von Matthias Dilthey, die Eckpunkte zum Grundeinkommen von attac, das Liberale Bürgergeld der FDP sowie die negative Einkommenssteuer nach Milton Friedman genannt. Die beiden Letzteren wurden bei der Umfrage nicht in die Liste der Modelle aufgenommen, da es sich dabei, wie in Kapitel 1 dieser Arbeit bereits erläutert, um keine Formen eines Grundeinkommens handelt. Eine Übersicht aller derzeit diskutierten Modelle befindet sich im Anhang – Anlage 1.

Wenn über Grundeinkommensmodelle in linken Veranstaltungen diskutiert wurde, dann lag der Fokus auf dem *hauseigenen* Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. Die Nennung der anderen Modelle lässt vermuten, dass die unterschiedlichen Merkmale im Vergleich zu Diskussionen geführt haben. Diese Auseinandersetzungen sind innerparteilich wichtig, um zum einen Informationen zu übermitteln und zum anderen den Prozess der Meinungsfindung bis zu einem angestrebten Konsens voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass während der Veranstaltung Zweifel und Kritik zum Ausdruck gebracht werden können und somit Referenten geladen werden, die unterschiedliche Positionen zu dem Thema einnehmen.

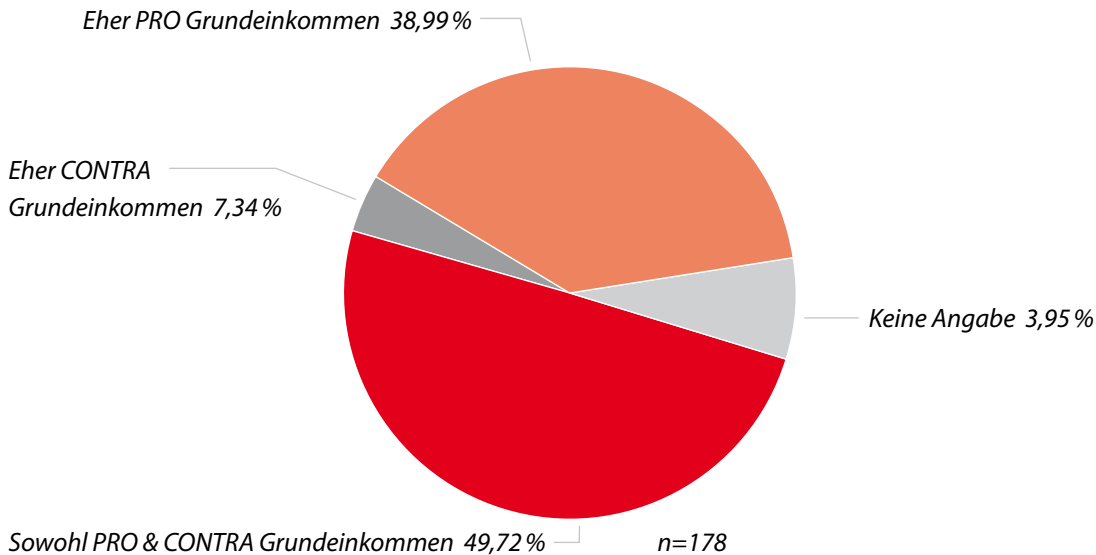
4.3. Falls zu den Veranstaltungen Referenten bzw. Experten eingeladen wurden, handelte es sich dabei um Personen, die dem (bedingungslosen) Grundeinkommen eher kritisch gegenüberstanden oder es eher befürworteten?



Das Ergebnis macht deutlich, dass größtenteils Expertinnen mit unterschiedlichen Positionen in Bezug auf das (b)GE geladen wurden, was für die demokratische Meinungsfindung förderlich ist. Dass zum Teil nur Befürworterinnen eingeladen wurden, lässt darauf schließen, dass sich die Parteimitglieder womöglich von Vertreterinnen der BAG Grundeinkommen über die Thematik informieren lassen wollten. Nahmen keine Referenten an den Veranstaltungen teil und wurde dennoch über das Thema debattiert, spricht das möglicherweise für ein generelles Interesse der Mitgliedschaft an einer Auseinandersetzung mit dem (b)GE.

Auch wenn die Wahrnehmung der Parteimitglieder der Subjektivität unterworfen ist, so lässt sich aus der Beobachtung dennoch ein Stimmungs- und Meinungsbild erzeugen. Aus diesem Grund wurde die folgende Frage gestellt.

4.4. Wie würdest Du das von Dir wahrgenommene Stimmungsbild der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Diskussionen über das (bedingungslose) Grundeinkommen beschreiben?

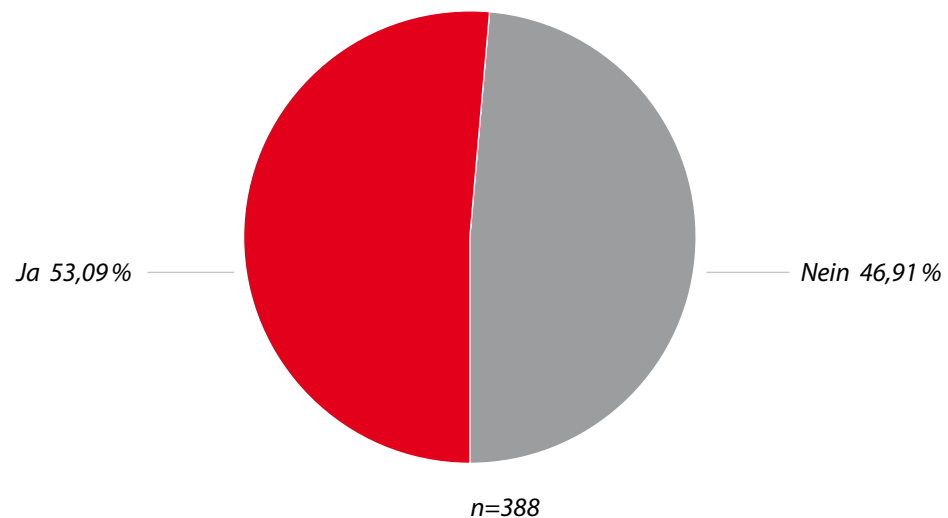


Der erste Blick auf das Resultat erweckt den Eindruck, dass die Parteimitglieder bei der Thematisierung des (b)GE während der Veranstaltungen tendenziell PRO Grundeinkommen eingestellt waren. Wird der Wert der Themenauseinandersetzung in der Arbeitsgemeinschaft (siehe Frage 4.1.) mit dem Ergebnis dieser Frage verglichen, kann vermutet werden, dass hier die PRO-Wahrnehmung der Befürworterinnen eines (b)GE in ihrer persönlichen aktiven Mitarbeit begründet liegt. Blendet man diesen Umstand aus, ist ein mehrheitlich wahrgenommener Meinungszwiespalt abzulesen.

Mit Frage 5 wurde der installierte Filter aufgehoben, so dass alle Parteimitglieder an der Beantwortung der übrigen Fragestellungen teilnehmen konnten.

Auch wenn die Mitgliedschaft angab, die hier abgefragten *Programmatischen Eckpunkte* zu kennen sowie sich eine persönliche Meinung dazu gebildet zu haben, sollte die nächste Frage herausfinden, ob das parteiintern erarbeitete Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens der BAG Grundeinkommen bekannt ist.

5. In der Partei DIE LINKE. hat die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen ein Konzept „Bedingungsloses Grundeinkommen“ erarbeitet. Ist Dir dieses Konzept bekannt?



Dieses überraschende Ergebnis macht eines deutlich: Es herrscht in der Partei DIE LINKE. ein unübersehbares Kommunikationsdefizit in Bezug auf die Arbeit des parteieigenen Zusammenschlusses BAG Grundeinkommen. Diesem Defizit liegt scheinbar ein mangelnder Informationsaustausch zwischen Parteiführung und der Mitgliederbasis zugrunde. Fast die Hälfte der Parteimitglieder kennt das parteieigene Konzept nicht. Werden bei den *Ja*-Werten in diesem Zusammenhang noch die Mitglieder abgezogen, die angaben, die Idee des bGE aktiv zu unterstützen (69 der Befragten) **oder/und** aufgrund ihres Engagements in einer Arbeitsgemeinschaft Grundeinkommen (54 der Befragten) das Konzept definitiv kennen, wird das Konzept von weit mehr als 50 Prozent nicht gekannt. An dieser Stelle sollen Vermutungen angestellt werden. Hierbei sind mindestens drei Motive für diese Aussage denkbar. Erstens: Die Parteimitglieder haben kein Interesse am Thema und kennen aus diesem Grund das Konzept nicht. Zweitens: Das erarbeitete Konzept der BAG Grundeinkommen wurde von der Arbeitsgemeinschaft nicht der Parteiführung zur Veröffentlichung und parteiinternen Diskussion zur Verfügung gestellt. Drittens: Der Parteivorstand und die von ihm weisungsentgegennehmende Geschäftsführung samt ihrer Presseverantwortlichen veröffentlichten weder das Konzept noch die Arbeitsergebnisse der BAG Grundeinkommen und unterbanden so den offenen Meinungsaustausch innerhalb der Partei. Letzteres wäre satzungswidrig und ist demnach eher unwahrscheinlich, da der Parteivorstand durch die §§ 7, 18 und 20 der Bundessatzung zur Unterstützung und aktiven Einbeziehung der bundesweiten Zusammenschlüsse verpflichtet ist.

Die zweite Ursache ist ebenso unwahrscheinlich, setzen sich die Mitglieder der BAG Grundeinkommen doch verstärkt für eine Themendebatte innerhalb der Partei ein. Zudem sind sie bestrebt, die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen im zukünftigen Parteiprogramm zu verankern. Inwieweit Arbeitsergebnisse und vor allem das Konzept der BAG Grundeinkommen der Mitgliedschaft über die parteiinternen Verteiler zur Verfügung gestellt wurde, kann im Rahmen der Arbeit nicht geklärt werden.

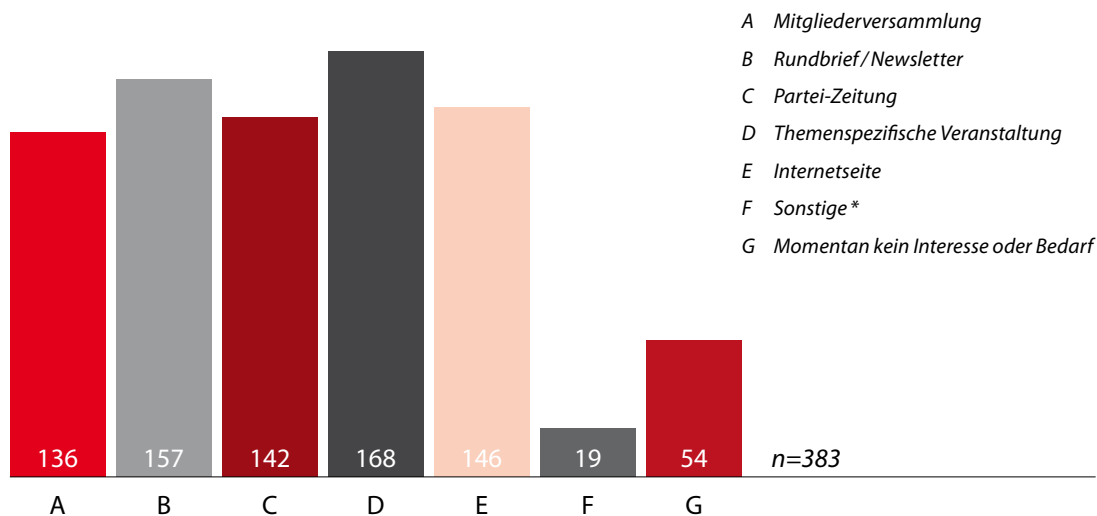
Wird sich bei der Untersuchung dieser Ursache auf die Frage 2.2. gestützt, hat dort nicht einmal 1 Prozent der Befragten angegeben, am Thema nicht interessiert zu sein (dazu auch die folgenden Fragen 5.1., 7. und 8.1.).

Letztlich stellt sich die tiefergehend zu untersuchende Frage: Gibt es noch andere Ursachen für das vermutete interne Kommunikationsdefizit zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE. oder bestätigt sich die Vermutung, dass die Arbeitsergebnisse der BAG Grundeinkommen nicht in die Parteiarbeit einbezogen werden?

In Frage 5.1. wurden die Umfrageteilnehmenden bereits nach den Kommunikationsmedien befragt, über die sie Informationen über das bGE erhalten haben. Die nächste Frage untersuchte, ob und in welcher Form sich Parteimitglieder Informationen der und über die BAG Grundeinkommen wünschen.

5.1. Auf welchem internen Weg würdest Du Dir als Mitglied der Partei (mehr) Informationen über die Arbeit der BAG zum Thema bGE wünschen?

(Mehrere Nennungen möglich)

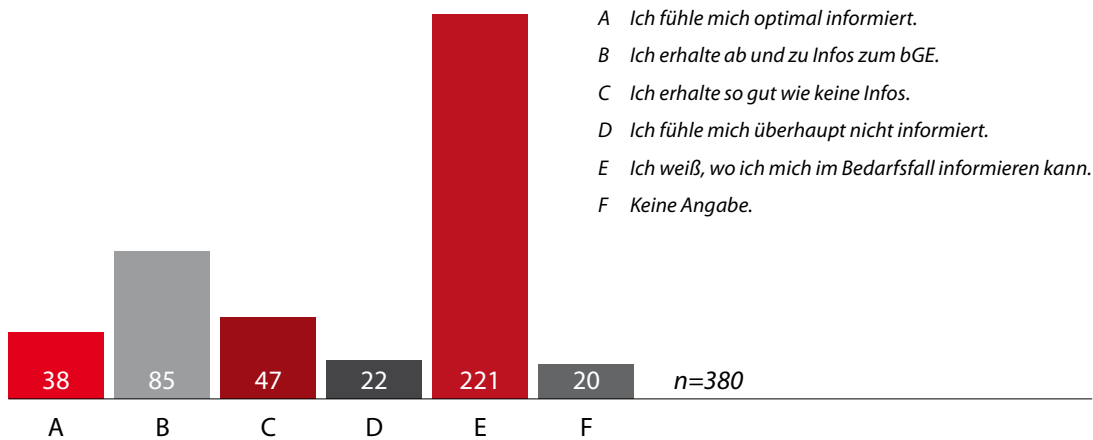


* Im Feld *Sonstige* wurden themenspezifische Mitteilungen und Stellungnahmen von den einzelnen Fraktionen gewünscht. Des Weiteren sollen Flyer und Broschüren erstellt und bundesweit verteilt werden. Veröffentlichung (z.B. von Leserbriefen) in parteiinternen Medien könnte die interne Meinungsfindung stimulieren. Ebenso wird um die Ausdehnung von regionalen Diskussionsveranstaltungen gebeten – wenn möglich mit Vertreterinnen der BAG Grundeinkommen und Kritikerinnen.

Das Resultat drückt zum einen das Interesse an Informationen aus und zum anderen den Wunsch nach persönlichen Diskussionsmöglichkeiten in der Mitgliederversammlung sowie themenspezifischen Veranstaltungen.

Mit Hilfe der nächsten Frage wurde untersucht, wie Parteimitglieder die interne Kommunikation zum bGE bewerten. Darüber hinaus konnte angegeben werden, ob bei Informationsbedarf interne Quellen bekannt sind.

6. Wie bewertest Du generell die interne Kommunikation der Partei zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen?



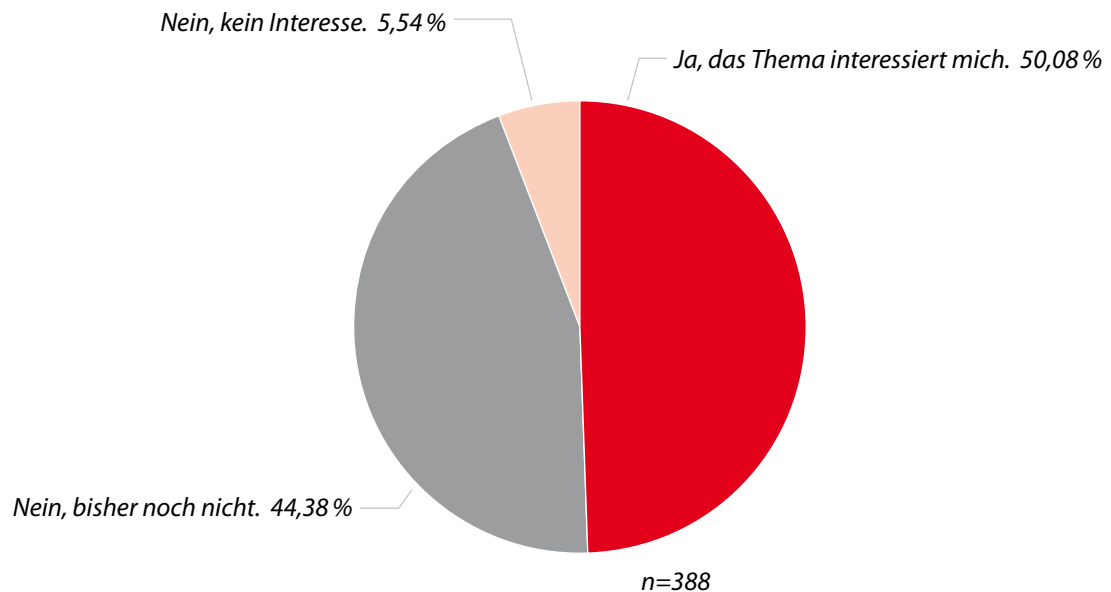
Die sehr ausgewogene Verteilung der Antworten lässt vermuten, dass die interne Kommunikation zu dem Thema weder kontinuierlich noch über einen zentralen Informationskanal, der alle Mitglieder gleichermaßen erreicht, läuft. Und obwohl die Mitgliederzeitung *DISPUT* in Frage 5.1. als eine der wichtigsten Informationsquellen zum bGE angeführt wurde – und im Grunde jedes Mitglied erreichen sollte – scheint das bGE nicht oft auf der Agenda der Redaktion zu stehen. Fast 60 Prozent der Befragten gaben allerdings an, dass sie wissen, wo sie sich bei Informationsbedarf intern erkundigen müssen.²⁴⁵

Obwohl während der Beantwortung des Fragebogens für die Teilnehmenden bereits mehrmals die Möglichkeit bestand, ihrem themenbezogenen Desinteresse Ausdruck zu verleihen, wurden die folgenden Fragen konzipiert, um die Parteimitglieder direkt und tiefergehend zu ihrem Interesse zu befragen. Dabei sollten Tendenzen sichtbar werden, die auf eine Themen- und Interessenssensibilisierung in der Partei DIE LINKE. schließen lassen.

²⁴⁵ Selbstkritisch muss angemerkt werden, dass eine präzisere Fragestellung nach dem Sender der Informationen sowie einer persönlichen Diskussionsteilnahme zum bGE mehr Aufschluss und somit mehr Interpretationspotenzial ergeben hätte.

7. Hast du seit 2007 in eigenem Interesse nach Informationen zum Thema (bedingungsloses) Grundeinkommen gesucht?

Falls ja, bitte Quelle angeben.*

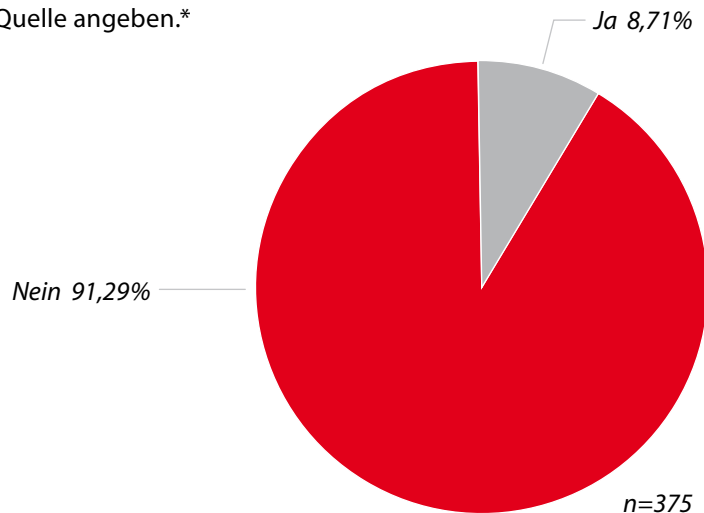


* Der Großteil der Mitglieder bezieht weitere Informationen über das Internet. Hier wurden u.a. Webseiten wie *grund einkommen.de*, *archiv-grundeinkommen.de*, *netzwerk-grundeinkommen.de*, *scharf-links.de*, *attac.de* und das *Sozialforum Deutschland* sowie Online-Presseanbieter und Suchmaschinen genannt.

Das Ergebnis spiegelt ein eindeutiges Interesse am Thema wider. Nur knapp 6 Prozent schenken dem bGE keine Beachtung. 44 Prozent der Parteimitglieder gaben zumindest an, sich bisher noch nicht mit der Thematik auseinandergesetzt zu haben. Wie kann dieser Wert zustande kommen, wenn das bGE intern kommuniziert wird? Aus dem Ergebnis kann geschlussfolgert werden, dass durch die Partei und in Hinblick auf den verankerten Diskussionswillen in den Programatischen Eckpunkten keine Interessenssensibilisierung für das bGE stattgefunden hat. Allem Anschein nach wird die interne Diskussion vor allem – möglicherweise ausschließlich – durch die Arbeit der BAG Grundeinkommen vorangetrieben. Diese Annahme würde die Aussage einer Sprecherin der BAG in Kapitel 4.5.2. untermauern.

8. Sind Dir Studien über das Meinungsbild von Bürgerinnen und Bürgern, der DIE LINKE.-Wählerschaft oder Parteimitgliedern zum bGE bekannt?

Falls ja, bitte Quelle angeben.*



* Obwohl 33 Mitglieder angaben, Kenntnisse über Studien zum Meinungsbild bzw. Umfrageergebnisse zum bGE zu haben, konnten nur wenige Hinweise näher untersucht werden. So wurde auf Umfrageergebnisse von attac und dem Projekt Jovialismus²⁴⁶ (Philosophie des Wohlwollens) der *Initiative pro Mensch e. V.*, auf einen Artikel von Jens Eberhard Jahn „Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS“ in der Monatszeitschrift *UTOPIE kreativ*²⁴⁷ der Rosa Luxemburg Stiftung sowie eine repräsentative, unveröffentlichte Studie der Partei DIE LINKE. verwiesen.

Trotz Recherchen konnten die ersten beiden Hinweise auf angebliche Umfrageergebnisse nicht bestätigt werden. Die Existenz, der von einigen Mitgliedern erwähnten Umfrage in der Parteienwählerschaft wurde von der Leiterin für Öffentlichkeitsarbeit der Partei DIE LINKE., Claudia Gohde, nicht bestätigt. Vom Vorhandensein einer nicht öffentlichen Studie zum Meinungsbild über das Grundeinkommen ist allerdings Ronald Blaschke überzeugt.²⁴⁸ So verweist er bei seinen Vorträgen und in seiner aktuellen Veröffentlichung auf einen Ausschnitt jener Umfrage, die am 30. Juni 2009 in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. den Abgeordneten präsentiert worden ist. Bei dieser durch die Partei beauftragten Erhebung mittels Interview im Zeitraum Mai bis Juni 2009 sollen insgesamt 1513 Wählerinnen befragt worden sein.²⁴⁹

Aussage 1: „Es ist auf längere Sicht nicht mehr genug Arbeit für alle da. Deshalb ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens notwendig.“ 87 Prozent der Wählerschaft der DIE LINKE. soll dieser Aussage zugestimmt haben.

²⁴⁶ Siehe <http://www.iovia-lis.org/?id=7&lang=de>

²⁴⁷ Zeitschrift wurde im Dezember 2008 eingestellt. <http://www.linksnet.de/de/organisation/utopiekreativ> [Letzter Aufruf: 13.05.2010]

²⁴⁸ vgl. Blaschke (2010): S. 378f.

²⁴⁹ Siehe Anlage 8

Aussage 2: „Jeder sollte ein Grundeinkommen beziehen.“ Dieser Auffassung sollen 86 Prozent der Wählerinnen der DIE LINKE zugestimmt haben – davon 59 Prozent voll und 27 Prozent eher.

Der Versuch einer Kontaktaufnahme mit Jens Eberhard Jahn, versehen mit der Bitte um Zusendung seiner Umfrageergebnisse, blieb unbeantwortet. Jedoch konnte sein Artikel in der mittlerweile eingestellten Zeitschrift der Rosa Luxemburg Stiftung *Utopie kreativ* gefunden werden.²⁵⁰ Jahn verweist darauf, dass seine Untersuchung nur Trends erkennen lässt und keine Repräsentativität besitzt. Seiner Einschätzung nach bestand die Gruppe der Befragten sowohl aus Wählerinnen als auch aus Parteimitgliedern der damaligen Linkspartei.PDS. Als abhängige Variable benutze Jahn die Einstellungen der Mitglieder gegenüber der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen.

Seine Kernthesen der Umfrage waren:

- ▶ These 15: Alle Menschen sollten – um menschenwürdig leben zu können – steuerfinanziert vom Staat ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro bekommen.
- ▶ These 16: Nur die Bedürftigen (Arbeitslose, Behinderte usw.) sollten eine Grundsicherung von etwa 800 Euro erhalten, sofern sie kein anderes Einkommen haben.
- ▶ These 17: Erst mal müssen alle genug haben, um menschenwürdig leben zu können. Bevor das nicht umgesetzt ist, sollte niemand im Luxus leben dürfen.
- ▶ These 24: Wir brauchen eine Partei, die in Parlamenten die Forderung nach einem Grundeinkommen unterstützt.
- ▶ These 27: Würden alle etwa 800 Euro Grundeinkommen pro Monat erhalten, gäbe es kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

These 27 wurde mehrheitlich von den Teilnehmerinnen abgelehnt. Das Ergebnis machte aber deutlich, dass eine größere Skepsis – noch arbeiten zu gehen, wenn ein Grundeinkommen gezahlt werden würde – unter studierenden Linkswählerinnen (57 %) gegenüber allen anderen Gruppen (20–29 %) besteht.

Im Detail stellte Jahn fest, dass sich besonders eindeutig die befragten Erwerbslosen für ein Grundeinkommen aussprechen. Seine spekulative Vermutung ist, dass „Arbeitslose eben kein Privileg (oder gar Almosen) empfangen wollen, das anderen nicht zusteht, und deshalb für ein Grundeinkommen votieren, das jedem als Menschenrecht zustünde.“²⁵¹ Weiterhin leitet Jahn aus seinen Ergebnissen ab, dass weder die Grundsicherung noch das Grundeinkommen als Themen junger Linkspolitik verstanden werden.²⁵² Zuspruch finden beide Modelle eher bei der älteren Wählerschaft. Auf welche Fragen sich die folgenden Prozentangaben bezogen haben, wird in Jahns Ausführungen im Artikel nicht ersichtlich.

²⁵⁰ Jahn, Jens Eberhard (2007): Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS. In: *Utopie kreativ*. 195. <http://www.rosalux.de/themen/gesellschaftsanalyse/publikationen/publikation/datum/2007/01/03/utopie-kreativ-195/thema/sprachen/sprachen/priorisierung-regional.html> [Letzter Aufruf: 13.05.2010]

²⁵¹ ebd.

²⁵² Anmerkung des Autors: Die vorliegende Studie deutet nach fast sechs Jahren auf neue Trends hin.

Alter	Grundeinkommen	Grundsicherung
Unter 30 Jahre	52 %	57 %
Zwischen 31 und 60 Jahre	64 %	86 %
Über 60 Jahre	64 %	100 %

Eigene Darstellung

Bei Jahn's Datenerhebung wurden des Weiteren Teilnehmerinnen aus Sachsen – die z.T. Vereins- oder Parteimitglieder waren – befragt. These 15 (allgemeines Grundeinkommen) wurde von 81 Prozent der Probanden befürwortet. Im Vergleich zu These 16 (bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung) bestätigten 32 Prozent die Aussage. Insgesamt votierten 51 Prozent der linken Wählerschaft aus Sachsen für ein Grundeinkommen und 70 Prozent für eine Grundsicherung. These 17 (Luxus erst, wenn alle menschenwürdig leben) erreichte eine 83-prozentige Zustimmung bei den über 60-Jährigen.

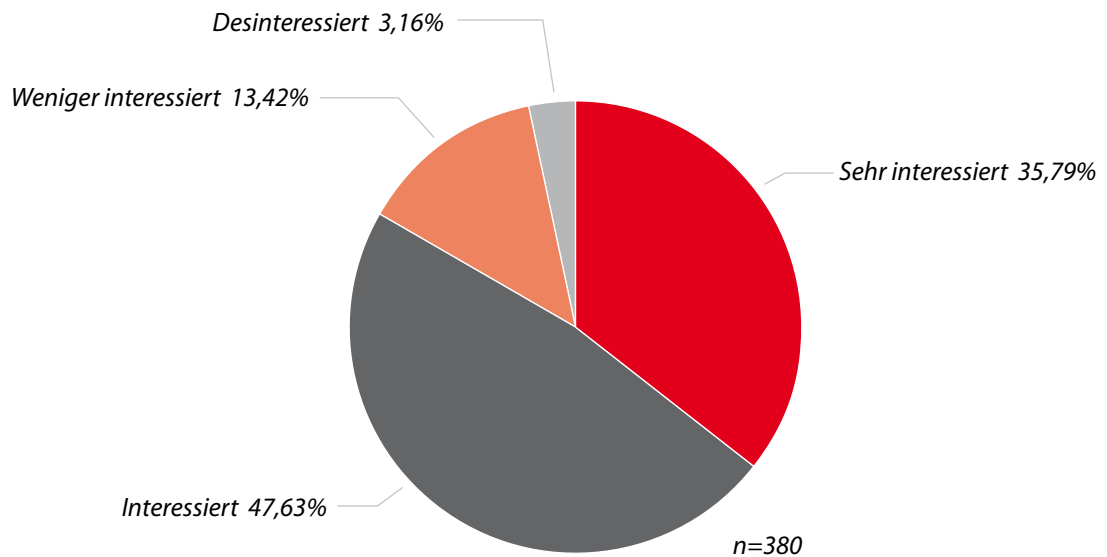
Letztendlich gab Jahn die Ergebnisse der These 24 (parlamentarische Unterstützung) bekannt, die insgesamt große Unterstützung fand – auch bei denjenigen, die weder in Sachsen lebten noch Die Linke.PDS wählten. Dabei hielten die Probanden eine Partei für notwendig, die für ein Grundeinkommen eintritt.

Werden nun die Ergebnisse der nicht öffentlichen Studie (Blaschke) und die Auszüge der teilöffentlichen Erhebung (Jahn) mit den vorliegenden Umfrageresultaten verglichen, kristallisiert sich bei allen drei Umfragen eine mehrheitliche Zustimmung für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen heraus.

90 Prozent der Parteimitglieder gaben an, dass ihnen keine Studien und/oder Ergebnisse von Meinungsumfragen zum Thema bGE bekannt sind. Die generelle Frage, die sich hieraus ergibt, lautet: Wie entscheidet die Führung der Partei DIE LINKE. – mit ihrem Bekenntnis zur Basisdemokratie – über grundlegende Themen oder diskussionswürdige Programmatische Eckpunkte und in Hinblick auf die Erstellung eines Parteiprogramms, ohne die Mitglieder in einem offenen wie transparenten Mitgliederentscheid abstimmen zu lassen?

An die vorangegangene Frage geknüpft, wird im Folgenden das Interesse der DIE LINKE.-Parteimitglieder an einer parteiinternen Studie zum Meinungsbild der Mitgliederschaft abgefragt.

8.1. Wie interessiert wärest du an den Ergebnissen einer von der Partei in Auftrag gegebenen Studie über das Meinungsbild von Parteimitgliedern zum Konzept des bGE?



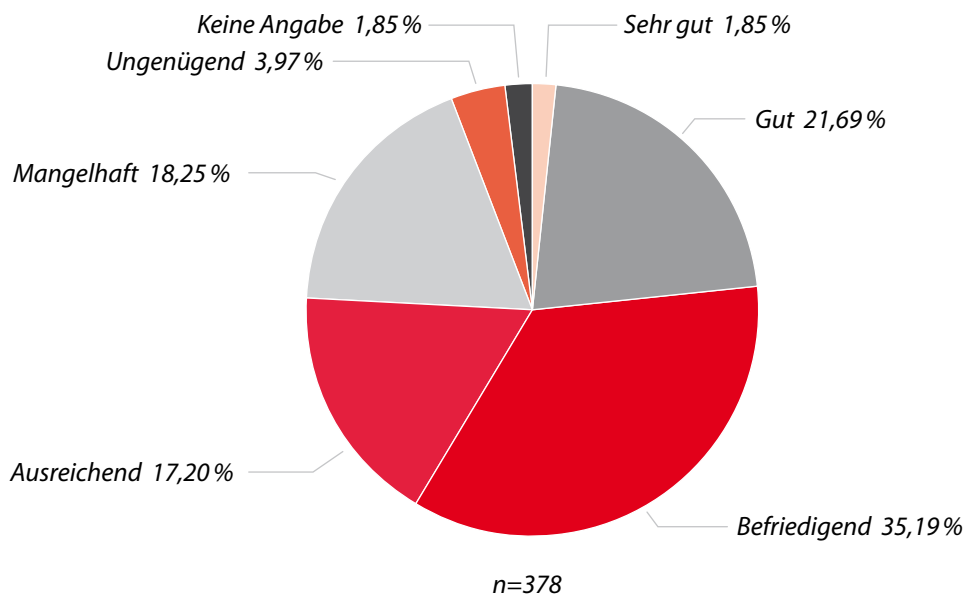
Weit mehr als drei Viertel (84 Prozent) der befragten Mitglieder äußerten zum Teil großes Interesse an einer internen Parteistudie. Auch wenn die vorliegenden Ergebnisse dieser Umfrage keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben, sollte die Partei DIE LINKE, die hier festgestellten Tendenzen als Anlass nehmen, die Einstellungen ihrer Mitglieder zu erfassen und auf demokratischem Weg zu einer Beschlussfassung zu gelangen – immerhin geht es um programmatische Grundlagen, die im Programm und auf lange Zeit von der Basis getragen werden müssen.

Zu guter Letzt hatten die befragten Mitglieder die Gelegenheit, die Qualität der internen Kommunikation *top-down* und *bottom-up* anhand der Schulnoten (1 = sehr gut, 6 = ungenügend) zu bewerten. Die Führungsebenen sind für die Kommunikationsstrukturen und -flüsse in der Partei verantwortlich. Parteienforscher belegen, dass zunehmend die sogenannte *Ein-Weg-Kommunikation* statt der *Zwei-Wege-Kommunikation* in den Parteien praktiziert wird und nur die Informationen verbreitet werden, die in die strategische Ausrichtung der Parteispitze passen. (siehe Kapitel 3 und 4 dieser Arbeit) Über die Wahrnehmung der befragten Parteimitglieder geben die folgenden Ergebnisse Auskunft.

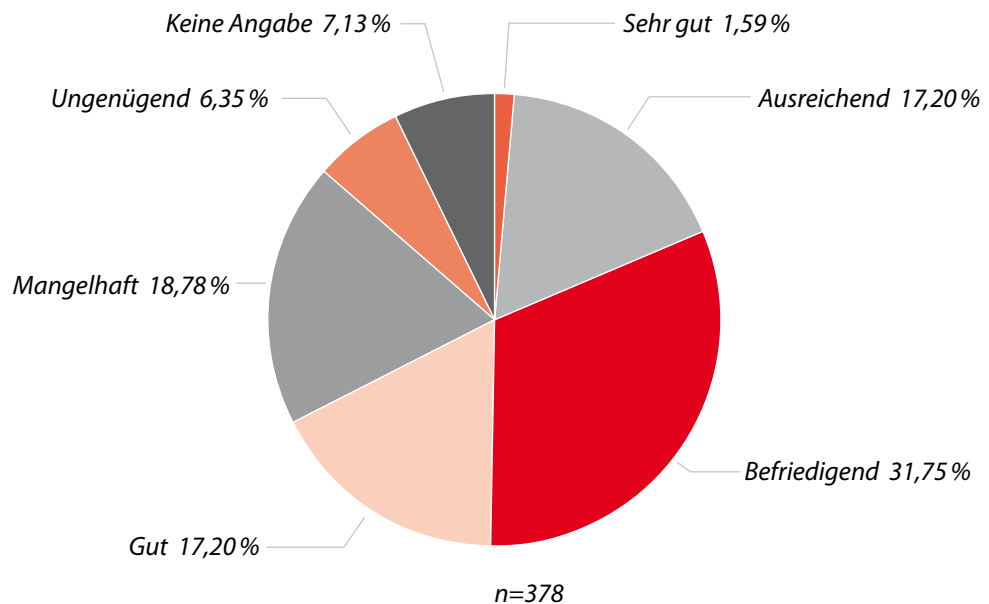
Allgemeine interne Parteikommunikation

9. Wie bewertest Du die generelle Qualität des politischen Kommunikationsflusses innerhalb der Partei?

9a. – von der Parteiführung zur Parteibasis

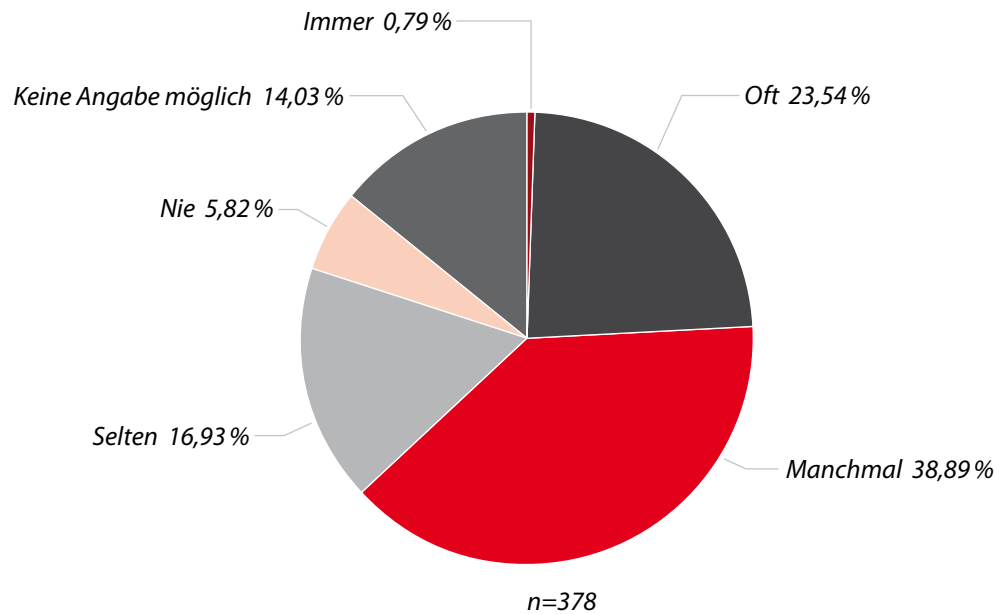


Die äußerst geringe Bewertung mit der Note 1 kann als Signal an die Parteiführung verstanden werden. Hierbei sollte allerdings berücksichtigt werden, dass die Kommunikationsstrukturen der *jungen* Partei DIE LINKE. noch nicht ausgereift sind und sich womöglich im personellen Aufbau befinden. Dennoch muss kritisiert werden, dass sowohl durch die *neuen Medien* als auch durch die Mitgliederzeitung *DISPUT* eine partizipatorische Diskussionskultur zwischen Parteiführung und Mitgliederbasis möglich wäre.

9b. – von der Parteibasis zur Parteiführung

Das Gleiche gilt für die Ergebnisse der Wahrnehmung der politischen Einflussnahme und Verbreitung von Informationen aus der Basis in die Parteispitze. Der Idealfall wird in einer praktizierten *Zwei-Wege-Kommunikation* gesehen. Genauer sollte diesbezüglich die Möglichkeit einer Einflussnahme auf parteiinterne Entscheidungen durch die Parteimitglieder untersucht werden. Angemerkt werden muss an dieser Stelle, dass bei grundlegenden Entscheidungen eine Mobilisierung von mindestens 5.000 Parteimitgliedern zu einem Mitgliederentscheid führen würde. Dieser muss allerdings von Mitgliedern organisiert, kommuniziert und durchgeführt werden. Über die Parteiführung – ob postalisch oder elektronisch – ist dies nur möglich, wenn es einerseits Zugang zum internen Verteiler gibt und zweitens auch finanzieller Spielraum für diese Aktion da ist.

9c. Wie häufig haben Deine politischen Ideen, Ansichten oder Wünsche erfahrungsgemäß einen Einfluss auf die parteiinternen Entscheidungen und finden somit Berücksichtigung?



Da Ideen, Ansichten und Wünsche subjektiv sind, kann die Ballung um den Wert „manchmal“ als normales Ergebnis betrachtet werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass mit dem Erklimmen der innerparteilichen Karriereleiter die Einflussnahme auf politische Entscheidungen tendenziell zunimmt. Die letzte qualitative Fragestellung ermöglichte den teilnehmenden Parteimitgliedern, ihre kritischen oder weniger kritischen Meinungen und Anregungen zu kommunizieren.

10. Hast Du Wünsche, Verbesserungsvorschläge, Lob oder Kritik zur parteiinternen Kommunikation von politischen Informationen?

Auswertung:

Fast die Hälfte aller Umfrageteilnehmerinnen (168 Aussagen) nutzte die Möglichkeit einer Meinungsäußerung, was als Kommunikationsbedürfnis gewertet werden kann. Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen:

Die Mehrzahl der Mitglieder vermisst eine themenstrukturierte Informations- und Austauschplattform sowohl für die Basisorganisationen, als auch auf europäischer Ebene. Dabei soll eine neue oder die bereits existierende Plattform *linksaktiv.de* nicht nur als Podium für themenspezifische Diskussionen fungieren, sondern eine wöchentliche Zusammenfassung aller politischen Entscheidungen bereitstellen. Die gebündelten Diskussionsbeiträge sollen ausgewertet, an die übergeordnete Parteiebene weitergeleitet, dort verarbeitet und *top-down* zurückgeleitet werden. Vor allem besteht der Wunsch nach Rückmeldungen von Mandatsträgerinnen auf Anfragen.

Generell wird der Umfang der versendeten Informationen als zu groß eingeschätzt. Dies ginge zu Lasten der Übersichtlichkeit. Viele Mitglieder hätten nicht die Zeit, sich neben Beruf, Familie und Freizeitgestaltung intensiver mit der Flut politischer Informationen auseinanderzusetzen („weniger Papier, mehr kurze aussagekräftige Materialien“*[sic]*). Auch wird die Verwendung einer leicht verständlichen Sprache mit weniger Fachjargon gewünscht.

Weiterhin wurde mehrheitlich der Wunsch nach mehr Einbringungsmöglichkeiten der Basis in die politische Arbeit geäußert. In diesem Zusammenhang wünscht sich die Basis mehr Transparenz und Offenheit – vor allem bei der jetzigen Programmdebatte. Denn es wird von einigen befragten Mitgliedern ein Entscheidungs- und Informationszentrismus in der Parteiorganisation wahrgenommen. Mehrfach gaben die Mitglieder zu verstehen, dass ein Großteil der Kommunikation vorrangig über die Medien/Presse laufe und nicht über interne Kanäle. Wenige Mitglieder lobten jedoch die Informationsbereitstellung über die Vielzahl benutzter Kommunikationskanäle („Wer Infos sucht, wird Infos finden.“*[sic]*) oder zeigten zumindest Verständnis für das Kommunikationsverhalten der jungen Partei.

Der Fokus auf personelle Debatten und Querelen um Posten und Ämter statt auf programmatische Debatten wird in Mitgliederversammlungen als prägnantes Defizit der innerparteilichen Kommunikationskultur wahrgenommen. Weiterhin wird von einigen Parteimitgliedern über fehlende Toleranz gegenüber unterschiedlichen Mitgliedermeinungen berichtet, was auf mangelnde demokratische Meinungsfreiheit deuten könnte. Dies soll bei einigen, den Umfrageteilnehmenden Bekannten bereits zu Parteiaustritten geführt haben.

Für die Zukunft wünschen sich die Mitglieder mehr Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit einem Ankündigungskalender – besonders auf Orts- und Kreisebene –, bei denen vor allem Mandatsträgerinnen sowie Bundestagsabgeordnete Basisnähe beweisen sollen. Weiterhin bitten die teilnehmenden Genossinnen um ein größeres Angebot an internen Bildungsseminaren sowie regelmäßige Mitgliederbefragungen, die gern online durchgeführt werden können. Die vorliegende Mitgliederumfrage wurde von einigen Mitgliedern gelobt. Weil jedoch bei der Verteilung von ad hoc-Informationen aufgrund eines fehlenden Internetanschlusses nicht alle Mitglieder erreicht werden können, sprechen sich einige Umfrageteilnehmerinnen solidarisch für ihre Parteigenossinnen aus und schlagen vor, bei Bedarf Telefonlisten (auf der Plattform) anzulegen und auf Wunsch des Mitglieds die Parteizeitung sowie andere Info-Materialien postalisch zuzustellen.

Das Fazit und die Empfehlung

Es wurde, wie bereits erwähnt, durch die Verteilung des Zugangslinks zur Online-Umfrage per E-Mail nur ein Teil der gesamten Mitgliederschaft erreicht. Vor allem die Mitglieder-mehrheit von Genossinnen über 60 Jahren ist aufgrund von möglichen technischen Zugangsbarrieren unterrepräsentiert. Obwohl fast 500 E-Mail-Adressen recherchiert und mit der Bitte um Weiterleitung angeschrieben wurden, haben aus denkbaren Vorbehalten gegenüber der Thematik, der avisierten Veröffentlichung der Ergebnisse und/oder meiner Person weniger Parteimitglieder an der Umfrage teilgenommen als erwartet.

Am Anfang dieser Arbeit steht die zentrale Forschungsfrage „Wie verlief im Zeitraum der Parteigründung im Juni 2007 bis zu Beginn der Mitgliederbefragung im Januar 2010 die interne Kommunikation in der Partei DIE LINKE. zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen?“ Welche Schlüsse und Antworten können anhand der erhobenen Daten und hier vorgestellten Ergebnisse für die Beantwortung der zentralen sowie der begleitenden Forschungsfragen gezogen werden? Vorab: Die interne Kommunikation zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE. wird als mangelhaft bewertet. Folgende Gründe sind für diese Bewertung ausschlaggebend:

- ▶ Eine bGE-Diskussionsgrundlage ist in den Programatischen Eckpunkten verankert.
- ▶ Es besteht eine gesellschaftliche Relevanz.
- ▶ Das Interesse der Parteimitglieder ist hoch bis sehr hoch.
- ▶ Es existiert ein parteiinternes Gremium, welches sich mit dem bGE beschäftigt.
- ▶ Es sind innerhalb der Partei die erforderlichen Kommunikationsstrukturen vorhanden.

Und trotzdem:

- ▶ Das Thema bGE stand selten bis gar nicht auf der Agenda – ausgenommen sind die Initiativen der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE..
- ▶ Es existieren ausschließlich einzelne Meinungen der Parteiführung zum Thema.
- ▶ Es fand keine flächendeckende innerparteiliche Auseinandersetzung mit dem bGE statt, so dass die Arbeitsergebnisse der BAG mindestens der Hälfte der Parteimitglieder nicht bekannt sind.

1. Wie gestaltet sich die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen (bGE) partei-intern? Gibt es Kommunikationsbarrieren und Informationsengpässe zwischen Spitzenpolitikerinnen und Parteimitgliedern auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsebene zu dem Thema?

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen hat vor allem in den letzten drei Jahren an gesellschaftlicher Relevanz gewonnen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema wurde 2007 in den Programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. verankert. Bis Anfang 2010 fand jedoch keine flächendeckende und bis in die Parteibasis reichende Auseinandersetzung mit der Idee eines bGE statt.

Die interne Kommunikation der Partei DIE LINKE. ist durch unterschiedlich stark gewichtete Themen bestimmt. Richtungsweisend sind dabei die Vereinbarungen aus den Programmatischen Eckpunkten sowie der Präambel. Sieben Beispiele dienten in der Mitgliederumfrage dazu, Themenschwerpunkte der internen Kommunikation herauszustellen. Der interne Informationsaustausch zum bGE schnitt dabei im Themenkomplex am uneinheitlichsten ab. Da das Interesse am Thema sehr groß ist, muss die Ursache dafür in einem unregelmäßigen Informationsfluss bzw. einer geringen Thematisierung in den wichtigsten Parteimedien begründet liegen.

Nur etwa die Hälfte der befragten Parteimitglieder nahm an internen themenspezifischen Veranstaltungen (u.a. auch Mitgliederversammlungen auf Orts- und Kreisebene) zum bGE teil oder verwies auf persönliche Gespräche mit Parteigenossinnen (*face-to-face*). Da ein hohes Interesse am Thema besteht, wird ein zu geringes bzw. fehlendes Angebot diagnostiziert. Bei den durchgeführten Veranstaltungen waren größtenteils zwei Referentinnen bzw. Expertinnen eingeladen, die jeweils eine PRO- oder CONTRA-Ansicht zum bGE hatten. Insgesamt wurde von den Veranstaltungsteilnehmenden eine diskrepante Haltung des Publikums gegenüber dem bGE wahrgenommen. In den Debatten setzen sich die Mitglieder primär mit dem parteieigenen Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens auseinander – sekundär mit weiteren Grundversicherungs- und Grundeinkommensmodellen anderer Verfechterinnen und Organisationen.

In Anbetracht des gemessenen Zeitraums lässt sich feststellen, dass in den untersuchten Jahren von Mitte 2007 bis Anfang 2010 die Themenpräsenz des bGE in Veranstaltungen stetig angestiegen ist. Die Gestaltung eines internen Diskussionsprozessen ging vermutlich stets vom innerparteilichen Zusammenschluss, der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. aus. Sie war – scheinbar ohne kommunikative Unterstützung der Parteiführung – die Initiatorin, Organisatorin und Multipikatorin in Form von Flyern, Foren und Veranstaltungen innerhalb der Partei. Es ist aufgrund der Ergebnisse denkbar, dass die Kommunikationsbarrieren der Parteiführung zu logistischen Informationsengpässen in der Mitgliederschaft führten und somit eine offen geführte, interne Diskussionsdebatte nicht möglich wurde. (Verweis auf 3. Abs. 3)

2. Welche Kommunikationsstrukturen sind intern vorhanden und durch welche Kommunikationsmedien werden diese für einen Ebenen übergreifenden Informationsaustausch genutzt?

Die Parteizeitung *DISPUT* scheint aufgrund eines benötigten Abonnements nicht als flächendeckendes Informationsmedium geeignet zu sein. Die von Teilen der Mitgliedschaft gewünschte postalische Zusendung aktueller Informationen ist aufgrund von personellen wie finanziellen Möglichkeiten höchstwahrscheinlich nicht zu realisieren.

Aller Voraussicht nach wird in Zukunft weiter verstärkt auf die Nutzung moderner Kommunikationsmittel gesetzt, wie z.B. auf Telefon-/Video-Konferenzen, Online-Bearbeitung von Dokumenten, E-Mails und Newsletter etc., um die Ideale einer basisdemokratischen Mitgliederpartei mit einer funktionierenden Zwei-Wege-Kommunikation realisieren zu können. Potenzial hat die bestehende Plattform *linksaktiv.de*. Der Ausbau dieses Mediums könnte einen erfolgreichen Meinungs- und Informationsaustausch gewährleisten.

Die generelle Qualität des politischen Informationsflusses wird von den Umfrageteilnehmerinnen größtenteils als befriedigend angesehen, obwohl die Parteibasis einen zunehmenden Zentralismus, also die Stärkung der Parteiführung und eine intensivere Personalisierung von Meinungen und Informationen, wahrnimmt, der mittel- bis langfristig zulasten transparenter und diskursiver interner Informations- und Entscheidungsprozesse geht. Der Vorrang von Informationen kommunikationsstrategisch festgesetzter Kernthemen ist offensichtlich. (siehe Frage 1) Der Informationsfluss neuer und auch anderer Ideen und Themen, scheint in diesem Zusammenhang zu stocken.

Die Partei verfügt überfunktionierende Kommunikationskanäle, die geografische Kommunikationshürden beseitigen und auch verstärkt genutzt werden. Von der Bundesebene über Landes- und Kreisebene bis auf Ortsebene und umgekehrt ist damit eine innerparteiliche Verständigung *top-down* als auch *bottom-up* möglich. Durch das hohe Durchschnittsalter der Parteimitglieder, von denen womöglich viele weder über einen Computer noch über einen jederzeit zugänglichen Internetanschluss verfügen, muss angenommen werden, dass der überwiegende Teil das Gros an Parteiinformationen sowohl aus der (linken) Presse, verbandseigenen Veröffentlichungen, Versammlungen und Veranstaltungen sowie aus Info-Materialien in den Bürgerbüros bezieht – kurz: aus traditionellen (Print-)Medien. Die geringe Teilnahme von Mitgliedern über 60 Jahren an der Umfrage ist symptomatisch für die Feststellung einer Kommunikationsbarriere und einer damit einhergehenden Informationslücke. Inwieweit dadurch ein erfolgreicher interner Kommunikationsaustausch – vor allem *bottom-up* – möglich ist und wie dieser praktiziert werden kann, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Empfehlung: Den zukünftigen Fokus auf *linksaktiv.de* legen, um das Basis-Engagement vor Ort zu aktivieren.

Erfolgreiches, parteipolitisches Organisieren ist ohne Kommunikation in Dialogform nicht möglich. Aus diesem Grund muss auch in der Binnenkommunikation ein steter Dialog stattfinden und auch ermöglicht werden. Eine Empfehlung ist der bereits erwähnte Ausbau der Internetplattform *linksaktiv.de* als bundesweites Intranet mit dem Ziel, eine direkte, transparente und bürgerorientierte Kommunikation zwischen Parteiführung und Parteibasis zu ermöglichen.

Hier lassen sich politische Erfolge wie auch Misserfolge auf allen Parteiebenen zusammenfassend präsentieren. Die Dokumentation und Teilhabe an den Erfolgen der Partei kann Mitglieder motivieren, sich intensiver parteipolitisch zu engagieren – auch durch das dann sichtbare Engagement von Einzelaktivistinnen oder Orts- und Kreisverbänden. Selbst eine thematische Strukturierung nach Mitgliederinteressen programmier- und einsetzbar. Der Aufwand der Bearbeitung ließe sich minimieren, wenn auf der Plattform eine Art FAQ (Für häufig gestellte Fragen) installiert würde. Das Leitbild der Partei, richtungsweisende Ziele zu einzelnen gesellschaftlichen Fragen sowie die Möglichkeit, sich einen schnellen Überblick über die derzeitige Arbeit der Partei in der jeweiligen (regionalen) Ebene zu verschaffen, könnte dort jederzeit und theoretisch von jedem Mitglied abgerufen und im Chat oder Forum transparent (weiter-)diskutiert werden. Rückmeldungs-Mechanismen und -Elemente sollten personell in Form von Moderatorinnen bereitgestellt werden, um Parteiebenen übergreifend zum wünschenswerten Informationsaustausch zu gelangen. Jeder parteiinterne Zusammenschluss wird ebenfalls auf der Plattform integriert. Allen Mitgliedern und interessierten Sympathisantinnen stehen damit alle Arbeitsergebnisse zur Verfügung. Ebenso ist eine direkte Akquirierung von aktiven Neumitgliedern für die Arbeitsgemeinschaften möglich. Über die Plattform ließen sich zudem auch interne Mitgliederumfragen durchführen, um ein Stimmungsbild aus der Mitgliederschaft für die weitere Parteiarbeit und die zukünftigen Beschlussfassungen der Mandatsträgerinnen zu erhalten. Die Plattform *linksaktiv.de* dient dann allen Mitgliedern als konzentrierte und föderale Informations-, Diskussions- und Mitentscheidungseinrichtung.

Der (neue) gemeinsame interne Kommunikationsweg ließe sich durch die Partei über Bildungsseminare, wie die *Linke Medienakademie* und Aktiven-Konferenzen, im Dialog erarbeiten, umsetzen und regelmäßig ausbauen bzw. aktualisieren.

3. Welche Ansichten und Argumente herrschen zum Thema bGE in der Partei vor und wie vollzieht sich der demokratische Entscheidungsprozess?

Bis dato sind ausschließlich Meinungen einzelner Mitglieder der Parteiführung und des Zusammenschlusses BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. zum bGE bekannt, die in der (medialen) Öffentlichkeit abgegeben wurden bzw. sich in den internen und externen

Bekanntmachungen der BAG Grundeinkommen wiederfinden. Während die Interessen der Mitglieder der BAG klar sind, scheint jedoch Uneinigkeit zum Thema bGE in der Parteiführung zu bestehen (siehe Anlage 5). Diese Uneinigkeit wirkt scheinbar intern diskussionsblockierend und stellt die Realisierung einzelner Passagen der Programmatischen Eckpunkte in Frage.

Bis zur Verabschiedung des bis 2011 zu erarbeitenden Parteiprogramms gelten die Programmatischen Eckpunkte der Partei DIE LINKE. Aus dem Ersatzprogramm wurden für diese Umfrage vornehmlich Passagen in Bezug auf die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommen zitiert und die Meinungen der Parteimitglieder dazu abgefragt (siehe Fragen 2. bis 2.3.). Die Antworten bilden somit zugleich das Stimmungs- und Meinungsbild der Mitglieder zum Thema ab. Weit über drei Viertel der Umfrageteilnehmerinnen kannten die zitierten Textstellen, was für eine hohe Identifikation der Mitglieder mit den Zielsetzungen der Partei zeugt. Weiterhin wurde gefragt, wofür sich die Mitglieder entscheiden würden, wenn sie sich zwischen einer Grundsicherung und einem Grundeinkommen entscheiden müssten. Es überrascht aufgrund der programmatischen Ausrichtung der Partei DIE LINKE. nicht, dass sich 83 Prozent der Befragten für eine linke Grundsicherung über Hartz IV-Niveau aussprechen. Darüber hinaus gaben 68 Prozent der Umfrageteilnehmerinnen an, die Idee eines bGE grundsätzlich zu befürworten oder aktiv zu unterstützen. Rund 26 Prozent stehen einem bGE kritisch gegenüber oder arbeiten aktiv dagegen. Das Ergebnis einer absoluten Mehrheit eröffnet klar die Forderung nach einem Ausbau einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Die Antworten auf die Frage, ob den Mitgliedern das Konzept der BAG Grundeinkommen bekannt ist, stellt einen Wendepunkt der hier durchgeführten Untersuchung dar und wirft Vermutungen wie neue Fragen auf. Der Parteivorstand ist durch die §§ 7, 18 und 20 der Bundessatzung zur Unterstützung und aktiven Einbeziehung der bundesweiten Zusammenschlüsse verpflichtet. Weit mehr als 50 Prozent der DIE LINKE.-Parteimitglieder kennen das bGE-Konzept der BAG Grundeinkommen nicht. Dies deutet auf eine ungenügende Interessenssensibilisierung der Arbeit der BAG und für das Thema oder sogar auf eine Blockade eines möglichen Informationsaustausches von Seiten der Parteiführung hin. Aufgrund eines eingeschränkten Informations- und Diskurskorridors (top-down) kann davon ausgegangen werden, dass diese Haltung den basisdemokratischen Meinungsbildungs- wie Entscheidungsprozess erschwert bzw. dieser scheinbar nur auf höchster Parteiebene stattfindet. Inwieweit die Thematik vorsätzlich bzw. strategisch geblockt und somit der demokratische Entscheidungsprozess behindert wird, kann nicht eindeutig beurteilt werden, obwohl einige Ergebnisse und Aussagen dafür sprechen. (siehe 4.5.2.) Bezüglich der innerparteilichen Thematisierung eines bGE ist demnach anzunehmen, dass die Parteiführung ungesteuerte Informationen und Diskussionen nicht zulassen will, weil eine demokratisch sinnvolle, thematisch konstruktive, aber strittige interne Diskussion im Rahmen der externen medialen Berichterstattung potenzielle Wählerinnen negativ beeinflussen kann. Ein geschlossener, einheitlicher Auftritt wirkt sich stets positiver auf das Image aus, verhindert jedoch die innerparteiliche Meinungsfindung und kompetente Mitbestimmung. Werden die Meinungen der Basis ignoriert, kann das zum Zerfall der Partei(-struktur) führen.

Empfehlung: Demokratische Entscheidungsprozesse intern fördern, um extern zu überzeugen.

Die sich u.a. in ihrer Präambel für mehr direkte Demokratie aussprechende Partei DIE LINKE. sollte darauf achten, die klassischen Elemente einer Mitgliederpartei nicht ausschließlich auf politische Dienstleistungen auszurichten. Im Zeichen der Transmission als realpolitische Interessensvertreterin der Bürgerinnen sollte sie nicht dieselben Fehler zwischen Führung und Basis bzw. Partei und Volk begehen, wie einst ihre Vorgänger und das Gros der konkurrierenden Parteien heute. Die Behauptung, dass sich die notorische Politik- und Parteiverdrossenheit der Bürgerinnen (nur) durch transparente und direktdemokratische Entscheidungsprozesse aufhalten und wandeln lässt, könnte durch das zukünftige Agieren der Partei DIE LINKE. überprüft werden.

Weitere Empfehlungen im Bezug auf das bGE:

Die über die Fragestellungen hinaus gehende Möglichkeit, Wünsche und Anregungen zu äußern, nahm fast die Hälfte aller Umfrageteilnehmerinnen wahr. Die hier vorgestellten Ergebnisse, Interpretationen sowie Tendenzen in der Mitgliederschaft müssen parteipolitische Beachtung finden. Um die Implikationen der Arbeit zu überprüfen, sollte eine repräsentative Mitgliederbefragung durchgeführt werden, um sowohl wichtige Erkenntnisse für die Parteiarbeit als auch für die programmatische Ausrichtung der Partei zu generieren – wenn möglich postalisch, damit auch die Parteimitglieder über 60 Jahre erreicht werden. Bezüglich der Thematik bGE äußerten 84 Prozent der Befragten zum Teil großes Interesse. Damit ließen sich regelmäßige Meinungs- und Stimmungsbilder von der Basis bis zur Parteispitze anfertigen und veröffentlichen, welches einen nachweislichen Rückhalt der Basis für Entscheidungen der beruflich agierenden Politikerinnen darstellt.

Eine parteiinterne Ursachenforschung sollte im Hinblick auf die hier angedeutete Informationsblockade zum bGE unbedingt stattfinden und mit der BAG Grundeinkommen diskutiert werden – vor allem unter Einbeziehung des Paragraphen § 7 Absatz 3 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Generell wird für den Weg einer starken Volkspartei empfohlen, Offenheit und Transparenz als Leitbilder der Partei DIE LINKE. in Informations- wie Entscheidungsprozessen umzusetzen und auf jeder Ebene zu praktizieren. Der geäußerten Mitgliederkritik an innerparteilichen Querelen um Posten und Ämter sollte auch im Hinblick auf Pro- und Contra-Meinungen zum bGE nachgegangen werden, um stets ein pluralistisches Gremium einer linken Volksvertretung zu gewährleisten. Externe Medien sowie Sympathisantinnen kann so gezeigt werden, dass bei der Partei DIE LINKE. jede Bürgerinnenmeinung erlaubt und respektiert wird und jede die Chance auf individuelle Mitgestaltung sowohl der Gesellschaft als auch der Partei hat.

Zum Thema bGE wünschen sich die Mitglieder besonders von der Parteiführung, aber auch von Seiten der BAG Grundeinkommen, mehr Informationen – und zwar über jedes der vorhandenen Parteimedien. Dazu zählen vor allem PRO- und CONTRA-Meinungen von Man-

datsträgerinnen aus Landes- und Kreisverbänden zum bGE. Eine regelmäßige Präsenz bei regionalen Veranstaltungen von Mandatsträgerinnen und anderen politischen Entscheiderinnen sollte angestrebt werden. Wie bereits erwähnt bietet sich hier ein interner Mitgliederentscheid an, der mit der Bereitstellung von aktuellen Informationen und Arbeitsergebnissen zum bGE einhergeht.

Schlusswort

Das bedingungslose Grundeinkommen ist *eine neue soziale Idee* eines *demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts*. Das bGE verkörpert für DIE LINKE. eine diskutable Idee sowie eine Lösung, eine Reihe ihrer politischen Zielsetzungen auf einen Schlag zu verwirklichen. Genannt wurden hier u.a. die Soziale Gerechtigkeit in Form einer existenzsichernden Einkommensgerechtigkeit auch unter Gender-Aspekten, die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze, die Beseitigung der Kinder- und Altersarmut etc. Zudem würde ein kostspieliger Bürokratie-Apparat reduziert werden und für jede Bürgerin die gesellschaftliche Teilhabe zur freien persönlichen Entfaltung garantiert sein – gänzlich ohne den Zwang zu erwerbsabhängiger Arbeit. Jetzige Bedenken und Fragen nach einer Grundgesetzkonformität aktueller Politik würden womöglich seltener auf der Tagesordnung stehen. Die voranschreitende Spaltung der Gesellschaft in arm und reicher könnte durch das Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. aufgehalten und in Balance gebracht werden. Sowohl Armut als auch das Armutsrisiko spielten in der Gesellschaft so gut wie keine Rolle mehr.

Im Hinblick auf die hier betrachtete interne Kommunikation zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen sollte DIE LINKE. ihre satzungsgetreue Unterstützung und Verteilung von Informationen bzw. Arbeitsergebnissen der bundesweiten Zusammenschlüsse gewährleisten, um alle Bewegungen und Entwicklungen sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft aufzunehmen und in all ihren Kommunikationskanälen zu thematisieren. Auch wenn sich die Mitglieder der Partei DIE LINKE. in einem vorgeschlagenen Mitgliederentscheid gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen sollten, muss eine für jedes Thema offene und flächendeckende Diskussionskultur ermöglicht und unterstützt werden. DIE LINKE. sollte jeden Pioniergeist ihrer aktiven und vor allem ehrenamtlichen arbeitenden Mitglieder wertschätzen. Ihre Ziele werden nicht über die Medien, sondern primär durch eine sich integriert führende und engagierte Basis in die Gesellschaft getragen. Erst wenn alle internen Diskurskorridore geöffnet sind und die Parteibasis zum Mitwissen und Mitentscheiden legitimiert wird, kann die gelebte interne (Direkt-)Demokratie auch extern funktionieren sowie politisch eher passive Bürgerinnen erreichen und zu persönlichem Engagement mobilisieren.

Das ist und bleibt die zu praktizierende Aufgabe von allen agierenden Parteien in einer demokratischen Gesellschaft, auch für DIE LINKE. – ab gestern und in Zukunft.

*„Sozialist sein,
heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung,
in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden
und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen.“*

August Bebel (1840 - 1913)

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Aleman, Ulrich von/Marschall, Stefan (2002): Parteien in der Mediendemokratie – Medien in der Parteiendemokratie. Wiesbaden

Alemann, von Ulrich (2003): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden

Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 67. Berlin

Bleek, Wilhelm (2009): Die Linke. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.)(2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden

Bruhn, Manfred (1997a): Kommunikationspolitik. München

Busch, Ulrich (2005): Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens. In: UTOPIE kreativ. H. 181. S. 978-991

Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Opielka, Michael/Schulz-Nieswandt, Frank (Hrsg.)(2006): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich. Zürich

Engler, Wolfgang (2005): Bürger – ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin

Glaeßner, Gert-Joachim(1999): Demokratie und Politik in Deutschland. Opladen

Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main

Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main

Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner(2005): Grundeinkommen: bedingungslos. attacBasisTexte 17. Hamburg

Güllner, Manfred (Hrsg.)(2002): Was Deutschland bewegt. forsa-Meinungsreport 2002. Frankfurt/Main

Hebecker, Eike (2002): Digitale Delegierte? Funktionen und Inszenierungsstrategien virtueller Parteitage. In: Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan (Hg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden

Brettschneider, Frank (2007): Regierungskommunikation in Großbritannien und den USA: zentrale Einbettung. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2007): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Hegner, Ingolf Torsten (2001): Interne Kommunikation dargestellt am Beispiel ausgewählter Medien. München

Jahn, Jens Eberhard (2007): Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS. In: Utopie Kreativ. 195

Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Partei im Vergleich. Frankfurt/Main

Kipping, Katja: Demokratie und Grundeinkommen. Ein politisches Essay. In: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 67. Berlin

Klaeren, Jutta (2006): Editorial. In: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung, Nr. 292/2006.(bpb). Bonn

Klein, Josef (2007): Hartz IV, Agenda 2010 und der „Job-Floater“: die Bedeutung von Sprache in Veränderungsprozessen. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Kunczik, Michael (2002): Public Relations. 4. Auflage. Wien

Lawlor, Eilis/Kersley, Helen (2009): A Bit Rich: Calculating the real value to society of different professions. nef (the new economics foundation). London.

Leisering, Lutz (2004): Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. In: Stefan Liebig/Holger Lengfeld/Steffen Mau (Hrsg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt/Main

Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld

Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien. Stuttgart

Lösche, Peter (2006): Aufbau und Organisationswirklichkeit. In: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Information zur politischen Bildung/bpb. Nr. 292/2006. Bonn

Luhmann, Niklas (1988): Soziale Systeme. Frankfurt/Main

Nikolaus, Kurt/Heller, Peter/ Angelbeck, Helmut (2004): Bedingungslos garantiertes Grundeinkommen oder „nur“ eine bedingte soziale Grundsicherung? Gewerkschaftliche Antwort auf eine Frage, die sich so nicht stellt. In: Gerntke, Axel/Rätz, Werner/Schäfer, Claus u.a.: Einkommen zum Auskommen. Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen. Hamburg

Noam Chomsky (2005): Die Zukunft des Staates – Vom klassischen Liberalismus zum libertären Sozialismus. Berlin

Novy, Leonard/Schmitz, Gregor Peter (2007): Lessons learned: politische Kommunikation im Wandel. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.)(2007): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Nullmeier, Frank (1997): Gerechtigkeitsziele des bundesdeutschen Sozialstaats. In: Leo Montada (Hrsg.): Beschäftigungsziele zwischen Effizienz und Gerechtigkeit. Frankfurt/Main

Offe, Claus (2003): Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen zwischen Gerechtigkeitsnormen für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.) (2003): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 1. Opladen

Offe, Claus (2005): Nachwort: Armut, Arbeitsmarkt und Autonomie. In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt/Main

Plehwe, Kerstin (2007): Politische Kommunikation ist keine Einbahnstraße: Instrumente für einen neuen politischen Dialog. In: Weidenfels, Werner (Hrsg.): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Pöttsch, Horst (2005): Parteien. In: Die deutsche Demokratie. Zeitbilder. bpb. Bonn

Rätz, Werner/Paternoga, Dagmar/Steinbach, Werner (2005): Grundeinkommen: bedingungslos. attac Basistexte 17. Hamburg

Sarcinelli, Ulrich (2007): Parteienkommunikation in Deutschland: zwischen Reformagentur und Reformblockade. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Schmid, Thomas (1984): Befreiung von falscher Arbeit. Sammelband. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen. Berlin

Schmidt, Enno in: Werner, Götz W. /Presse, André (2007): Grundeinkommen und Konsumsteuer. Impulse für „Unternimm die Zukunft“. Tagungsband zum Karlsruher Symposium Grundeinkommen: Bedingungslos. Karlsruhe

Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation – Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 2. Aufl. Wiesbaden

Schulz von Thun, Friedemann (1989): Miteinander Reden. Störungen und Klärungen. Bd. 1. Hamburg

Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm/Gawrich, Andrea (2007): Grundzüge des politischen Systems Deutschlands. München

Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt/Main

Vehrkamp, B. Robert/Kleinstauber, Andreas (2006): Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern. Gütersloh

Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (2007): Reformen kommunizieren. Herausforderungen an die Politik. Gütersloh

Werner, Götz W. (2007): Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen. 5. Auflage

Werner, Götz W. (2008): Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. Band 60607. Bergisch Gladbach

Wiesendahl, Elmar (2002): Parteienkommunikation parochial – Hindernisse beim Übergang in das Online-Parteienzeitalter. In: Parteien in der Mediendemokratie. Ulrich von Aleman und Stefan Marschall (Hrsg.). Wiesbaden

Wiesendahl, Elmar (1998): Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirkung politischer Parteien. Opladen/Wiesbaden

Sekundärliteratur

Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland – 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. 2006

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (2006): Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat? VAD Nr. 56. Berlin

Deutsches Parteiengesetz, BGBI I: S. 3673

DIE LINKE.:

Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Programmatische Eckpunkte der Partei DIE LINKE.

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009

Gesetzesentwurf der Partei DIE LINKE

Satzung der BAG Grundeinkommen

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Rudzio, Kolja: Nie wieder Hartz IV. Grundeinkommen. In: DIE ZEIT vom 12.04.2007. Nr. 16

Internetquellen

ARD: <http://www.tagesschau.de>

Archiv Grundeinkommen: www.archiv-grundeinkommen.de

Basic Income Earth Network (BIEN): www.basicincome.org

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA): www.bda-online.de

Bundestagspetitionen: <http://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=1422>

Bundesverfassungsgericht: www.bundesverfassungsgericht.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V.: www.bag-shi.de

Bundesagentur für Arbeit: www.arbeitsagentur.de

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: www.bmas.de

Bundesregierung: www.bundesregierung.de

Bund deutscher Steuerzahler e.V.: www.steuerzahler.de

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Lexikon: www.bpb.de

Bundeswahlleiterin: www.bundeswahlleiter.de

BAG Grundeinkommen: [http:// www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/](http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/)

Der Spiegel: www.spiegel.de

DIE LINKE.: www.die-linke.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): www.dgb.de

Der Tagesspiegel: www.tagesspiegel.de

Der Freitag: www.freitag.de

Emanzipatorische Linke: www.emanzipatorische-linke.de

FOCUS: www.focus.de

Globalpark-Enterprise Feedback Suite 7.0. EFS Survey. Version 1.2.: www.globalpark.de

Handelsblatt: www.handelsblatt.de

IG-Metall Verwaltungsstelle Berlin: http://netkey40.igmetall.de/homepages/vst_berlin_neu/start.html

Initiative Grundeinkommen-ist-wählbar: www.grundeinkommen-ist-waehlbar.de

Iovialis: www.iovialis.org

Kipping, Katja: www.katja-kipping.de

Kohl, Helmut: www.helmut-kohl.de

Kreutz, Daniel: Bedingungsloses Grundeinkommen – eine Fehlorientierung. http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherung/bge_fehlorientierung

linksaktiv.de: www.linksaktiv.de

Linksnet: www.linksnet.de

Neue Rheinische Zeitung: www.nrhz.de

Neues Deutschland: www.neues-deutschland.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de

SPD-Kreisverband Rhein-Erft: www.rhein-erft-spd.de

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de

STERN: www.stern.de

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft: www.verdi.de; www.bundeskongress2007.verdi.de

ZEIT ONLINE: www.zeit.de

Anlagen

Anlage 1 – Übersicht aller deutschen Sozialtransfermodelle

3. Übersicht über die Nettohöhe/Monat von Transfers für eine erwachsene Person

Transfer	Netto-Transferhöhe in Euro
Ableitung der Höhe für existenz- und teilhabesichernde Transfers aus den o. g. Bestimmungsmöglichkeiten	mind. 800 (tendenziell 1.000)
Grundsicherungen ¹³	
Grundsicherung f. Arbeitsuchende (Hartz IV, Durchschnitt)	649 (359 + 290 KdU ¹⁴)
Grundsicherung (Michael Opielka)	640 (Hälfte Darlehen, WG)
Bürgergeld (Joachim Mitschke)	Hartz-IV-Niveau
Liberales Bürgergeld (FDP)	662 (evtl. WKZ)
Grundsicherung (Bündnis 90/Die Grünen)	ca. 710 (420 + 290 KdU)
Mindestsicherung (DIE LINKE)	mind. 790 + (500 + erhöhte KdU)
partielle Grundeinkommen	
Modellvarianten Thomas Straubhaar	400 (plus WG) / 600
Grüne Grundsicherung (Manuel Emmmler/Thomas Poreski)	500 (860) ¹⁵
Solidarisches Bürgergeld (Dieter Althaus, CDU)	600 (evtl. WKZ)
Ansatz von Götz Werner/Benediktus Hardorp	600 (Einstieg)
Modell der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung	670 (plus WG)
Modell des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend	mind. 800
bedingungslose Grundeinkommen	
Grünes Grundeinkommen (Grüne Jugend)	800
Modell der BAG Grundeinkommen (DIE LINKE)	1 000 (plus WG)
Existenzgeld (BAG SHI)	1 060 (durchschnittlich)
Modell von Matthias Dilthey	1 100

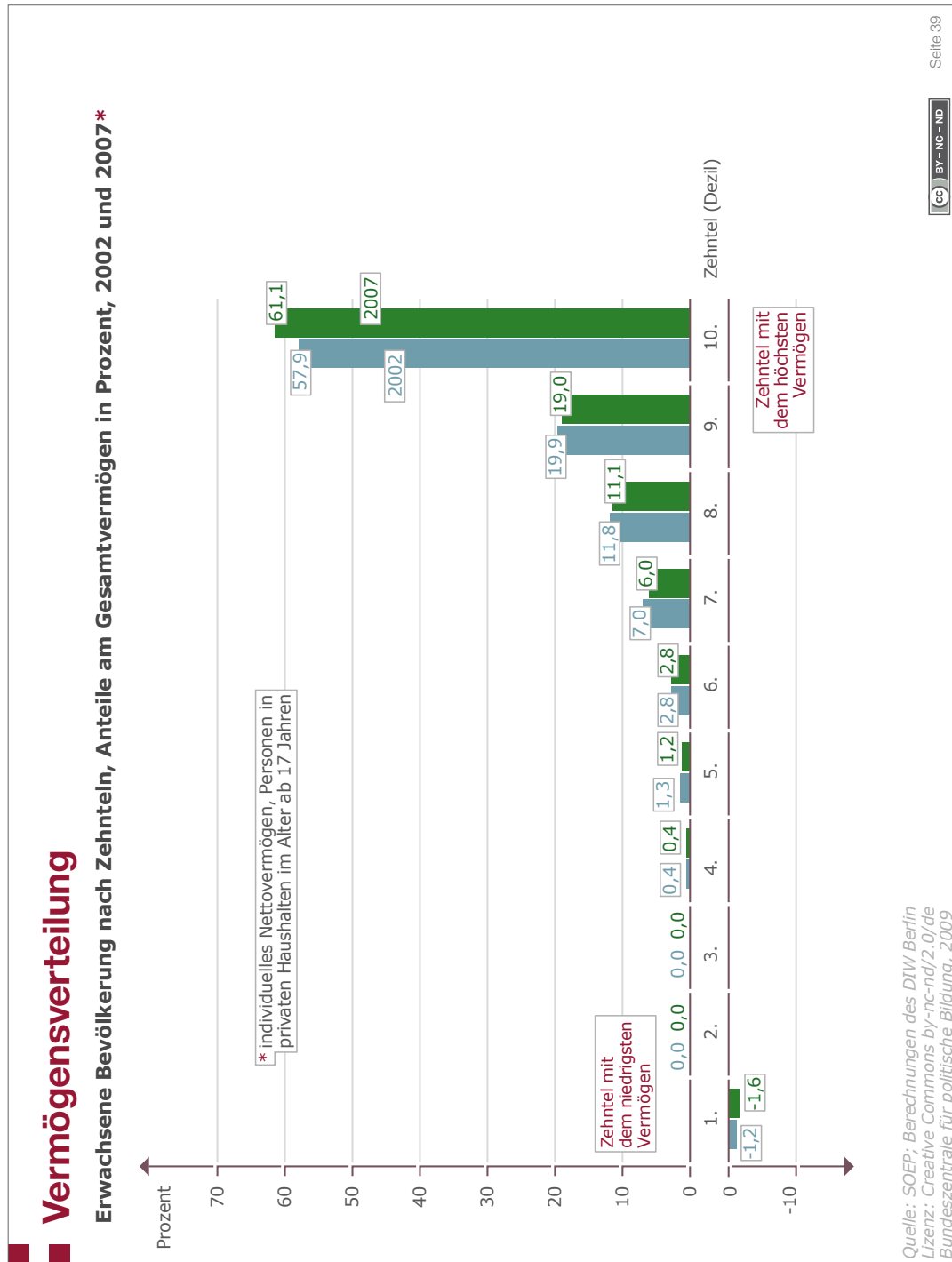
13 Die Angaben beziehen sich bei haushalts-/bedarfsgemeinschaftsgeprüften bzw. veranlagten Grundsicherungen auf alleinstehende Personen.

14 KdU = Kosten der Unterkunft und Heizung, damit werden für die Bedürftige im Gegensatz zum WG = Wohn-geld und zum WKZ = Wohnkostenzuschuss (fast) alle Wohnkosten abgedeckt (nicht Strom). WG und WKZ sind lediglich Zuschüsse zu den Wohnkosten, die im geprüften Bedarfsfall vom zuständigen Amt gewährt werden.

15 Die Angabe 860 Euro bezieht sich auf den Fall, dass zusätzlich zu den 500 Euro die gesamten, gegenüber heute erhöhten Kosten der Unterkunft und Heizung übernommen werden. Die Auszahlung der Kosten der Unterkunft und Heizung an die Transferbeziehenden durch die Ämter reduziert sich bei steigendem Einkommen.

Quelle: siehe Blaschke (2010):
S. 317

Anlage 2 – Vermögensverteilung in Deutschland



Anlage 3 – Tatsächliche Arbeitslosigkeit laut der Partei DIE LINKE.

4,81 Millionen Arbeitslose

Zeit zu handeln statt zu tricksen

Schlechte Meldungen kann auch die neue Regierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie wie die alte dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. **Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik.** Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.“ Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten beruht. Im Januar 2010 sind 4,81 Millionen Menschen arbeitslos. **Zeit zu handeln statt zu tricksen.**

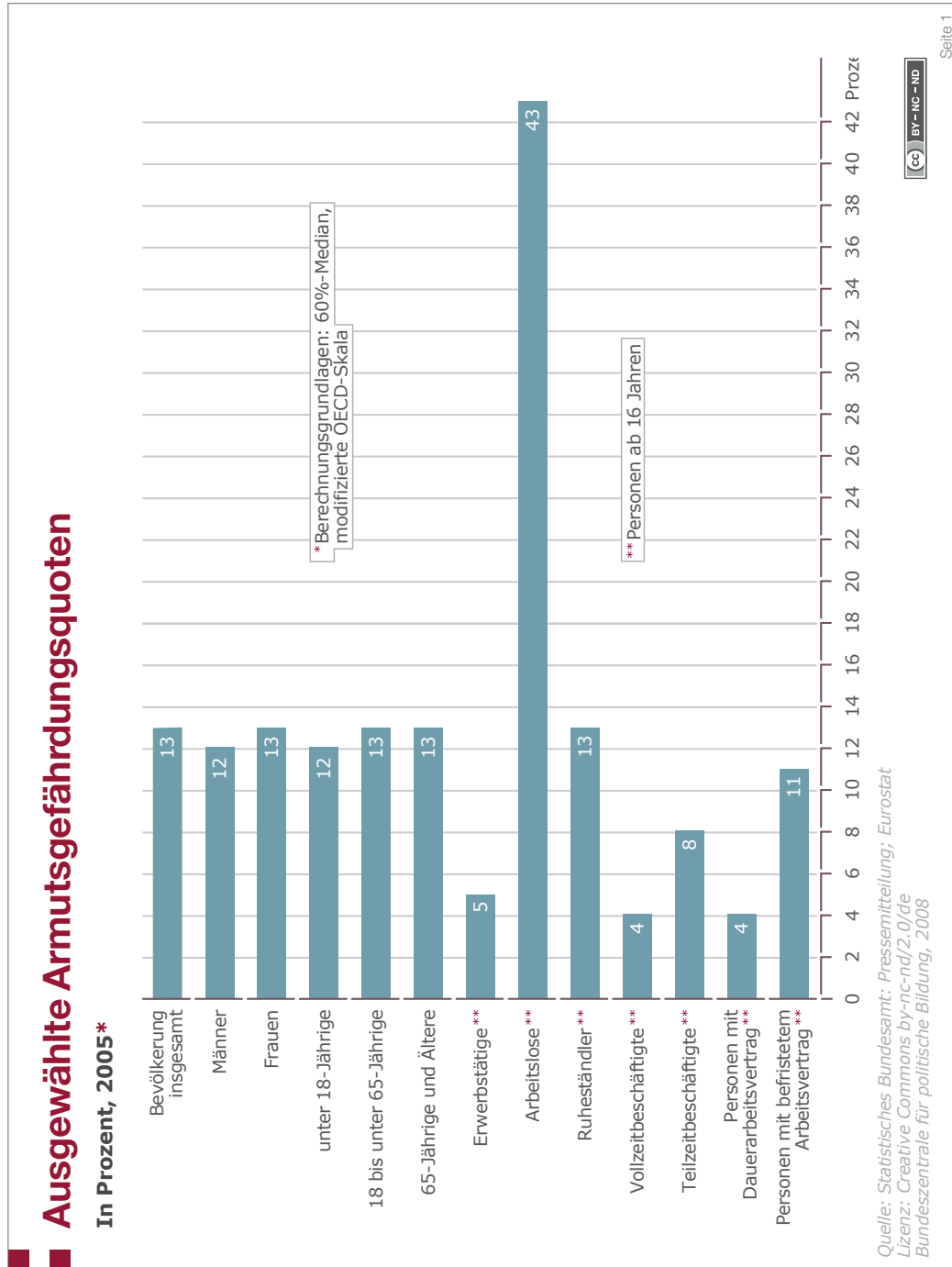
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Januar 2010		4.811.485
Offizielle Arbeitslosigkeit		3.617.485
Nicht gezählte Arbeitslose:		1.194.000
Älter als 58 Jahre, beziehen Arbeitslosengeld II		ca. 350.000
Älter als 58 Jahre, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III)		2.812
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)		290.111
Berufliche Weiterbildung		209.040
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining)		2.308
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. private Arbeitsvermittlung)		252.937
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)		42.304
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)		3.805
Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III)		40.683

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Januar 2010, Seite 65. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls aufgeführten älteren Arbeitslosen, die gemäß § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der ersten Gruppe der Tabelle (Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II). Diese große Gruppe der älteren ALG II-Bezieher, die nicht als arbeitslos gelten, ist nicht im Monatsbericht ausgewiesen, sondern in einer Sonderpublikation der Bundesagentur für Arbeit: Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende Dezember 2009, Seite 17. Die genaue Zahl für diese Gruppe wird jeweils mit viermonatiger Verzögerung publiziert.



DIE LINKE - Bundesgeschäftsstelle
Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 555 · Telefax: 030/24 110 46
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de · www.die-linke

Anlage 4 – Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten



Anlage 5 – Eigene Zitate-Sammlung zum bGE von ausgewählten Politgrößen in Partei DIE LINKE.

Oskar Lafontaine (ehemaliger Parteivorsitzender und heutiger Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag)

„DIE LINKE ist nicht für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Stattdessen strebt sie eine soziale Grundsicherung an, die auf einem Niveau sein muss, dass niemand in Armut lebt. Ebenso vertritt DIE LINKE die Auffassung, dass gesetzliche Mindestlöhne und eine Erhöhung der Renten um 4-5 Prozent dringend notwendig sind.“ (abgeordnetenwatch.de, 08.10.2008, Thomas Lutze im Namen Oskar Lafontaines)

„Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Vorschlag, der in der Linken und bei den Grünen diskutiert wird. Unsere Gesellschaft setzt voraus, dass alle sich an der Erwerbsarbeit beteiligen können und sich auch daran beteiligen. Statt bedingungsloses Grundeinkommen für die einen und Einkommen aus Erwerbsarbeit für die anderen, liegt die Antwort bei echter Arbeitszeitverkürzung für alle.“ (abgeordnetenwatch.de, 30.07.2009, Harald Schindel im Namen Oskar Lafontaines)

Lothar Bisky (ehemaliger Parteivorsitzende und amtierender Vorsitzender der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament)

„Selbstverständlich gilt - wie in den Programmatischen Eckpunkten unserer Partei festgehalten - dass auch wir LINKEN weiter über andere Wege zur Bekämpfung der Armut diskutieren, so auch über das bedingungslose Grundeinkommen.“ (abgeordnetenwatch.de, 16.02.2009)

Gesine Löttsch (Parteivorsitzende)

„Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein lang und heftig diskutiertes Thema. Ich persönlich halte es für eine gute Sache, die als langfristiges Projekt durchaus anzustreben ist. Allerdings gibt es vorerst kurzfristige Dinge, die einer konkreten Verbesserung bedürfen. Zum Beispiel wäre eine Erhöhung der Regelsätze bei Hartz IV sowie der Grundsicherung im Alter ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.“ (abgeordnetenwatch.de, 17.07.2009)

Gregor Gysi (Vorsitzender der Bundestagsfraktion)

„Das bedingungslose Grundeinkommen soll zur Überwindung von Arbeitslosengeld, gesetzlicher Rente etc. führen. Neoliberale unterstützen zum Teil diesen Vorschlag, weil sie glauben, die gesamte soziale Verantwortung damit los zu sein. Und dann gibt es noch das spezifische Problem, dass

jemand aus Faulheit nicht bereit ist irgendeinen solidarischen Beitrag in der Gesellschaft zu leisten. Andere müssen einkommenslos für ihn mitarbeiten, damit er das Geld bekommt, um seine gesamten Bedürfnisse zu befriedigen. Das verstößt gegen Menschenrechte der Arbeitenden. Natürlich darf auch ein solcher Mensch nicht verhungern, aber da könnte die Grundsicherung dann reduziert werden.“ (abgeordnetenwatch.de, 18.02.2008)

„Ich bin für eine sanktionsfreie soziale Grundsicherung, aber gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen.“ (abgeordnetenwatch.de, 21.01.2010)

Halina Wawzyniak (Stellvertretende Vorsitzende, Parteibildungsbeauftragte und Vorstandsmitglied)

„DIE LINKE hat sich in ihrem Wahlprogramm für eine sanktionsfreie Mindestsicherung ausgesprochen. Wie die Partei DIE LINKE zur Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen stellt, muss sie im Rahmen der programmatischen Debatte entscheiden. Ich persönlich hege durchaus Sympathien für die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, habe mich aber noch nicht endgültig festgelegt, da mir durchaus auch einige Argumente der Kritiker/innen einleuchtend sind. Ich werde die programmatische Debatte um diese Frage intensiv verfolgen und dann zu einer endgültigen Entscheidung kommen.“ (abgeordnetenwatch.de, 18.09.2009)

Sahra Wagenknecht (Stellvertretende Vorsitzende und Vorstandsmitglied)

„Das bedingungslose Grundeinkommen aber entzieht das Kapital aus dieser Verantwortung, weil ja nicht der Arbeitgeber, sondern der Staat dieses Existenz sichernde Grundeinkommen an den Beschäftigten auszahlen müsste. Der Arbeitgeber müsste nur noch eine eventuelle Aufstockung leisten. Die Gefahr von Kombilöhnen bestünde. Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, weshalb das bedingungslose Grundeinkommen recht viele Anhänger im Arbeitgeberlager hat. [...] Ich kann mir zudem nicht vorstellen, dass Ihre These, das bedingungslose Grundeinkommen würde ‚uns mit einem Schlag aus dem Joch des Kapitals befreien‘, je Wirklichkeit wird. Denn entscheidend für die Überwindung des Kapitalismus bleibt, denke ich, immer noch die Frage, wer über das Eigentum an der Daseinsvorsorge und in Schlüsselbereichen der Wirtschaft verfügt - wenige Private oder die Bevölkerung. Ein bedingungsloses Grundeinkommen lässt die Ursachen heutiger Krisen unberührt, betrifft im Wesentlichen nur die Zirkulationssphäre. Hätte denn ein solches Modell die derzeitige Bankenkrise aufhalten können? Würde es etwa die auswuchernde Korruption und maßlose Bereicherung durch Manager und Wirtschaftsbosse verhindern? Würde es dem neoliberalen Treiben der Hedge-Fonds und Privat-Equity-Firmen ihr wohlverdientes Ende bereiten? Ich glaube nicht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen beseitigt eben nicht die inneren Widersprüche des Kapitalismus als Wurzel gegenwärtiger Krisen.“ (abgeordnetenwatch.de, 14.05.2008)

„Wer also den realen Kapitalismus tatsächlich überwinden will, der muss eben auch den Einfluss dieser Konzerne auf den Staat und auf die politischen Entscheidungen massiv zurückdrängen, der muss auch die Eigentumsfrage wieder stellen und wesentliche Bereiche der Wirtschaft, das Bankenwesen und die Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand bringen. Ich sehe allerdings nicht, dass das bedingungslose Grundeinkommen genau diese Machtfrage aufwirft, es bleibt mir zu sehr an der Oberfläche der gesamten sich im Kapitalismus ablaufenden Auseinandersetzungen.“ (abgeordnetenwatch.de, 26.08.2008)

Ulrich Maurer (Parteibildungsbeauftragter und Vorstandsmitglied)

„Ein sog. ‚Bedingungsloses Grundeinkommen‘ lehne ich jedoch persönlich ab. Allerdings ist diese Frage in meiner Partei noch nicht entschieden. Konsens ist die Forderung einer sog. bedarfsgerechten Mindestsicherung, bei allerdings eigenes Einkommen und Vermögen in bestimmtem Ausmaß angerechnet werden. Meiner Auffassung nach ist ein steuerfinanziertes Bedingungsloses Grundeinkommen für alle (also auch für Herrn Ackermann und seine Gattin, und auch für Menschen die "Gute Arbeitsangebote" ablehnen) nicht nur nicht finanzierbar, sondern verletzt elementare Gerechtigkeitsvorstellungen jener Menschen, die mit überwiegend harter Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und damit zum Steueraufkommen beitragen, von denen Andere leben, die keine Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zeigen. Dies würde den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft zerstören.“ (abgeordnetenwatch.de, 31.08.2009)

Dr. Dagmar Enkelmann (Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion)

„Was das bedingungslose Grundeinkommen anbetrifft, wird diese Frage gegenwärtig heftig in unserer Partei DIE LINKE diskutiert. Auch wenn es sich um eine Vision handelt, neige ich dazu, hier ernsthaft abzuwägen. Dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes widerspricht nämlich, dass Menschen entwürdigende Prozeduren auf sich nehmen müssen, um im Falle von Arbeitslosigkeit, nicht existenzsichernden Einkommen oder Renten staatliche Unterstützung bekommen zu können. Die Argumentation des dm-Chefs Götz Werner überzeugt mich schon.“ (abgeordnetenwatch.de, 09.07.2008)

„Sie haben recht in Ihrer Wertung, dass das bedingungslose Grundeinkommen - nicht nur, aber auch für den ländlichen Raum - ein großes Ziel für LINKE ist. Ob es, wie Sie betonen, die ‚Klärung der wichtigsten Probleme unserer Zeit‘ bedeutet, mag ich nicht beurteilen. Meine Erfahrung als Historikerin und Politikerin sagt mir nur, dass Versprechen, mit dieser oder jener Idee würden die wichtigsten Probleme der Gesellschaft gewissermaßen auf einen Schlag gelöst, regelmäßig auf Sand gebaut sind. Dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens so breit diskutiert und von vielen so stark unterstützt wird, sagt meiner Ansicht nach zunächst viel über die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in steigenden Reichtum auf der einen und wachsende Armut auf der anderen Seite aus. Wie verschiedene Studien zeigen, würde z.B. mit einem bedingungslosen Grundeinkommen von 800 Euro für jeden die zumindest

finanziell begründete Armut aus der Gesellschaft verschwinden, ganz abgesehen davon, dass die entwürdigenden Hartz-IV-Überprüfungen der Vergangenheit angehören würden. Die Umsetzung einer solchen Vision ist aber nicht nur eine Frage der Leitbilder oder des Bewusstseins. Genauso wenig wie die derzeitige globale Finanzkrise in erster Linie eine Frage der Gier von Bankern und Manager ist, sondern sie ganz handfeste Ursachen im kapitalistischen Renditestreben und fehlender Regulierung der Finanzmärkte hat, so ist die Schaffung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht allein eine Sache des guten Willens, sondern sie braucht handfeste politische Mehrheiten. Da erscheint es mir realistischer, zunächst mit Hilfe einer bedarfsorientierten Grundsicherung die dringendsten sozialen Verwerfungen dieser Gesellschaft zu beseitigen.“ (abgeordnetenwatch.de, 20.01.2009)

„Weder betrachten die gewerkschaftlich orientierten Mitglieder der Fraktion DIE LINKE die Erwerbsarbeit als ‚goldenes Kalb‘, noch habe ich aus meinen politischen Erfahrungen heraus das Gefühl, dass die ‚Basis‘ hier an einem Scheideweg steht. Ich finde: Gerade diese Art und Weise der Debatte, die das soziale Engagement der LINKEN auf die Frage ‚Für oder Gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen?‘ reduziert, schadet dem Profil der LINKEN und letztlich auch dem Anliegen der Befürworter eines Grundeinkommens selbst. Dass jedem Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen zusteht - diese Idee halte ich für visionär und in einer längeren Perspektive auch für realisierungswürdig. Zugleich weiß ich, dass es gegenwärtig wie in absehbarer Zeit dafür keine politisch-parlamentarischen Mehrheiten gibt. Soll DIE LINKE hier sich vor die Bürgerinnen und Bürger, die durch Hartz IV in Armut und Perspektivlosigkeit gezwungen werden, hinstellen und erklären: ‚Ja - wir kennen Eure Nöte, aber leider können wir im Moment praktisch nichts tun, weil das bedingungslose Grundeinkommen nicht realisierbar ist?‘“ (abgeordnetenwatch.de, 26.01.2009)

„Solidarität mit den Benachteiligten dieser Gesellschaft, wie ich sie verstehe, besteht auch darin, um kleinste Verbesserungen zu kämpfen, sich dafür in den sozialen Bewegungen, in Verbänden und anderen Parteien Verbündete zu suchen. Hartz IV muss weg - mit dieser konsequenten Haltung hat sich DIE LINKE einen Namen gemacht. Davon rückt sie nicht ab, und auch im Papier von Klaus Ernst kann ich das nicht erkennen.“ (abgeordnetenwatch.de, 26.01.2009)

„Wenn eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet wird, ist es zunächst Sache vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger, das Anliegen der Petition zu unterstützen. Ich halte das für ein wichtiges demokratisches Recht, das die Bürgerinnen und Bürger auch wahrnehmen sollten. So kann die von Ihnen angeführte Petition ‚Reformvorschläge in der Sozialversicherung – Bedingungsloses Grundeinkommen vom 10.12.2008‘ noch bis zum 17. Februar 2009 mitgezeichnet werden – [...] In dem Zusammenhang kann ich Ihre Ansicht, dass DIE LINKE das Anliegen der Petition nicht unterstützt, nicht teilen. Unter den knapp 10 000 Bürgerinnen und Bürgern, die die Petition bis Anfang Februar mitgezeichnet haben, befinden sich, da bin ich mir sicher, viele Linke.

Ein Grund dafür ist, dass DIE LINKE das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen im Rahmen ihrer programmatischen Debatte sehr ernsthaft diskutiert. Ich persönlich halte die Idee, dass jedem Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen zusteht, für visionär und in einer längeren Perspektive auch für realisierungswürdig.“ (abgeordnetenwatch.de, 11.12.2009)

Bodo Ramelow (Stellvertretender Fraktionsvize im Deutschen Bundestag)

„Wie du sicherlich schon weißt, hat es beim Parteitag keine Rolle gespielt. Das Thema Grundeinkommen ist vielfach in der Diskussion und hat auch in der LINKEN noch nicht den Stand erreicht, um beim Parteitag auf breiter Basis diskutiert und eventuell beschlossen zu werden. Die Chancen für die Thematik sehe ich ganz gut. Überlegen wir doch nur, wie zurzeit die Diskussion um Energie- und Heizölkosten sowie Niedriglöhne läuft. Die Bürger werden entweder in dunklen kalten Wohnungen sitzen oder der Staat muss sich etwas einfallen lassen. Da wäre zum Beispiel ein bedarfsgerechtes Grundeinkommen von Vorteil. Also die Thematik bleibt aktuell und sicherlich wird sich die LINKE das Thema weiter intensiv erschließen.“ (abgeordnetenwatch.de, 30.07.2008)

„Persönlich plädiere ich für ein Grundeinkommen in Verbindung mit einer Bürgerversicherung, gemeinsam mit Michael Opielka und Katja Kipping habe ich im Jahr 2005 einen Text zu diesem Thema verfasst, der im Archiv Grundeinkommen unter folgendem Link zu finden ist: www.archiv-grundeinkommen.de“ (abgeordnetenwatch.de, 20.05.2008, 09.02.2009 und 02.04.2009)

Petra Pau (Mitglied des Fraktionsvorstands)

„Gleich wohl gibt es auch Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wer zum Beispiel von 'Hartz IV' betroffen ist, muss ca. 150 persönliche Daten über sich und sein Umfeld preisgeben. Das wiederum halte ich für verfassungswidrig. Denn wer arm dran ist, verliert damit auch noch seine verbrieften Bürgerrechte. Ich halte es auch nicht für verfassungsgemäß, wenn Bürgerinnen und Bürger in eine Arbeit gezwungen werden, von deren Entlohnung sie nicht einmal menschenwürdig leben können. In den alten Bundesländern sind derzeit 19 Prozent in solchen Arbeitsverhältnissen, in den neuen Bundesländern sind es sogar 41 Prozent aller Beschäftigten. Weil ich die kontroverse Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen gerne befördere, hatte ich auch Prof. Götz Werner in meiner Marzahn-Hellersdorfer Veranstaltungsreihe ‚Einer trage des Anderen Last‘ zu Gast.“ (abgeordnetenwatch.de, 04.09.2009)

Anlage 6 – Sozialleistungen – Entwicklung der Ausgaben in Deutschland

Sozialleistungen – Entwicklungen der Ausgaben
In absoluten Zahlen 2006

	In Mio. Euro
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2.321.500
Kindergeld	29.787
Sozialhilfe	20.483
Arbeitslosengeld und –hilfe *	22.899
Wohngeld	1.162
Allgemeine Rentenversicherung	233.101
Knappschaftliche Rentenversicherung	14.631
Gesetzliche Krankenversicherung	147.973
Gesetzliche Unfallversicherung	13.995
Soziale Pflegeversicherung**	18.065
Kinder- und Jugendhilfe	20.924
Asylbewerberleistungsgesetz	1.165
Kriegsopferfürsorge	531

* ab 2005 Wegfall der Arbeitslosenhilfe
** ohne private Pflegeversicherung

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 20081

Anlage 7 – Explorativer Fragebogen an den SprecherInnenrat der BAG
Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.



Qualitativer Fragebogen

an die Sprecher/-innen der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.

Mitsprecherin: Lilith E. Preiss

1. Warum engagierst Du Dich in der BAG Grundeinkommen und wie wurdest Du Mitglied?

... Das Grundeinkommen ist das einzige mir bekannte zukunftsweisende Projekt zur Abmilderung der immer häufiger auftretenden prekären Arbeitsverhältnisse und der steigenden Arbeitslosenzahlen; es trägt einer veränderten Lebenswirklichkeit Rechnung, in der Mensch zum Überleben Geld braucht; es ist ein starker Grundstein zur Fähigkeit der selbstbestimmten Lebensgestaltung; es würde solidarische Projekte fördern, die nicht oder nur teilweise dem Gelderwerb dienen (soziale, künstlerische, politische, ökologische, Aktivitäten, die den Frieden fördern) und es würde den Umbau der Wirtschaft von monetärer Motivation zu gesellschaftlich nützlicher Motivation erleichtern. Die Idee des Grundeinkommen war mir bekannt (Götz Werner) und bei der Gründung der LAG Grundeinkommen Rheinland-Pfalz war ich natürlich dabei. Darüber und über GenossInnen ist der Kontakt zur BAG entstanden.

2. Wie gestaltete sich die Gründung der BAG Grundeinkommen – sofern Du davon Kenntnis hast?

...unbekannt

3. Welche finanzielle als auch organisatorische Unterstützung und Hilfestellung gab und gibt es aus den Reihen der Parteiführung seit Gründung?

... A) BAG Grundeinkommen: Bekannt ist mir nur die finanzielle Unterstützung der letzten 2 Jahre. Das wissen andere genauer.

...B) LAG Grundeinkommen Rheinland-Pfalz: Absolut keine Unterstützung

4. Wie beurteilst Du die Kommunikation sowie die Informationsverbreitung außerhalb der BAGs und LAGs über das bGE in der Partei? Oder anders gefragt, welche Erfolge und Chancen befruchten und welche Defizite und Risiken behindern den Kommunikationsfluss innerhalb wie außerhalb der BAG Grundeinkommen in der Partei?

...Obwohl ich einige Newsletter der Fraktion und den Partei-Newsletter beziehe, habe ich dort noch nichts über das Grundeinkommen gelesen. Es kommt als Thema leider nicht vor. Es gibt einige Gegenbeiträge in Foren oder bei Strömungen, die das Konzept der BAG nicht als Referenz heranziehen (oder nicht kennen) und das Grundeinkommen beurteilen, als wäre es

ein neoliberales Konzept, mit völlig anderen Bedingungen und Zielsetzungen. Häufig wird in Diskussionen mal dieses und dann sofort ein anderes Konzept als Grundlage genommen.

5. Wie ist deine persönliche Annahme und Meinung über die Einstellung der Parteispitze zum bGE und warum bist Du dieser Meinung?

...Ich glaube, es ist ziemlich unbeliebt bei vielen in der Parteispitze. Es wird nicht erwähnt, es wird nicht diskutiert. Ich habe den Eindruck, es soll totgeschwiegen werden. Den Grund vermute ich in der starken Gewerkschaftsbindung der Parteispitze und der damit einhergehenden Fixierung auf Themen des Arbeitsmarktes. Natürlich gibt es auch andere Meinungen und Strömungen in der Parteispitze, die sind aber nicht so geschickt in Machtbelangen (durchsetzen oder unterdrücken von Themen oder Personen durch temporäre Bündnisse).

6. Auf welche wissenschaftliche Unterstützung könntest und kannst Du bei der Erstellung und Weiterentwicklung des Konzeptes bGE zurückgreifen?

...keine direkte: Gelegentlich sehe ich mal nach, was das Statistische Bundesamt oder andere Institutionen an Zahlenwerken zu bieten haben.

Anlage 8 – Wählerumfrage

Quelle: Thesenpapier
von Ronald Blaschke.
Den Teilnehmerinnen der
Diskussionsveranstaltung
Pro&Contra Grundeinkom-
men beim Bezirksverband
Berlin Marzahn-Hellersdorf am
14.04.2010

Seite 1

Ergebnisse von Umfragen zum bedingungslosen Grundeinkommen

1. Was sagen die WählerInnen? Ergebnisse zum bedingungslosen Grundeinkommen aus der repräsentativen Befragung von Wahlberechtigten (Studie zur Wählersegmentierung) vorgestellt am 30. 06. 2009 in der BT-Fraktion DIE LINKE; Auftraggeberin: Partei DIE LINKE, Erhebung Mai/Juni 2009 (Interviews, 1513 Befragte)

Frage 1: "Es ist auf längere Sicht nicht mehr genug Arbeit für alle da. Deshalb ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens notwendig."

Frage 2: "Jeder sollte ein Grundeinkommen beziehen."

Antwortvorgaben: stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu, weiß nicht/trifft nicht zu

Frage/Wählerschaft	alle WählerInnen	West/Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	B' 90/Die Grünen	DIE LINKE	Keine	weiß nicht
Frage 1: stimme voll / eher zu	65,8	63,1/75,4	59,4	69,8	47,2	61,3	87,0	83,7	73,1
Frage 2: stimme voll zu	42	39/52	37	49	17	37	59	37	50
Frage 2: stimme eher zu	29	30/25	27	27	33	36	27	45	27
Summe Frage 2: stimme voll zu / eher zu	71	69/77	64	76	50	73	86	82	77
Frage 2: stimme eher nicht zu	19	20/15	24	15	31	16	9	9	17
Frage 2: stimme überhaupt nicht zu	10	11/7	12	9	20	11	4	9	6
Summe Frage 2: stimme eher nicht zu / überhaupt nicht zu	29	31/22	36	24	51	27	13	18	23
Frage 2: weiß nicht	0	0/1	0	0	0	0	2	0	0

© Ringo Jünigk 2011

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Speicherung dieser Arbeit oder von Auszügen daraus durch fototechnische, elektronische, elektromagnetische oder andere analoge oder digitale Verfahren aller Art nur mit schriftlicher Genehmigung des Autors. Zitate nur unter Hinweis der Quelle.

Alle Rechte vorbehalten.

Kontakt: diplom.juenigk@gmail.com

An dieser Stelle sei all denen gedankt, die mich bei dieser Arbeit unterstützten und mir somit eine große Hilfe waren.

Jürgen Müller, Ronald Blaschke und Tim Blumer für die Konstruktion des Fragebogens.

Jan Kemper und Mirus Fitzner (mirus@wizardry8.de) für das Lektorat.

Henryk Spieß (henryk@henrykspiess.com) für das Design der Grafiken sowie des Covers und der Fotografien.

Frau Prof. Dr. Annamaria Rucktäschel sowie Caroline Schubarth danke ich für die Geduld.

Ein großes Dankeschön geht außerdem an Konrad, Hendrik, Lilith E., Sebastian und Sophie.

Meiner Mutter gilt mein besonders herzlicher Dank. Trotz unserer erlittenen familiären Schicksalsschläge in den letzten Monaten hast Du mir Raum gegeben und meinen Kopf frei gehalten.